



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Hauptversammlung des Deutschen Städtetags:

Neue Wege wagen

Mit den aktuellen Herausforderungen der Städte in Deutschland – Klimawandel, Wohnungspolitik, Digitalisierung, Fachkräftemangel, Bildung – beschäftigten sich rund 1.300 Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet im Rahmen der 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Köln. Im Zentrum der mehrtägigen Zusammenkunft standen Reden von Spitzenvertretern des Verbands sowie aus der Bundes- und Landespolitik.

Der Deutsche Städtetag unterstützt das Ziel der Bundesregierung, bis 2045 Klimaneutralität beim Heizen zu erreichen. Bei der Wärmewende sind die Städte und kommunalen Energieversorger zentrale Akteure. Wie der Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, betonte, „unterstützen wir ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, bis 2045 aus dem Heizen mit fossilen Energieträgern wie Öl und Gas auszusteigen. Die Weichen dafür müssen jetzt gestellt werden.“

Große Verunsicherung

Die Energieberatungsstellen vor Ort könnten sich jedoch vor Anfragen kaum retten, fuhr Lewe fort. „Das zeigt, wie verunsichert viele Menschen jetzt sind. Es gibt noch zu viele offene Fragen: Könnte ich vielleicht an ein Wärmenetz angeschlossen werden und wann? Oder steht Geothermie, Biogas oder Wasserstoff für die Wärmeversorgung zur Verfügung? Deshalb ist es sehr wichtig, dass Städte die künftige Wärmeversorgung strategisch angehen können.“

Die kommunale Wärmeplanung sei ein wichtiges Instrument, aber gerade hier fehle ein Gesetz zur Umsetzung. Daher muss das Wärmeplanungsgesetz aus Sicht des Deutschen Städtetags möglichst parallel zum Gebäudeenergiegesetz kommen. Für die Akzeptanz der Wärmewende bei der Bevölkerung sei dies elementar.

Für den Ausbau der Wärmenetze benötigten die Städte die nötige Vorlaufzeit – etwa für Netzentwicklungspläne, Bauplanungen und Baugenehmigungen. Dies werde Jahre in Anspruch nehmen. Die jetzt im

Gesetz vorgesehene Pflicht, bereits 2035 einen Anteil von 65 Prozent Erneuerbaren Energien im Wärmenetz sicherzustellen, sowie eine Garantiepflcht für den Anschluss an ein Wärmenetz bis 2035 sind laut Kommunalverband in der Fläche nicht realisierbar. Lewe: „Wir sehen, dass die Zeit drängt. Aber es gibt keine Not, hier so strenge zeitliche Vorgaben zu machen, wenn doch im Ergebnis klar ist, dass wir 2045 klimaneutral werden wollen. Den Städten sollte der nötige Spielraum gegeben werden, selbst Zwischenziele bis 2045 festzulegen.“

Wärmewende – ein harter Brocken für die Kommunen

Zudem sollte die Bundesregierung die geplante Förderung beim Heizungsumbau noch einmal umgestalten: Soziale Kriterien müssten stärker berücksichtigt werden. Gleichzeitig sollten nicht nur individuell Hausbesitzer, sondern auch der Aus- und Umbau der Wärmenetze in den Kommunen gefördert werden können. Nach den Worten des Präsidenten „wird für die Städte die Wärmewende in den kommenden Jahren ein großer Brocken. Jeder Euro, den wir in die Wärmenetze investieren, ist ein Euro für schnellere Klimaneutralität. Dafür brauchen wir aber die finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern.“

„Wir müssen unsere Instru- (Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Offene Fragen im Gepäck

Im Rahmen seiner Präsidiumssitzung im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte hat der Deutsche Landkreistag den Bund dazu aufgerufen, unverzüglich ein klar strukturiertes Konzept zum Umgang mit der Flüchtlingsfrage vorzulegen. Wie Verbandspräsident Landrat Reinhard Sager darlegte, „wiederholen wir seit vielen Monaten gebetsmühlenartig immer wieder dasselbe. Leider ist ein Durchbruch bisher nicht gelungen. Das schürt das Unverständnis der Menschen vor Ort. Die Zuwanderung nach Deutschland muss deutlich stärker gesteuert und für die Kommunen ausfinanziert werden, damit sie in der Gesellschaft überhaupt weiter akzeptiert wird.“

Darauf habe der Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern erneut keine befriedigende Antwort gegeben, so Sager: „Weiterhin fehlt den Kommunen eine Perspektive, was eine absehbare Begrenzung der Flüchtlingszahlen anbelangt. Eindeutige politische Festlegungen etwa zur sofortigen Beendigung freiwilliger Aufnahmeprogramme, zur Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten um Al-

UNTERSTÜTZER

TEAM ENERGIEWENDE BAYERN

Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum:

Save the date: 20. Juli 2023

Die GZ ist Unterstützer im Team Energiewende Bayern

Bereits seit 2008 führt die Bayerische GemeindeZeitung (GZ) das Bayerische EnergieForum als Vernetzungsplattform der mit Energie- und Klimaschutzthemen betrauten Akteure im Freistaat durch. Inzwischen hat sich das Bayerische EnergieForum zu einem Klassentreffen bayerischer kommunaler Energiemanager und -managerinnen sowie der kommunalen Klimaschutzbeauftragten entwickelt.

Im Jahr 2013 wurde das Bayerische WasserkraftForum gegründet, um die Bedürfnisse der bayerischen Wasserkraft stärker betonen zu können. Die GZ hat somit schon früh Entscheiderinnen und Entscheider mit Partnern und Anbietern über eine neutrale Plattform zusammengebracht und konnte die bayerischen Kommunen sensibilisieren, dass sie Vorreiter, gutes Beispiel und Gestalter einer gelungenen Energiezukunft sind.

Nun darf sich die Bayerische GemeindeZeitung auch offiziell „Unterstützer im Team Energiewende“ nennen. Die Ernennung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie erkennt die aktive Rolle an, die unsere kommunale Fachzeitung als Wissensvermittlerin für eine klimafreundliche Energiezukunft einnimmt.



Das 14. Bayerische EnergieForum und das 9. Bayerische WasserkraftForum werden am 20.7.2023 als gemeinsame Veranstaltung in zeitlicher Nähe zu den Bayerischen Energietagen stattfinden. Veranstaltungsort ist die Stadthalle Gunzenhausen.

Die Initiative „Team Energiewende Bayern“ wurde im Jahr 2020 vom Bayerischen Wirtschaftsministerium ins Leben gerufen. Sie steht für eine objektive und vertrauenswürdige Orientierungshilfe in der Energiewende. Projekte, Aktionen und Beteiligte im Team motivieren zum Mitmachen. Die Partner stellen ein Beraternetzwerk bereit, das bei der Umsetzung von Energieprojekten unterstützt.

Interessenten (Besucherinnen und Besucher, Partner, Unternehmen, Referentinnen und Referenten) am Bayerischen EnergieForum und am Bayerischen WasserkraftForum können sich per Mail an veranstaltungen@gemeindezeitung.de wenden. Informationen und Anmeldeöglichkeiten stehen auf www.bayerisches-energieforum.de oder www.bayerisches-wasserkraftforum.de bereit.



Online zugeschaltet: Staatsministerin Ulrike Scharf; live dabei (v.l.): Sebastian Franz, Stefan Röble, Thomas Karmasin und Carmen Papiuk.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Mehr Spielraum für Kommunen!

Den Umständen entsprechend gut gerüstet sieht Ulrike Scharf, MdL, Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, die bayerischen Kitas. Der Freistaat leiste in punkto Kinderbetreuung einen erheblichen Kraftakt, betonte die digital zugeschaltete Politikerin im Rahmen der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstands und Hauptausschusses in München, zu der Landesvorsitzender Landrat Stefan Röble auch den bildungspolitischen Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Prof. Dr. Gerhard Waschler, digital willkommen hieß.

Der Nachfragebedarf der Eltern an Kinderbetreuung ist hoch. Während vor zehn Jahren die durchschnittliche Betreuungszeit bayernweit fünf Stunden am Tag betrug, sind es mittlerweile sieben Stunden. „In meiner Regierungserklärung am 5. Juli 2022 habe ich ein Förderversprechen abgegeben: Für jeden Ganztagsplatz für Grundschulkind, den die Kommunen bis zum Jahr 2029 schaffen, garantiert der Freistaat eine finanzielle Unterstützung bei den Investitionskosten“, betonte Staatsministerin Scharf. Dieses Versprechen werde nunmehr mit dem „Landesförderprogramm Ganztagsausbau“ in die Tat umgesetzt. Die Förderung wird unbürokratisch als Pauschale gewährt: So gibt es etwa 6.000 Euro pro Platz in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, vor allem in Horten.

dem Schuljahr 2029/2030 alle Kinder im Grundschulalter einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung. Das Betreuungsangebot muss hierfür inklusive der Unterrichtszeit acht Stunden täglich umfassen. „Damit werden die Kommunen über die Leistungen des Kommunalen Finanzaus- (Fortsetzung auf Seite 4)



Warum darf der Wolf metzeln, während der Schlachter 1001 Vorschriften zu beachten hat? Unser Rathauskater Pino ergreift Partei für die Haus- und Nutztiere. Und ja, Lobbyismus ist schließlich auch immer Eigennutz. Seite 15

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkind tritt stufenweise ab dem Schuljahr 2026/2027 in Kraft. Zu Beginn umfasst dieser die Kinder der ersten Klasse. Bis 2029 kommt jedes Jahr ein weiterer Jahrgang hinzu. Damit haben ab

Sie lesen in dieser Ausgabe

Fachkräftemangel: Weniger Bürokratie wäre doch eine Lösung . . . 2
FW-Parteitag in Amberg: Bayerns Wohlstand erhalten. 2
Termine GZ-Akademie 2

GZ-Kolumne Josef Mederer:
Kriegerdenkmal: Aus Heldenverehrung wird Friedensmahmal . . . 3

DStGB-Ausschuss: Transformation braucht Augenmaß 3
Bayerischer Demografiepreis 2022: Wandel als Chance 3

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit 5
Kommunale Finanzthemen 6-8
Kommunale Energiethemen 9-13

Aus den bayerischen Kommunen. 14-16

Fachkräftemangel:

Weniger Bürokratie wäre doch eine Lösung

Im Münchner Presseclub sprachen Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU), die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag, Katharina Schulze, und der Sicherheitspolitische Sprecher der Landtags-SPD, Horst Arnold, mit Presseclub-Ehrenvorsitzendem Peter Schmalz über das Thema Asyl, Migration und Fachkräftemangel.

Wegen des eklatanten Fachkräftemangels braucht Deutschland mehr Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften. Nur dass viele dieser dringend benötigten Personen aus Bürokratiengründen gar nicht nach Deutschland kommen können, zeigt folgendes Beispiel: Herr S. wartet seit Februar 2021 auf einen Termin bei der deutschen Botschaft in Pristina. Er ist Kosovare und hat einen gültigen Arbeitsvertrag mit einer oberbayerischen Gartenbaufirma. Aber er bekommt einfach keinen Termin, um endlich sein Visum beantragen zu können. Monat für Monat bemüht er sich. Sein Vater ist bereits vor dem Kosovokrieg nach Deutschland emigriert. Als ausgebildeter Jurist gab es für den Vater zuhause keine Arbeit und um seine Frau

sucht. Seither wartet er. Der Vater ist inzwischen verstorben, die Mutter hätte die Unterstützung des Sohnes dringend gebraucht.

Erschwernisse durch Kapazitätsengpässe

Aus dem Auswärtigen Amt heißt es: „Für Personen, die aus den Staaten des Westbalkans kommen und ohne besondere Berufsqualifikation eine Tätigkeit in Deutschland aufnehmen möchten, hat die Bundesregierung 2015 mit der sogenannten „Westbalkanregelung“ eine Sonderregelung geschaffen (§ 26 Absatz 2 Beschäftigungsverordnung). Damit wurde ein vereinfachtes Verfahren zur Visabeantragung für die betreffende Personengruppe geschaffen, für das allerdings

kommen haben, können sich im darauffolgenden Monat erneut registrieren.“

Nachdem allerorten um Fachkräfte gerungen wird, wirkt es grotesk, dass die Engstelle gar nicht innerhalb Deutschlands in der Anerkennung liegt, sondern daran, dass die Visastellen die hohe Nachfrage nicht abarbeiten können. Egal wie attraktiv das Fachkräfteeinwanderungsgesetz gestaltet ist, es werden nicht mehr Zuwanderer kommen können.

Bevorzugung bei illegaler Einreise

Auf dieses Beispiel angesprochen entgegnet Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, dass es sehr ärgerlich sei, dass deutsche Botschaften personell so überlastet seien: „Und dann haben wir das absurde Ergebnis, dass der gleiche Mensch, wenn er illegal einreist und in München Asylantrag stellt, Sozialhilfe bekommt. Wenn er aber den offiziellen Weg geht, dann wird ihm gesagt, „also in diesem Jahr bekommst Du keinen Termin.“ Da das Problem bekannt sei, arbeite man derzeit an Lösungen, die Visastellen zu entlasten, indem der Papierkram nach Deutschland geschickt und hier bearbeitet wird, erklärt der Minister. Die alte Bundesregierung habe aber Erleichterung durch eine Alternative verschafft, in dem andersherum der Arbeitgeber von Deutschland aus das Verfahren anstoßen könne. Der Prozess nennt sich „Beschleunigtes Fachkräfteverfahren“ und muss vom Arbeitgeber bei der zuständigen Ausländerbehörde in Deutschland eingeleitet werden. Sind alle Voraussetzungen erfüllt muss der Arbeitnehmer innerhalb von drei Wochen in der Botschaft einen Termin bekommen und innerhalb von drei weiteren Wochen muss der Visumsantrag entschieden sein. An zusätzlichen Gebühren muss aber mit ca. 500 Euro gerechnet werden.

Horst Arnold fügt an, er wisse aus diversen Petitionen, die im Landtag behandelt werden, dass oft Fachkräfte – auch mit Arbeitsplatzzusage – unnötigerweise in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, mit dem Hinweis, noch einmal den offiziellen Weg nach

Deutschland zu nehmen: „Das steigert den bürokratischen Aufwand.“ Er ergänzt aber auch, dass das Chancenaufenthalts-gesetz nicht jedem und jeder automatisch das Recht gibt, hier zu bleiben. Aber wer straffrei ist, für seinen/ihren Unterhalt sorgen kann und dem Sozialsystem nicht auf der Tasche liegt, der habe Akzeptanz verdient.

Anstieg der Flüchtlingszahlen

Seit Herbst 2022 verzeichnen bayerische Kommunen einen enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen insbesondere bei Personen aus dem Nahen Osten und den afrikanischen Staaten. Es ist nicht der Ukraine-Krieg, der hier ins Gewicht fällt. Kommunalpolitikerinnen und -politiker rechnen damit, dass die Zahlen von 2015 überschritten werden bzw. schon wurden.

Laut Innenminister ist die illegale Zuwanderung nach Deutschland zu groß und bringt auch nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte. Er betont ausdrücklich: „Wir helfen den Menschen, die verfolgt werden, das ist klar.“ Für die bayerischen Kommunen bedeuten die hohen Flüchtlingszahlen hohe Belastungen. Das fängt bei der Unterkunft an und hört bei der medizinischen Versorgung sowie den Kindergärten- und Schulplätzen noch lange nicht auf. Schulze fordert von der Landesregierung die Integrationsmaßnahmen zu verstärken und noch enger zu verzahnen: „Die Strukturen müssen verstetigt werden.“ Wichtig ist ihr die Rückmeldung auch von der kommunalen Basis. Kritik aus den eigenen grünen Parteireihen, wie jüngst durch den Miltenberger Landrat Jens Marco Scherf, trage zum engen Austausch bei: „Integrationspolitik muss pragmatisch sein.“

Laut Herrmann ist Bayern das Land der gelungenen Integration. Kein Bundesland hat so eine hohe Nettozuwanderung wie Bayern. Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen ist niedrig im direkten Vergleich. Nur 10 Prozent der Ausländerinnen sind in Bayern arbeitslos, in Deutschland sind es 20 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern sind es 40. Damit das so bleibt muss aber die illegale Migration reduziert werden. Dazu braucht es das Bekenntnis, dass diejenigen, die nicht berechtigt sind, hier zu sein, schneller abgeschoben werden: „Das BAMF lehnt die Hälfte der Asylanträge ab, also müssen 50 Prozent der Asylsuchenden schneller abgeschoben werden.“ CH

FW-Parteitag in Amberg:

Wohlstand erhalten!

Auf ihrer jüngsten Delegiertenversammlung in Amberg steckten die Freien Wähler ihren Kurs für die Landtagswahl am 3. Oktober ab. Parteichef Hubert Aiwanger wurde hierzu zum Spitzenkandidaten gewählt. Er stellte klar, dass seine Partei Bürger und Heimat schützen wolle. Durch sie bleibe der Freistaat stark.

„Es ist unsere Aufgabe, Bayerns Wohlstand zu erhalten. Energiewende, Zuwanderungsfragen, Bildungspolitik, das alles gelingt nur gemeinsam mit den Bürgern. Unsere Freie Wähler-Wurzeln liegen in den Kommunen. Wir sind Bayerns Vor-Ort-Partei. Eine Politik, von oben herab lehnen wir ab. Die grüne Friss-Oder-Stirb-Mentalität ist grundfalsch und menschenfeindlich. Zum Beispiel beim erzwungenen Heizungs-austausch und den zunehmenden Eingriffen ins Eigentum. Wir Freie Wähler nehmen die Hilfeschreie der Bürger ernst und handeln“, führte Bayerns stellvertretender Ministerpräsident aus.

Vor diesem Hintergrund verabschiedeten die Delegierten einstimmig eine Resolution unter dem Titel „Familien und Eigentum schützen, Wohneigentum fördern, Erbschaftssteuer abschaffen, GEG stoppen!“ Darin heißt es: „Wir brauchen ge-

zielte Förderung zur Bildung von Wohneigentum. Die existenzgefährdende Erbschaftssteuer muss unverzüglich abgeschafft werden, weil immer mehr Erben das Familienerbe und Elternhaus nicht mehr übernehmen können und verkaufen müssen, um die Erbschaftssteuer bezahlen zu können. Dies führt auch zu steigenden Mieten und Bauzurückhaltung.“

Existenzgefährdende Kostenlawine

Das geplante Gebäudeenergie-Gesetz (GEG) führe in vielen Fällen zu massivem Sanierungsaufwand und damit zu einer existenzgefährdenden Kostenlawine für Hausbesitzer und in der Folge auch für Mieter, betonen die Freien Wähler. Das Quasi-Verbot für Holzheizungen bezeichnen sie als eigentumsfeindlich und umweltpolitisch kontraproduktiv, weil damit er-

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Bildrechte und DSGVO

Teil 1: 13. Juni 2023, 14:00 - 16:30 Uhr
Teil 2: 11. Juli 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum

20. Juli 2023, 9:00 - 16:30 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen, Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Das Bayerische EnergieForum findet bereits zum 14. Mal statt! In diesem Jahr bündeln wir unsere Kräfte und schließen uns mit unserer Schwester-Veranstaltung, dem Bayerischen WasserkraftForum zusammen. Die Foren finden in zeitlicher Nähe zu den Bayerischen Energietagen statt.

Hauptredner ist Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, der die Bayerische Gemeindezeitung als Unterstützerin der Energiewende in Bayern auszeichnen wird. Das Bayerische EnergieForum und das Bayerische WasserkraftForum sind DIE Fachveranstaltungen für bayerische kommunale Entscheiderinnen und Entscheider, die in ihren Heimatgemeinden und -städten mit Energie- und Klimaschutzthemen betraut sind.

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Teilnahmegebühr: Für Kommunalvertreter kostenfrei, Abonnetten 55,- Euro, Wirtschaftsvertreter 95,- Euro (jeweils zzgl. MwSt.)

Schwierigkeiten mit Personal meistern

19. September 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Überall, wo Menschen aufeinandertreffen, kann es knirschen. Kaum eine Bürgermeisterin, kaum ein Bürgermeister, hat Erfahrungen in der Personalführung in einer Verwaltung. Viele Anreize, die man aus der freien Wirtschaft einsetzen kann, fehlen im öffentlichen Dienst. Umso mehr kommt es darauf an, die Mitarbeiter*innen bei Laune zu halten. Wie geht das und was kann man tun, wenn Dinge aus dem Ruder laufen?

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Social Media für Kommunen

16. November 2023, 10:00 - 12:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

neuerbare Energieträger durch fossilen Kohlestrom ersetzt würden anstatt umgekehrt.

Das vom Bundeskabinett beschlossene Gebäudeenergie-Gesetz sei der nächste Schlag gegen alle Immobilien-Besitzer. Millionen Bürger würden sich den erzwungenen Heizungs-austausch, der oftmals nur in Kombination mit einer aufwändigen und kostspieligen Komplett-sanierung, gerade bei älteren Häusern im ländlichen Raum, zu bewerkstelligen sei, nicht leisten können und ihr Eigentum verlieren. Zudem würden Millionen Bürger gezwungen, ihre Altersvorsorge aufzubrauchen. „Diese große Ungerechtigkeit, diesen Feldzug gegen das Eigentum, wollen die Freien Wähler nicht akzeptieren. Der akute Handwerker-Mangel, der ein solches, nicht finanzierbares, unsoziales Unterfangen unmöglich macht, unterstreicht die Realitätsferne der ideologischen Ampel-Politik“, heißt es.

In einer zweiten Resolution „Energiesicherheit gewährleisten – mehr Staatsbeteiligung an der Energiewende“ sehen die FW in der Stabilität der Energieerzeugung und Energieversorgung politischen Nachholbedarf. Nicht zuletzt durch den Ukraine-Krieg sei die Verwundbarkeit der deutschen Energieversorgung deutlich geworden.

Das Ziel müsse eine hohe Versorgungssicherheit zu bezahlba-

ren Preisen und möglichst viel Wertschöpfung für Bürger und Kommunen durch Erneuerbare Energien vor Ort sein. Um dies zu erreichen, streben die Freie Wähler eine stärkere Rolle des Staates bei der Energieversorgung an.

Nach den Fehlern der völligen Privatisierung sei es vonnöten, dass der Freistaat wieder mehr Einfluss auf und die Beteiligung an der heimischen Energieversorgung anstrebt, soweit dies möglich und sinnvoll ist. „Investitionen etwa in die Wasserstoffinfrastruktur, Beteiligung an der Wasserkraft, an Energiespeichern sowie an Wind- und Geothermie-Projekten werden gut angelegtes öffentliches Geld für die Zukunft sein.“

Sich nur auf den Markt zu verlassen, sei gerade in der aktuellen Umbruchphase der Energiewelt nicht zuverlässig genug, um die Energieziele zu erreichen. „Die Staatsregierung soll versuchen, in Verhandlungen mit dem Bund und der EU bezüglich der Zukunft der Wasserkraft von Uniper die Interessen Bayerns für Energieerzeugung und Hochwasserschutz zu sichern, wobei auch eine Übernahme der Wasserkraft, ggf. gemeinsam mit Kommunen, anzustreben ist, soweit dies möglich und sinnvoll ist“, unterstreichen die Freien Wähler. Der Bund sei hierzu allerdings „aktuell noch nicht sprechfähig.“ DK



V.l.: Moderator Peter Schmalz, Katharina Schulze, Staatsminister Joachim Herrmann und Horst Arnold im Münchner Presseclub. Bild: CH

und seine zwei kleinen Söhne zu ernähren, hat er in Deutschland gearbeitet. Während des Krieges musste seine Frau nach Mazedonien zu Verwandten fliehen; zwei Tage zu Fuß mit zwei kleinen Kindern. 2008 dann folgte die Mutter – ebenfalls ausgebildete Juristin – dem Vater nach Deutschland und arbeitete bei einer Reinigungsfirma. Als der Vater schwer an Krebs erkrankt, versucht S. nach Deutschland zu kommen, um seinen Eltern zu helfen. Er bekommt einen Arbeitsvertrag, Fachkräfte werden schließlich ge-

durch die damalige Bundesregierung ein Kontingent von maximal 25.000 Zustimmungen zur Arbeitsaufnahme festgelegt wurde.

Die Nachfrage nach Visa dieser Kategorie ist allerdings so hoch, dass die Kapazitäten der betreffenden Visastellen diese nicht abdecken können, sodass Termine für die Antragsannahme in einem transparenten Losverfahren vergeben werden. Eine Terminwarteliste wird nicht geführt. Das Losverfahren wird monatlich durchgeführt, Personen, die in einem Monat keinen Termin zugewiesen

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Karin Ritter
96358 Reichenbach, Kr. Kronach
am 8.6.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Franz Stiglmaier
84091 Attenhofen
am 5.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Graf
92366 Hohenfels
am 7.6.

Bürgermeister
Andreas Bratzdram
84529 Tittmoning
am 8.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Landrat Peter Berek
95632 Wunsiedel
am 3.6.

Bürgermeister
Peter Felbermeier
85778 Haimhausen
am 5.6.

Bürgermeister
Thomas Zöllner
63933 Mönchberg
am 7.6.

Bürgermeister Thomas Falter
92442 Wackersdorf
am 11.6.

Bürgermeister Max Zeulner
96272 Hochstadt a. Main
am 18.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Mindy Konwitschny
85635 Höhenkirchen-
Siegertsbrunn
am 11.6.

Bürgermeister Thomas Lang
91207 Lauf a. d. Pegnitz
am 11.6.

Bürgermeister
Christian Grünberger
94116 Huthurm
am 13.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rupert Ostermair
85661 Forstinning
am 3.6.

Bürgermeister Christian Zeißner
97534 Waigolshausen
am 16.6.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Maximilian Böltl
85551 Kirchheim
am 6.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

DStGB-Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft:

Transformation braucht Augenmaß

Die prekäre Finanzlage der Kommunen sowie die transformativen Herausforderungen in Zeiten multipler Krisen standen im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des DStGB-Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft im hessischen Lauterbach. „Die kommunal kaum steuerbare Ausgabenexplosion nimmt den Kommunen zunehmend die Luft zum Atmen“, betonte der Oberbürgermeister von Neuburg an der Donau, Dr. Bernhard Gmehling, als Vorsitzender des Gremiums.

So führt auf kommunaler Ebene allein der Tarifabschluss zu Mehrbelastungen in zweistelliger Milliardenhöhe. Hinzu kommen sich weiter potenzierende flüchtlingsbedingte Mehrausgaben, merklich höhere Ausgaben für Energie sowie allgemeine Preissteigerungen infolge der Inflation. Dies betrifft insbesondere auch den Baubereich. Mit Blick auf den kommunalen Investitionsrückstand von nunmehr rund 166 Milliarden Euro sowie den zwingend notwendigen zusätzlichen Investitionen in Klimaanpassungsmaßnahmen, Mobilität und Digitalisierung ist dies laut Gmehling auch mit Blick auf die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland äußerst besorgniserregend.

Konkret sei zwingend eine stärkere Unterstützung der Kommunen bei Aufnahme, Versorgung und Integration Geflüchteter notwendig. „Bund und Länder dürfen die Kommunen bei den flüchtlingsinduzierten Mehrkosten nicht im Regen stehen lassen. Wir brauchen ein atmendes System, das eine dauerhafte Finanzierung abhängig von der Geflüchtetenzahl sicherstellt“, unterstrich der Ausschussvorsitzende.

Steigende Sozialausgaben, massiver Investitionsrückstand

Finanzschwache Kommunen littens besonders unter den dynamisch steigenden Sozialausgaben, einem massiven Investitionsrückstand sowie hohen Zinslasten. Ihnen fehle stellenweise jeglicher Spielraum für Investitionen. Darunter leide die Standortqualität und in der Folge gehe die Schwere zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen weiter auseinander. Die Länder, aber auch der Bund, müssten sich noch stärker ihrer Verantwortung stellen und auch finanziell dazu beitragen, dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse näher zu kommen.

Wie der gastgebende Bürgermeister Rainer-Hans Vollmöller bemerkte, „dürfen die späteren Aussichten auf beruflichen Erfolg in Deutschland nicht durch den Wohnort determiniert werden. Auch darf der ländliche Raum nicht weiter abgehängt werden. Im Gegenteil können die ökonomischen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit nur gemeinsam im Zusammenspiel von Stadt und Umland gemeistert werden.“

Transformation des Wärmesektors

Ein großer Kraftakt für die Kommunen und kommunalen Unternehmen ist die Transformation des Wärmesektors in Deutschland hin zu einer klimaneutralen Versorgung bis zum Jahr 2045. „Die Städte und Gemeinden erkennen die Notwendigkeit einer klimaneutralen Energieversorgung für die Erreichung der Klimaziele, allerdings muss der erforderliche Transformationsprozess unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort gestaltet und grundsätzlich allen Kommunen finanziell und rechtlich ermöglicht werden“, erklärte Gmehling.

Städte und Gemeinden stünden hinter der Wärmewende. Als zentrale Akteure bei der Umsetzung vor Ort sei den Kommunen dabei auch klar, dass sie mit Plan und Augenmaß erfolgen

muss. Dafür brauche es realistische Um- und Ausbaupfade für Wärme- und Gasnetze, die Planungssicherheit für Kommunen und Energieversorger gewährleisten. Insbesondere müssten die Vorgaben für den Einsatz erneuerbarer Energien in Wärme- und Gasnetzen erreichbar sein.

Echte Technologieoffenheit

Da die Wärmeversorgung in Zukunft im Wesentlichen dezentral stattfinden wird, muss sie aus Sicht des DStGB auf die verschiedenen lokalen Gegebenheiten zugeschnitten werden können. Durch die Novelisierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und das anstehende Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung wolle die Bundesregierung Rahmenbedingungen schaffen, die dies ermöglichen. Dabei sei die Verzahnung des GEG mit einem kommunalen Wärmeplanungsgesetz dringend erforderlich, da hier verfrühte Vorfestlegungen den Ergebnissen einer zukünftigen Wärmeplanung entgegenstehen könnten.

„Deshalb sind eine echte Technologieoffenheit sowie praxistaugliche Umsetzungsfristen im Gesetz zu gewährleisten, die

es Kommunen bei ihrer Wärmeplanung ermöglichen, alle technischen Potenziale für die Wärmewende zu nutzen“, machte Gmehling deutlich. So verhindere eine zu starke Fokussierung auf eine einzelne Technologie wie die Wärmepumpe etwa im Gebäudebestand einen optimalen Mix der unterschiedlichen Versorgungsinfrastrukturen in den Bereichen Strom, Gas und Wärme. In bestehenden Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäuden sei die Wärmepumpe oft keine realistische technische Option, sondern funktioniere nur im Zusammenhang mit einer energetischen Sanierung.

Gerechte Teilhabe für Kommunen

Überdies müsse jede Kommune, unabhängig von ihrer Größe und Verpflichtung zur Wärmeplanung, von den Fördermitteln für die Wärmeplanung in gleicher Weise profitieren können. Dabei gelte es, Inkongruenzen in der Fördersystematik zu vermeiden, etwa indem Fördermittel auch im Falle einer verbindlichen Einführung der Wärmeplanung weiterhin in Anspruch genommen werden können. „Darüber hinaus muss zwingend sichergestellt werden, dass Kommunen und kommunale Wohnungswirtschaft mit Blick auf die klimaneutrale Transformation ihres Gebäudebestandes umfassend und langfristig finanziell unterstützt werden“, forderte Gmehling abschließend. **DK**

Gewinner des Bayerischen Demografiepreises 2022:

Wandel als Chance

Sieben Preisträger erhielten in Nürnberg aus den Händen von Staatsminister Albert Füracker den „Bayerischen Demografiepreis 2022“. Zusätzlich wurden dieses Jahr zwei Sonderpreise für herausragendes Einzelengagement und besonderes Engagement in der Nachwuchsarbeit vergeben. „Das Heimatministerium zeichnet besondere Ideen und Projekte mit insgesamt 15.000 Euro aus und macht sie damit als Vorbilder sichtbar“, betonte Füracker.

In der Kategorie „Meine.Heimat.Zukunftssicher“ wurden jeweils der Landkreis Landsberg am Lech und die Dorfgenossenschaft Wombach eG (Landkreis Main-Spessart) ausgezeichnet. Das Landkreisprojekt „Pflegenetz“ gestaltet aktiv den Aufbau einer pflegerischen Infrastruktur. Um die Pflegesituation vor Ort zu verbessern, werden Maßnahmen verschiedener, auch privater Akteure gebündelt und koordiniert. Alle Teilnehmer wirken verpflichtend an Arbeitsgruppen mit, die einen wertvollen Beitrag für die Bevölkerung vor Ort erarbeiten.

Die Dorfgenossenschaft Wombach eG gründete die „Erste Dorfgenossenschaftsbäckerei in Bayern“, um die örtliche Bäckerei zu erhalten und damit für eine zukunftssichere Nahversorgung vor Ort zu sorgen. Dieses Projekt mit Vorbildcharakter zeigt, dass Menschen den Erhalt ihrer Versorgungsstrukturen selbst in die Hand nehmen können. Die dörfliche Gemeinschaft leistet mit der Dorfgenossenschaftsbäckerei einen Beitrag zu mehr Lebensqualität.

In der Kategorie „Meine.Heimat.Arbeit&Familie“ wurden die Hochschule Coburg und das Landratsamt Coburg mit dem Demografiepreis bedacht. Im Rahmen des Projekts „Seniorcoaches“ der Hochschule Coburg geben Rentner dort als ehemalige Hochschulabsolventen ehrenamtlich ihr Wissen und ihre Lebenserfahrungen an Studenten und Dozenten weiter.

Um Nachwuchskräfte an die Region zu binden und den Fachkräftemangel zu bekämpfen, hat das Landratsamt Coburg das er-

folgversprechende Projekt „Willkommen im Coburger Land – Fachkräftesicherung in der Pflege“ ins Leben gerufen. Dabei absolvieren gezielt rekrutierte junge Menschen aus dem Kosovo eine reguläre Ausbildung zur Pflegefachkraft in Pflegeeinrichtungen in der Region Coburg und unterstützen durch ihren Einsatz die Pflegeversorgung.

Preisträger in der Kategorie „Meine.Heimat.Lebensqualität“ sind der SV Kollnburg, Volkshochschule Kreis Kronach e.V. und AWO Nürnberg e.V. Mit seinem Projekt „Sozialer Fußball“ bietet der SV Kollnburg (Landkreis Regen) integratives Fußballtraining und Fußballturniere für Kinder mit und ohne körperliche bzw. geistige Beeinträchtigung an. Unter großem Einsatz der Verantwortlichen werden spezielle Regelungen umgesetzt, um Schwächere angemessen zu integrieren. Diese private Initiative fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl unter Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen.

Im „MädchenCafé“ der Volkshochschule Kreis Kronach e.V. konzipieren und gestalten junge Mädchen die Räumlichkeiten in der Kronacher Innenstadt. Durch die aktive Beteiligung an der Entwicklung eines „Lieblingsplatzes“ in der Heimatstadt wächst nicht nur die Heimatverbundenheit, auch demokratische Strukturen werden gefördert. Zudem wird die Selbstwirksamkeit der Mädchen gestärkt, indem sie ermutigt werden, sich aktiv einzubringen.

Der AWO Nürnberg e.V. bringt mit seinem Projekt „Engagement schafft Heimaten“ Ge-

Liebe Leserinnen und Leser,

Kriegerdenkmäler gehören heute zum Erscheinungsbild fast aller Dörfer, Märkte und Städte in Oberbayern. Sie sind so selbstverständlich im Ortsbild, dass sie außerhalb des Volkstrauertags kaum Beachtung finden. Zwei- bis dreitausend solcher Denkmäler und Gedenktafeln mögen es wohl allein in Oberbayern sein und über 100.000 in der gesamten Bundesrepublik. Einerseits werden sie also kaum differenziert wahrgenommen und gehören auf dem Dorfplatz oder dem städtischen Friedhof einfach dazu, andererseits entzünden sich an einzelnen Denkmälern immer wieder heftige Diskussionen über den zeitgemäßen Umgang mit diesen Symbolen.

Dies war Anlass für den ehemaligen langjäh-

Kriegerdenkmal: Aus Heldenverehrung wird Friedensmahnmal

rigen Bezirksheimatpfleger Dr. Norbert Göttler zusammen mit der ebenfalls scheidenden Kultur-Abteilungsleiterin Dr. Elisabeth Tworek im Rahmen der Heimatpflege einen genaueren Blick auf die oberbayerischen Objekte zu werfen, über die es trotz ihrer flächendeckenden Präsenz in Stadt und Land bisher keinerlei Publikation gab. Herausgekommen ist das Buch „Kriegerdenkmäler in Oberbayern. Von der Heldenverehrung zum Friedensmahnmal“, das vor Kurzem im Pustet Verlag im Auftrag des Bezirks Oberbayern erschienen ist und das man mit Fug und Recht als Grundlagenwerk bezeichnen kann. Für 29,90 Euro ist es im Buchhandel erhältlich.

In dieser kritischen Bestandsaufnahme werden die oberbayerischen Kriegerdenkmäler ohne Anspruch auf Vollständigkeit erfasst und in Entstehungsphasen eingeordnet. Ihre Symbolik und Formensprache wird analysiert und kategorisiert. Besonders Augenmerk haben der Autor und die Autorin dabei auf positive Beispiele gelegt, die als Vorbild für eine zeitgemäße Auseinandersetzung dienen könnten. Entstanden sind die meisten Kriegerdenkmäler nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 und dann vor allem nach dem Ersten Weltkrieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sie dann oft um Namen ergänzt. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gab es sogar Kataloge, aus denen sich die Stadtväter das ihnen passend erscheinende Objekt von der Stange bestellen konnten. Je nach Kassenlage fiel das Denkmal dann mehr oder weniger üppig aus.

flüchtete und alleinstehende Senioren zusammen und schafft damit soziale Teilhabe. Dabei agieren Senioren als Nachhilfekräfte sowie Familienpaten und Flüchtlinge als Helfer sowohl im Alltag als auch für Einkäufe. Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Integration, der Toleranz und des gegenseitigen Respekts.

Mit dem Sonderpreis „Einzelmanagement“ wurde Heidi Maria Stadler bedacht. Sie hat sich als Initiatorin der „Erinnerungswerkstatt“ im Landkreis Schwandorf der Biografiearbeit mit Senioren verschrieben und möchte damit deren „Lebenswissen“ bewahren. Mit viel persönlichem Einsatz schafft sie Verständnis, Wertschätzung und Anerkennung für die Lebensleistung älterer Menschen.

Den Sonderpreis „Ehrenamt und Nachwuchs“ erhielt die Freiwillige Feuerwehr Waischenfeld aus dem Landkreis Bayreuth. Diese baute wegen Nachwuchsmangel in der Kinderfeuerwehr eigenhändig ein Feuerwehrfahrzeug mit Originalausstattung in „Kindergröße“ nach. Durch eine Steigerung der Teilnehmerzahl hat das Projekt „Florian Waischenfeld 40 1/2“ den Fortbestand der Kinderfeuerwehrgruppe gesichert. Ein Paradebeispiel für Ideenreichtum, persönlichen Einsatz und nachhaltigen Erfolg. **DK**

GZ

KOLUMNE
Josef Mederer

„Heldentod“ ist aus heutiger Sicht schwer nachvollziehbar und idealisierend. Die Kultur der Kriegerdenkmäler ist Ausdruck ihrer jeweiligen Zeit. An vielen Orten hat man sich inzwischen von Zeugnissen ideologischer Vereinnahmung befreit. Dennoch sind Kriegerdenkmäler heutzutage nicht mehr selbsterklärend, sondern bedürfen der Vermittlung, der Selbstreflexion und zum Teil auch der Veränderung. Allerdings darf man ein Mahnmal auch nicht überfrachten. Kein Denkmal dieser Welt kann komplizierte historische Verstrickungen, moralische Sachverhalte und Schuld befriedigend wiedergeben. Es ist verständlich, dass Überlebende und Angehörige ihrer getöteten oder vermissten Söhne, Brüder oder Enkel gedenken wollen. Aus Sicht der Autoren wäre es aber sinnvoll und notwendig, auch das Opfer von Menschen, die nicht Soldaten waren, einzubeziehen und zu würdigen – von Verfolgten und Hingerichteten, von Vertriebenen und Verschleppten.

Für mich war die Lektüre dieses Buches sehr erhellend. Bei meinen Fahrten durch Oberbayern nehme ich die Kriegerdenkmäler jetzt bewusst wahr und lese vor allem die Inschriften nun anders. Und das ist genau das, was wir als Bezirk Oberbayern erreichen wollen: eine Sensibilisierung und einen aufmerksamen Blick, wo durch eine erweiterte Beschriftung vielleicht ein erläuternder Kontext für die heutzutage befremdliche Begrifflichkeit hergestellt werden sollte.

Deshalb werden wir auch allen oberbayerischen Kreisverbänden der Krieger- und Soldatenvereine, die sich der ermahnenden Erinnerung widmen, ein Exemplar des Buches zukommen lassen, um einen Impuls zu setzen und sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Ich schließe mich einem Fazit des Buches damit an: „Ein Denkmal ist und bleibt ein Denk-Mal, eine Aufforderung zum Weiterdenken und Weiterdiskutieren.“ Die alljährlichen Feiern zum Volkstrauertag werden von jüngeren Menschen inzwischen häufig als überkommen empfunden. Wenn es uns gelingt, Kriegerdenkmäler zu Friedensmahnmälen weiterentwickeln, sind sie plötzlich politisch hochaktuell und auf der Höhe der politischen Diskussion.

Ihr Josef Mederer

Bezirksratspräsident von Oberbayern

„Neue Läden und neue Ideen für Bayerns Innenstädte“

Startschuss der Förderung für City- und Stadtmarketingorganisationen

Viele Handelsunternehmen in bayerischen Innenstädten versuchen trotz leichter Erholungseffekte an die Umsätze und Kundenfrequenzen aus der Vorkrisenzeit vor 2019 anzuknüpfen. Um neuen Schwung in die wirtschaftliche Entwicklung von innerstädtischen Geschäften zu bringen, startet das Bayerische Wirtschaftsministerium die Förderinitiative „Neue Läden und neue Ideen für Bayerns Innenstädte“.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ruft City- und Stadtmarketingorganisationen auf, sich mit neuen Projekten zu bewerben, die zur Wiederbelebung der Innenstädte beitragen: „Die Pandemie und auch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges hinterlassen deutliche Spuren bei vielen Handelsunternehmen in den Innenstädten. Sie führen zu wirtschaftlichen Einbußen und Attraktivitätsverlust im stationären Handel. Das Gesicht unserer Städte verändert sich nachhaltig. Für attraktive Innenstädte braucht es einen starken Einzelhandel. Daher wollen wir mit der Förderung die Weichen für die Zukunft stellen, damit in die Stadtzentren wieder frisches Leben kommt. Mit neuen Ideen wollen wir Leerstände füllen sowie neue Geschäfte und Geschäftsideen für die Innenstädte gewinnen. Die Initiative richtet sich an Zusammenschlüsse baye-

rischer Handelsunternehmen und Werbegemeinschaften. Wir sind überzeugt, dass innovative Geschäftsideen einen Beitrag zur Stärkung und Wiederbelebung der bayerischen Innenstädte leisten.“ Mit der Förderung soll „ein Weg aus der Krise“ gefunden werden. Ziel müsse sein, Innenstädte vital und lebenswert zu erhalten. Dazu sollen Kommunen, Handel, Gewerbetreibende, Immobilieneigentümer und auch engagierte Bürger Zukunftsstrategien und Perspektiven für die bayerischen Innenstädte entwickeln. Für die Förderung können sich privatrechtliche City- und Stadtmarketingorganisationen in Bayern mit ihren Ideen bewerben, die einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der Innenstädte leisten. Ein Expertengremium des Wirtschaftsministeriums wird über die Förderung entscheiden.

www.stmwi.bayern.de/wirtschaft/mittelstand

Mehr Spielraum für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

gleichs hinaus verlässlich unterstützt und erhalten Planungssicherheit“, erklärte Scharf. Gleiches gelte für die Familien.

Aktuell werden in Bayern rund 55 Prozent der Grundschulkindern auch am Nachmittag betreut. „Wir gehen davon aus, dass der Bedarf bis 2029 auf bis zu 80 Prozent steigen wird“, so die Ministerin. Vor diesem Hintergrund sind 130.000 zusätzliche Betreuungspätze für Grundschulkindern das Ausbauziel bis zum Jahr 2028. Zudem müssen die bestehenden Angebote den neuen Anforderungen angepasst werden.

Der Bund stellt den Ländern insgesamt bis zu 3,5 Mrd. Euro Bundesmittel für Investitionen mit dem Ziel des raschen Ganztagsausbaus zur Verfügung. 750 Mio. Euro wurden an die Länder bereits im Rahmen der sogenannten Beschleunigungsmittel ausgereicht. Von den verbleibenden Mitteln entfallen 428 Mio. Euro auf Bayern. Diese werden in vollem Umfang an die bayerischen Kommunen weitergegeben.

Mehr Personal und viele Umbauten

„Eines ist aber auch klar: Je nachdem, wie gut eine Kommune bislang ausgestattet ist, bedeutet das für sie: mehr Personal und kleine oder größere Umbauten an den Gebäuden. Schließlich müssen oft auch neue Räume für die Nachmittagsbetreuung geschaffen werden“, stellte Scharf fest. „Ich nehme war, dass die bereits gewachsenen und in Anspruch genommenen Strukturen sehr unterschiedlich sind. Nicht jede Nachfrage der Familien kann auch tatsächlich abgedeckt werden.“

Mit Blick auf das Thema Fachkräftegewinnung verwies die Ministerin zunächst darauf, dass aktuell über 114.000 Fach- und Ergänzungskräfte in über 10.600 Kitas tätig sind. Von 2011 bis 2022 sei hier ein satter Zuwachs um 78,7 Prozent zu verzeichnen. Im Rahmen der Weiterbildung hätten sich seit 2017 rund 3.500 Ergänzungskräfte zu Fachkräften qualifiziert. Bis 2024 seien in Kitas zusätzlich ca. 1.200 Assistenzkräfte geplant.

Zudem sei die Zahl der Fachakademien für Sozialpädagogik zwischen 2011 und 2023 um 50 Prozent auf nun 73 gestiegen. Auch die Nachfrage nach Plätzen in Kinderpflegesulen ist hoch. Zum neuen Schuljahr startet in Rosenheim eine Staatliche Berufsfachschule für Kinderpflege. Darüber hinaus werden in diesem Jahr 400 zusätzliche Studienplätze für Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik bereitgestellt.

Qualifizierungsmöglichkeiten

Begleitet von reichlich Kritik hatte Scharf vergangenen Sommer ein „Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung“ auf den Weg gebracht. Dieses bietet weitere Qualifikationswege für den Quer- und Neueinstieg, ergänzend zur klassischen Erzieher- und Kinderpflegeausbildung. Aufeinander aufbauende Module ermöglichen Qualifizierungsmöglichkeiten als Assistenz-, Ergänzungs- oder Fachkraft. Wie die Ministerin ausführte, „sind beim Block A, das heißt der untersten Konzeptstufe, über 700 Assistenzkräfte bald einsatzbereit und zusätzlich auf dem Markt“. Aktuell werden 42 Kurse durchgeführt, die nächsten 40 sind in Vorbereitung. Scharf sprach von „guten Nachrichten“, sie freue sich über die hohe Nachfrage.

Ergänzend wies sie darauf hin, dass es bei der Anerkennung ausländischer Fachkräfte in den sozialen Berufen Sozialpädago-

gik und Kindheitspädagogik eine sog. Fastlane gebe. Dies bedeutet, dass die Anerkennung im Einzelfall sehr viel schneller geschehen kann als im normalen Verfahren. Die Koordinierungs- und Beratungsstelle Berufsanerkennung (KuBB), angesiedelt bei der Regierung von Mittelfranken, stehe hier beratend zur Seite.

Einstiegsgruppen

Mit Blick auf die Berufsanerkennung von Geflüchteten wurden laut Scharf vor einem Jahr Einstiegsgruppen für die Kinderbetreuung geschaffen. In einer Einstiegsgruppe kann die Zeit bis zur Aufnahme in eine reguläre Einrichtung überbrückt und die Kinder an den Kita-Besuch herangeführt werden. Durch den Wegfall der Anforderungen an die Bildung in deutscher Sprache wird insbesondere im Zuge der Fluchtbewegung aus der Ukraine die Möglichkeit geschaffen, Angebote, bei denen ukrainische Kinder von ukrainischem pädagogischem Personal gebildet, erzogen und betreut werden, staatlich zu fördern. Ein mutmachendes Beispiel für die Absenkung von Standards.

Familienpolitik ist von zentraler Bedeutung und betrifft alle Lebensbereiche. Da Familien selbst über die Gestaltung ihres Lebensalltags entscheiden sollen, werden sie vom Freistaat in allen Lebensbereichen unterstützt. Nach Angaben der Ministerin wurden seit Einführung des Familiengeldes 2018 fast 3,5 Milliarden Euro ausbezahlt. Davon hätten bereits rund 824.000 Kinder profitiert.

Anpassung an Baukosten

Stefan Schelle, Bürgermeister von Oberhaching und Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands München, forderte in der anschließenden Diskussion beim Thema Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung eine pauschalierte Förderung pro Platz, die ohne große Administration abläuft. Vor allem aber sei eine schnelle Anpassung an die Baukosten vonnöten. „Wir haben 35 bis 40 Prozent Baukostensteigerung und die ganzen Förderthematiken richten sich an irgendwelche gemittelten Baukosten der vergangenen fünf Jahre. Das ist mittlerweile komplett aus dem Ruder gelaufen. Hier müssen in der Fördertechnik pragmatische Wege gefunden werden“, stellte Schelle fest.

Nachjustierung beim Vergaberecht

Darüber hinaus forderte er eine Nachjustierung beim Vergaberecht. Bei Standards und Vorgaben müsse man „die Kirche im Dorf lassen“. Baunebenkosten und Architektenleistungen seien mittlerweile „absurd hoch“. Für die Ausschreibung, zum Beispiel eines Schulbaus, benötige man gesonderte Ingenieurleistungen. „Wenn nicht alles extra ausgeschrieben wird, läuft du Gefahr, keine Fördermittel zu bekommen“, monierte Schelle.

Auf die Personalproblematik zu sprechen kommend, betonte der Rathauschef: „Wir befinden uns gerade beim Mietspiegel in einer Spirale, die nach oben explodiert. Wir machen uns das Leben schwer.“ Auch die Tatsache, dass eine Erzieherin ab dem ersten Tag ihrer Schwangerschaft nicht mehr zur Arbeit erscheinen darf, sollte überdacht werden: „Wir müssen beim Personal flexibler werden. Natürlich muss Qualität in der Kinderbetreuung an oberster Stelle stehen. Aber wir sind in punkto Fortbildung, Ausbildung, Anerkennung manchmal zu pingelig,

gerade dann, wenn es um ukrainische Bürger geht. Die Prozesse dauern schlichtweg zu lange.“

In einem kurzen Impulsreferat ging der bildungspolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Gerhard Waschler, zunächst auf das Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) ein, in dessen Verflechtung von Schule und Kinderbetreuung der „Teufel im Detail“ stecke. Eine Ganztagspflicht besteht laut Waschler hierbei nicht, genauso wenig ein Anspruch auf einen kostenfreien Ganztagsplatz bzw. auf einen Ganztagschulplatz.

Des Weiteren verwies der Bildungspolitiker unter anderem auf die von der Staatsregierung beschlossene Erhöhung des Meisterbonus rückwirkend zum 1. Januar auf 3.000 Euro. Bayern wolle die Gleichstellung von

Neue Wege wagen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

unterstrich Bundeskanzler Olaf Scholz. Ländern und Kommunen käme etwa bei der Wärmewende eine Schlüsselrolle zu. Seine Regierung arbeite auch an einem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung.

Der Städtetag plädiert außerdem dafür, den Städten auch bei anderen Klimaschutzmaßnahmen durch ein neues finanzielles Fördersystem die Möglichkeit zu geben, schneller und effi-



Wahl der Städtetagsspitze

Der Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, ist erneut zum Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt worden. Zum Vizepräsidenten wurde der Leipziger OB Burkhard Jung bestimmt, zur Vizepräsidentin die Bonner Oberbürgermeisterin Katja Dörner. Erster Stellvertreter des Präsidenten ist Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner, Heidelberg. Zu den weiteren Stellvertretern zählt nun auch die Augsburgische Oberbürgermeisterin Eva Weber. Seit 2020 ist sie Mitglied im Präsidium. DK

zienter zu handeln. Aktuell gebe es eine Vielzahl von Förderprogrammen für Kommunen, die aber oft mit Ende einer Wahlperiode auslaufen und für die Städte mit einem hohen Aufwand bei der Beantragung der Mittel verbunden sind.

Bürokratische Förderprogramme

Lewe zufolge wollen die Städte mehr Tempo beim Klimaschutz machen. „Das geht aber nicht mit Förderprogrammen, die oft so bürokratisch und unflexibel sind, dass man Manager einstellen müsste, um das Förderdickicht zu durchdringen und an die Gelder zu kommen. Die Städte wissen am besten, was für mehr Klimaschutz vor Ort notwendig ist. Statt immer wieder neue Fördermittel beantragen zu müssen, sollten die Kommunen deshalb feste Budgets für Klimaschutz für mindestens zehn Jahre erhalten. Das gibt uns Planungssicherheit und

beruflicher und akademischer Bildung voranbringen, „Master und Meister sollen gleichgesetzt werden.“ Ein wichtiger und richtiger Schritt sei auch die sukzessive Erhöhung der Besoldung von Grund- und Mittelschullehrkräften auf A13 ab Juni dieses Jahres, wobei auch die Privatschulen nicht außer Acht gelassen werden sollten.

Als erfreulich wertete Waschler zudem den Umstand, dass Bayern in punkto Bildungsrecht mit seinem differenzierten und durchlässigen Bildungswesen deutschlandweit an der Spitze liegt. Folgerichtig weise der Freistaat mit 5,1 Prozent die niedrigste Quote an Schulabgängern deutschlandweit auf. Zum Vergleich: In Bremen sind es mit zehn Prozent anteilig fast doppelt so viele. DK

wäre gleichzeitig ein völlig neues schlankes Fördersystem, mit dem wir vor Ort passgenau und flexibel arbeiten können.“

Der Deutsche Städtetag schlägt vor, dass diese städtischen Budgets von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden. Die Bundesmittel sollten auf die Länder nach Einwohnerzahl aufgeteilt werden. Die Länder könnten dann weitere Kriterien wie Finanzschwäche oder regionale Besonderheiten berücksichtigen, wenn sie das Geld auf die Kommunen aufteilen. Viele bereits bestehende Förderprogramme könnten in dem neuen Programm mit festen Budgets für Klimaschutz aufgehen.

Planungssicherheit und eine nachhaltige Finanzierung fordern die Städte auch für die Aufnahme von geflüchteten Menschen. Wie der Städtetags-Vizepräsident und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, darlegte, wollen die Städte geflüchteten Menschen Schutz und Zuflucht geben. Dies sei eine der akut größten Herausforderungen für die Gesellschaft. „Die Städte können das, wir vor Ort finden jeden Tag pragmatische Lösungen, damit Aufnahme und Integration gelingen. Aber wir stehen inzwischen mit dem Rücken zur Wand. Notversorgung in Zelten und Messehallen darf kein Dauerzustand werden.“ Die Städte benötigten Planungssicherheit für den Bau von Unterkünften, für das Vorhalten von Reservekapazitäten, für Sprachkurse, Kita- und Schulplätze. Dafür müssten Bund und Länder einen erheblichen Teil beisteuern. „Die Hausaufgaben von Bund und Ländern werden nicht weniger, weil Kriege und Katastrophen auf der Welt weiter Menschen zur Flucht zwingen“, erklärte Jung.

Eine zusätzliche Milliarde Euro gibt keine Perspektive

Wichtige Fragen der Finanzierung für die Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten seien weiterhin ungeklärt. Mit Blick auf die Verhandlungen beim jüngsten Bund-Länder-Gipfel sagte der Vizechef: „Eine zusätzliche Milliarde Euro hilft für den Moment, gibt aber keine Perspektive. Aus den Enttäuschungen vom Frühjahr müssen Erfolgsmeldungen im Herbst werden. Wir brauchen eine langfristige, dynamische Finanzierungsregelung, die sich an das tatsächliche Migrationsgeschehen anpasst. Diese Zielmarke muss ganz oben stehen für die Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler im Juni und November.“

Gut sei, dass das Ausländerrecht vereinfacht und Verfahren digitalisiert werden sollen. Der Bund leiste seinen Teil der Unterstützung. Bei der Aufnahme und Unterbringungskommen

Offene Fragen im ...

(Fortsetzung von Seite 1)

EU-Ebene mühsam und zeitaufwändig sind. Umso entschlossener sollte sich aber die deutsche Politik über allen Ebenen hinweg aufstellen und klar machen, dass es mit derart hohen Flüchtlingszahlen so nicht weitergehen kann.“ Zudem sprach sich das Präsidium für eine europaweite Harmonisierung von Integrations- und Sozialleistungen aus, die gemessen an den Lebens- und Sozialstandards der jeweiligen Mitgliedsstaaten gleichwertig sein sollten. Das hohe Niveau sozialer Leistungen mache Deutschland als Zielland für Flüchtlinge besonders attraktiv und fördere eine ungleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union.

Nach wie vor mit großer Skepsis betrachtet der DLT die geplante Kindergrundsicherung. Laut Präsident Sager will die Bundesregierung hierfür viele

von Bund 15,6 Milliarden Euro, das sei erheblich mehr Geld als etwa noch 2015. Zudem übernehme der Bund seit 2020 einen deutlich höheren Anteil an den Unterbringungskosten.

Fachkräftemangel

Stichwort Fachkräftemangel: Qualifizierte Arbeitskräfte sind die wichtigste Ressource unserer Gesellschaft. Jung zufolge fehlen Fachkräfte, aber auch Hilfskräfte an allen Ecken und Enden. Freie Stellen können kaum nachbesetzt werden. „Diese Lücken spüren wir im Alltag. Es werden zu wenig Schulen, Kitas und Wohnungen gebaut, zu wenig Kinder betreut und Menschen gepflegt. Die Digitalisierung geht nur langsam voran, Verwaltungsverfahren dauern zu lange und das vorhandene Personal wird über Gebühr beansprucht. Eine einfache Lösung gibt es nicht. Nötig ist ein Maßnahmenbündel mit Qualifizierung, neuen Arbeitsmodellen und Zuwanderung.“ forderte der Städtetagsvize. Dazu zählten unter anderem:

- Verwaltungsprozesse digitalisieren und entbürokratisieren
- Gezielte Arbeitskräfteeinwanderung verstärken
- Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete in den Kommunen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- Mehr Ausbildungs- und Studienkapazitäten
- Moderne und flexible Arbeitsbedingungen
- Einfachere und flexiblere Regelungen bei Renten und Pensionseintritt
- Quereinstiege erleichtern und unterstützen.

Eine Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit sowie ein starker Hebel gegen Fachkräftemangel seien außerdem gut umsetzbare Gesetze. Laut Jung ist es richtig, dass der Bund mit dem Digitalcheck Gesetzesvorhaben auf ihre digitale Praxistauglichkeit überprüfen will. Dabei muss der Bund das Wissen der Kommunen rechtzeitig bei der Gesetzgebung mit einbinden.“

Für zentrale Verwaltungsverfahren, wie das Beantragen von Pässen, für Führerscheine oder Führungszeugnisse sollte der Bund auch zentrale IT-Lösungen bereitstellen. Wenn diese von allen Städten genutzt werden können, müsse sich nicht jede Stadt um individuelle Lösungen kümmern. „Das spart Zeit und Kraft, die für die drängenden Aufgaben vor Ort gebraucht wird“, stellte Jung fest. Überstürzte Fristen für Stellungnahmen der Kommunen von wenigen Tagen oder Stunden für komplexe Gesetze seien nicht nur schlechter Stil, sondern kontraproduktiv. DK

Milliarden Euro aufbringen, obwohl es mit dem Bürgergeld bereits eine Grundsicherung für Kinder gibt und neue Schnittstellen, Doppelstrukturen sowie Intransparenz drohen. „Jedenfalls sollte das Projekt darauf ausgerichtet werden, bürokratische Hürden für Familien abzubauen.“

Nach den Überlegungen des Bundesfamilienministeriums würde es nämlich für die Familien komplizierter werden, wenn zusätzliche Behördengänge notwendig würden, um bedürftige Kinder umfassend finanziell abzusichern. Nach Sagers Ausführungen dürfe es gerade nicht dazu kommen, dass es Familien mit zusätzlichen Behörden zu tun bekommen: „Die Menschen verzweifeln mitunter schon heute an der Komplexität und den bürokratischen Gegebenheiten unseres gut ausgebauten Sozialstaats.“ Wenn also der Bund nach wie vor an dem Projekt festhalten und zusätzliche Finanzmittel bereitstellen will, könnte er das Bürgergeld für bedürftige Kinder anheben und die Inanspruchnahme des Kinderzuschlages besser als bisher bewerben. „Das sei sehr viel einfacher, transparenter und schneller umzusetzen als ein großer Umbau der Sozialleistungen für Kinder mit vielen Risiken und Nebenwirkungen, hob Sager hervor.“

Mit Blick auf den Öffentlichen Gesundheitsdienst hat das DLT-Präsidium die Länder aufgefordert, ihre Zusagen einzuhalten. Nach Sagers Worten „lösen Neueinstellungen von Ärzten und weiterem Personal in den Gesundheitsämtern Dauerkosten aus, für die die Landkreise die erforderlichen Finanzmittel benötigen. Daher haben sich die Länder 2020 verpflichtet, die kommunalen Mehrausgaben unabhängig von einer Beteiligung des Bundes vollständig und dauerhaft auszugleichen. Daran wollen wir die Länder erinnern, denn der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat kürzlich auf Initiative der Bundesregierung beschlossen, dass die Mitfinanzierung des Paktes im Jahr 2026 enden soll.“

Stichwort Krankenhausreform: Aus Sicht des DLT müssen die berechtigten Belange der ländlichen Räume ausreichend berücksichtigt werden. Qualitativ hochwertige medizinische Angebote müssten auch außerhalb der Ballungsräume gesichert und für die Menschen erreichbar vorgehalten werden. Einer der Reformeffekte dürfe jedenfalls nicht sein, dass viele Standorte in ihrer Existenz bedroht wären. Größere und stärker spezialisierte Krankenhäuser seien nicht per se zu kritisieren, erläuterte Sager. „Aber das ist die Aufgabe der Krankenhausplanung der Länder und keine Verantwortlichkeit des Bundes.“

Die Krankenhausstruktur weise darüber hinaus enge Bezüge zur ebenfalls geplanten Reform der Notfallversorgung auf. „Die Landkreise stellen fest, dass nach den Vorstellungen der Reformkommission auf direkte Eingriffe in den Rettungsdienst der Landkreise verzichtet werden soll. Das ist positiv. Es muss aber sichergestellt werden, dass im Zusammenspiel beider Reformen weiterhin genug Krankenhäuser in der Fläche in zumutbarer Entfernung vorhanden sind, die Notfallpatienten behandeln können“, so Sager.

Auch beklagte er zum wiederholten Mal, dass sich immer mehr Patienten an Rettungsdienst und Notaufnahmen der Krankenhäuser wenden. Hier wäre eine gemeinsame oder zumindest digital verbundene Notfallleitstelle für die Rufnummern 112 und 116 117 hilfreich. DK

Deutscher Städte- und Gemeindebund:

Aktuelle Positionen zur kommunalen Entwicklungspolitik

Der kommunalen Entwicklungspolitik kommt im Zuge der Agenda 2030 und der Implementierung der Nachhaltigkeitsziele eine immer größere Bedeutung zu. Die Corona-Krise und der russische Angriffskrieg auf die gesamte Ukraine haben zudem nachdrücklich die Notwendigkeit internationaler kommunaler Partnerschaften und ihr enormes Potenzial aufgezeigt. Den Möglichkeiten und Herausforderungen kommunaler Entwicklungspolitik hat sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einem aktuellen Positionspapier gewidmet.

Mittlerweile engagieren sich über 1.000 Kommunen entwicklungspolitisch, Tendenz steigend. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender nationalistischer und populistischer Bedrohungen ist die kommunale Entwicklungspolitik als probates Mittel für die Stärkung von Multilateralismus und Offenheit sowie deren lokaler Verankerung zu sehen.

Fairer Handel und faire Beschaffung

Aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebunds ist der faire Handel nicht nur ein wirkungsvolles entwicklungspolitisches Instrument, sondern fördert zugleich durch eine stärkere Sensibilisierung der Problematik das Gemeinwesen vor Ort. Als

größter öffentlicher Auftraggeber können die Kommunen durch fairen Handel und faire Beschaffung einen wichtigen Beitrag zur Förderung nachhaltiger Anbau- und Produktionsverfahren sowie der Einhaltung sozialer Mindeststandards leisten. Zahlreiche deutsche Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht, ihre Beschaffung nachhaltig und fair auszurichten. Dabei stoßen sie und ihre Beschaffungssämter jedoch auf signifikante Herausforderungen.

Zum einen wird die Identifizierung fairer und nachhaltiger Produkte durch die große Vielfalt und die zum Teil sehr unterschiedliche Qualität verschiedener Siegel erschwert. Zum anderen befindet sich der Markt für nachhaltige und faire Produkte noch im Wachstum, so dass der Bedarf der kommunalen Beschaffung nicht durch das Angebot am Markt allein gedeckt werden könnte. Neben der Wahrung kommunaler Entscheidungsautonomie ist auch dies ein Grund, weshalb von einer Verpflichtung der Kommunen zu einer rein fairen bzw. nachhaltigen Beschaffung, zumindest auf absehbare Zeit, abzusehen ist. Vielmehr gilt es laut DStGB zunächst, eine weitere Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der Siegel für Nachhaltigkeit und fairen Handel zu erreichen. Mobilisierungs- und Unterstützungsprogramme für faire und nachhaltige Beschaffung in den Kommunen sind gleichwohl fortzuführen und zu intensivieren.

1.000 Schulen für unsere Welt

Das Dorf Mankeneh befindet sich ca. 150 km nordöstlich der Hauptstadt Freetown. Im Jahr 2020 wurde hier durch die Spende des Ehepaars Rößle eine neue Schule errichtet. Vor dem Schulbau absolvierten laut der Hilfsorganisation Street Child e.V. weniger als 70 Prozent der Kinder aus Mankeneh eine Grundschulausbildung. Keine Seltenheit in den abgelegenen Regionen: Es fehlt an Schulgebäuden oder der Weg zu nächsten Schule ist weit und damit für die Kinder zu gefährlich. In Mankeneh hat sich seit der Schuleröffnung die Situation deutlich verbessert. „Die Dorfgemeinschaft ist sehr stolz auf ihre neue Schule“, berichtet Rößle von seiner Reise, „die Schule wird von vielen Kindern besucht und ist zu einer Art Herzstück der Gemeinde geworden“.

156.000 Euro für neue Schulen

Beide Schulbesuche waren eingebettet in ein umfangreiches Programm rund um den Sierra Leone Marathon, zu dem die Hilfsorganisation Street Child e.V. jährlich einlädt. Zum 10. Mal kamen dieses Jahr Läufer aus der ganzen Welt, mit und ohne Behinderung in der Stadt Makeni im Norden des Landes zusammen, um im Rahmen eines inklusiven Spendenmarathons auf die Situation armutsbetroffener Kinder in Sierra Leone aufmerksam zu machen und Spendengelder für neue Schulbauprojekte von Street Child e.V. zu sammeln.

Die Hilfsorganisation mit Hauptsitz in Washington DC ist in Sierra Leone bereits seit 2008 aktiv. Arbeitskern ist schnelle und direkte Verbesserung der Lebens- und Bildungssituation von Kindern und deren Familien, insbesondere in sehr abgelegenen, von Krisen betroffenen ländlichen Regionen und mit besonderem Fokus auf Mädchen, Kinder mit Lernschwierigkeiten, junge Frauen und Mütter. Das allererste Projekt der Organisation unterstützte damals 100 Straßenkinder in Makeni und ermöglichte diesen den Weg zurück ins Schulsystem. In den letzten Jahren konnten die Organisationsstrukturen weltweit ausgebaut werden, sodass Street Child e.V. zwischenzeitlich Projekte in 21 Ländern betreut. Makeni als erster Projektstandort bleibt mit dem dort stattfindenden Spendenmarathon jedoch von besonderer Bedeutung. Landrat Rößle, der gemeinsam mit Erwin Taglieber eine Teilstrecke von 10 km absolvierte, freut sich über den Erfolg der Aktion, denn „mit 156.000 Euro lassen sich wieder einige Schulen bauen“.

Landkreis Donau-Ries und Sierra Leone:

Vom Schulbesuch zum Spendenmarathon

(pm). Weltweit Bildungszugänge zu ermöglichen, ist das Ziel der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“, die Landrat Stefan Rößle im Jahr 2018 ins Leben gerufen hat. Seit der Gründung ist die bundesweite Initiative auf über 200 spendenbasierte Schulbauprojekte im Globalen Süden angewachsen. Viele der Projekte wurden durch Spendengelder aus dem Landkreis Donau-Ries ermöglicht. Zwei Schulen der Initiative in Sierra Leone erhielten nun Ende April persönlichen Besuch aus dem Landkreis. Landrat Stefan Rößle reiste in das westafrikanische Land, um eine von ihm und seiner Frau finanzierte Schule zu besuchen. Begleitet wurde er von Erwin Taglieber, der als Geschäftsführer der Taglieber Holzbau GmbH ebenso einen Schulbau in Sierra Leone ermöglichte. Organisiert wurde die private Reise von der internationalen Hilfsorganisation Street Child e.V., mit der zuvor beide Schulbauprojekte umgesetzt wurden.

Neben unterschiedlichen Bedingungen an den jeweiligen Schulstandorten tragen persönliche Widmungen der Spender dazu bei, dass jedes Schulbauprojekt der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ eine eigene Geschichte erzählt. In Mankeneh handelt diese Geschichte auch von zwei Sternkindern, also Kindern, die vor, während oder kurz nach der Geburt verstorben sind. Das Ehepaar Rößle verlor in den Jahren 1988 und 1990 auf diese Weise zwei Kinder. „Für zwei Sternkinder“ steht auf dem Schulschild in Mankeneh. Ihnen ist die Grundschule gewidmet.

Noch weiter im Norden, im Dorf Manjoro, steht der zweite, aus dem Landkreis finanzierte Schulbau. Hier konnte durch eine Spende der Taglieber Holzbau GmbH im Jahr 2018 eine Schule für Kinder im Junior-Sekundaralter (11 bis 14 Jahre) gebaut werden. Die in Manjoro gesammelten Eindrücke inspirierten Geschäftsführer Erwin Taglieber nun zu einer neuen Projektidee: So befindet sich ganz in der Nähe der Schule eine ungenutzte Fläche, die sich für eine landwirtschaftliche Nutzung anbietet. Begleitet durch einen entsprechenden Ausbilder könnte die Fläche von den Schülern bewirtschaft-

nische Kommunalpartnerschaften, sondern grundsätzlich für die gesamte kommunale Partnerschaftsarbeit.

„Dass von Solidaritätspartnerschaften zwischen Kommunen abgesehen der Trend zunächst in Richtung konkreter Projektpartnerschaften geht, ist nachvollziehbar und auch nicht falsch“, so der DStGB. „Es ist sinnvoll, wenn Kommunen zunächst zu einem bestimmten Thema (Klima, Energie, Urbanisierung etc.) eng zusammenarbeiten und sich vertiefend kennenlernen. Auf die dann bestehenden Verbindungen sollte jedoch aufgebaut und perspektivisch, sofern bisherige Erfahrungen positiv waren, eine ‚echte‘ Kommunalpartnerschaft angestrebt werden.“

Eine freiwillige Aufgabe

Die kommunale Entwicklungspolitik sei eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Gleichwohl seien die finanziellen und personellen Spielräume der Kommunen äußerst begrenzt, so dass mit der Freiwilligkeit auch ein besonderer Bedarf an externer Finanzierung einhergeht. „Hier ist an erster Stelle der Bund gefragt, der mit der an Engagement Global angedockten SKEW die Kommunen umfasst berät sowie eine Vielzahl an Förderprogrammen auflagt“, betont der Städte- und Gemeindebund.

Wie bei anderen Förderprogrammen auch, sei vor allem für kleinere Kommunen der administrative Aufwand für die Beantragung von Fördermitteln und in der Folge die Berichterstattung über die Verwendung der Mittel spürbar zu aufwändig. Um noch mehr Kommunen für ein Engagement in der Entwicklungspolitik zu begeistern, müsse daher die Förderung weiter entbürokrati-

siert werden. Eine vollständige Digitalisierung des Antragsprozesses sowie eine KI-unterstützte Begleitung bzw. automatische Vorfürsorge könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Hervorzuhebende Programme mit einer großen Breitenwirkung sind laut DStGB die Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen (sog. KEpol) sowie der Kleinprojektfonds. Beide sind fortzuführen. Zu prüfen ist, inwieweit eine (mehrmalige) Folgeförderung sinnvoll sein kann.

Kommunale Selbstverwaltung weltweit stärken

Mit Blick auf die begrenzten Kapazitäten kleinerer Gemeinden, sowohl finanziell wie vor allem auch personell, könne die Durchführung eines gemeinsamen entwicklungspolitischen Projekts durch mehrere Gemeinden zielführend sein. Auch eine stärkere administrative und organisatorische Unterstützung durch den jeweiligen Landkreis könne einen gangbaren Weg darstellen.

In Deutschland genießen die Kommunen ein umfangreiches Selbstverwaltungsrecht. Diese Zuständigkeit und Selbstverantwortung ist in Deutschland ein Garant für Stabilität. Zudem ist sie ein Exportschlager der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Eine wachsende Zahl der Länder des Globalen Südens öffnen ihre zentralistisch orientierten Systeme und sprechen den Kommunen zunehmend mehr Aufgaben und Pflichten zu. Damit die internationale kommunale Zusammenarbeit weiterhin auf fruchtbaren Boden fällt, gilt es nach Meinung des Kommunalverbands, den Trend zur kommu-

nenalen Selbstverwaltung weltweit zu stärken.

In diesem Zusammenhang sei es „unweigerlich als äußerst zielführend anzusehen, wenn Kommunalvertreter künftig zumindest bei größeren Ministerreisen des BMZ und des Auswärtigen Amtes Bestandteil der Delegation sind. Dass dies häufig nur ein Privileg für Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen ist, ist wenig nachvollziehbar.“

Damit sich mehr Kommunen für ein Engagement in der Entwicklungspolitik entscheiden, fordert der DStGB weitere niedrigschwellige Angebote und Formate. Positiv hervorzuheben seien hier die vom BMZ ernannten ehrenamtlichen Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik. Sie zeichneten sich unter anderem durch eine umfangreiche Expertise zur Agenda 2030 sowie praktische Erfahrung bei der Implementierung kommunaler Entwicklungspolitik in der eigenen Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft aus.

Zum einen würdige das BMZ so die bisherige entwicklungspolitische Arbeit der Botschafter und zum anderen könnten diese zugleich dazu beitragen, noch mehr Kommunen für die Entwicklungspolitik zu sensibilisieren und zu motivieren. Eine weitere Möglichkeit zur stärkeren Würdigung entwicklungspolitisch engagierter Kommunen wäre die Einführung eines „Tages der kommunalen Entwicklungspolitik“ ähnlich zu den bekannten Gedenktagen der Vereinten Nationen. Dieser Tag würde laut DStGB ganz im Zeichen des großen kommunalen Engagements in der Welt stehen und einen wichtigen Beitrag zu einer weiteren Sensibilisierung der Bevölkerung und der Kommunen in Bezug auf die kommunale Entwicklungspolitik leisten. **DK**



Öffentlich, nachhaltig, fair –
so funktionieren
kommunale Aufträge.

Matthias Dießl, Landrat des Landkreises Fürth

Der Landkreis Fürth vergibt öffentliche Aufträge bevorzugt für Waren, die Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards erfüllen. Das gilt für die Arbeitskleidung im Bürgerservice ebenso wie für das Druckerpapier in der Verwaltung.

Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL GmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de

ENGAGEMENT
GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



[Ministerrat zur Erbschaftsteuer:](#)

Bayern stellt Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht

Bund ignoriert Lebenswirklichkeit

Auch Menschen in Bayern sollen die Chance haben, ihr hart erarbeitetes Vermögen an die nächste Generation weiterzugeben. Die Staatsregierung hat deshalb beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf abstrakte Normenkontrolle gegen das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz einzureichen.

Mit dem Antrag soll über eine verfassungsrechtliche Überprüfung der Weg für eine Erhöhung der persönlichen Freibeträge, Senkung der Steuersätze und eine Regionalisierung der Erbschaftsteuer geöffnet werden. Ziel ist, dass sowohl das Eigenheim in Familienhand als auch viele Arbeitsplätze in mit-

telständischen Unternehmen gesichert werden. Das ist eine Frage der Fairness und der Steuergerechtigkeit.

Die Freibeträge bei der Erbschaftsteuer wurden seit 2008 nicht erhöht. Im Gegensatz dazu sind die Inflation sowie die Boden- und Immobilienpreise in den letzten Jahren massiv gestie-

gen. Trotzdem hat der Bundesgesetzgeber die Freibeträge bisher nicht angehoben. Das ist unfair und zugleich eine ständige Steuererhöhung, zumal das Jahressteuergesetz 2022 zu deutlich höheren Immobilienbewertungen und damit massiver gestiegener Erbschaft- und Schenkungsteuer führen wird.

Ein steuerfreies Erben von Einfamilienhäusern ist dadurch in vielen Teilen Bayerns schon seit längerer Zeit nicht mehr möglich. Viele Erben sind zum Verkauf gezwungen, das finanzielle Lebens-

werk der Vorgängergeneration kann nicht erhalten werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte den Bundesgesetzgeber jedoch in einer Entscheidung aus dem Jahr 1995 verpflichtet, sich bei den Freibeträgen der Steuerklasse I – diese betreffen die engsten Familienangehörigen – an den Werten durchschnittlicher Einfamilienhäuser zu orientieren. Diese Vorgabe hat der Bundesgesetzgeber zwar mit der Erbschaftsteuerreform im Jahr 2008 berücksichtigt. Er hat seitdem aber nicht mehr auf die Entwicklung der Wertverhältnisse reagiert. Die Belastungswirkung der Erbschaftsteuer hat sich dadurch mittlerweile gravierend erhöht.

Hinzu kommt, dass sich der Wert bei Grundstücken in den letzten Jahren bundesweit sehr unterschiedlich entwickelt. Bayern als attraktiver Standort ist dabei von besonders hohen Preisen betroffen.

Die aktuell geltenden bundeseinheitlichen Freibeträge und Steuersätze tragen diesen heterogenen Verhältnissen nicht Rechnung – landesrechtliche Regelungen könnten dies angesichts der unterschiedlichen Immobilienpreisentwicklung im Bundesgebiet deutlich besser. Die Forderung des Freistaats: Keine Steuer nach bundesweiten Einheitstarifen, wenn die Grundstückswerte sich so massiv unterscheiden! Die Länder sollten wesentliche Aspekte der Erbschaftsteuer selbst festlegen können. Schließlich fließt das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer auch nur den Ländern zu.

Zu hohe Steuersätze

Des Weiteren sind die Steuersätze zu hoch, die es insbesondere außerhalb der engen Kernfamilie erschweren, Vermögen etwa bei kinderlosen Ehen in der Familie zu halten (bei Vererbung an Neffen z.B. bis zu 43 Prozent). Auch das zwingt viele Erben zum Verkauf des finanziellen Lebenswerks ihrer Vorgänger. Das kann nicht Sinn einer Erbschaftsteuer sein und widerspricht dem grundrechtlichen Schutz der Familie.

Schließlich haben die Freibeträge und Steuersätze auch Auswirkungen bei Unternehmensnachfolgen. Wenn Unternehmen durch eine zu hohe Erbschaftsteuer Liquidität entzogen wird, können notwendige Investitionen zum Teil nicht getätigt werden und Arbeitsplätze werden gefährdet. □

fürten zu explodierenden Kosten und steigenden Preisen. Zu Jahresbeginn 2023 erholten sich bei geringem inländischem Angebot die Preise für Schlachtschweine zusehends.

Handwerksgenossenschaften

Auf ein erfolgreiches Jahr blicken die 46 Handwerksgenossenschaften zurück. Ihre Umsätze stiegen um 209,5 Millionen Euro auf 984,5 Millionen Euro – ein Plus von 27,0 Prozent. Zu dieser Gruppe zählen genossenschaftliche Brauereien sowie Unternehmen aus den Bereichen Bäcker, Metzger oder Schuhmacher. Bäcker haben beispielsweise das Jahr 2022 stabil gemeistert. Trotz gestiegener Preise bei Energie, Rohstoffen und Personal haben sie sich als stabilisierender Faktor erwiesen.

Gewerbliche Genossenschaften

Zu den 151 gewerblichen Genossenschaften zählen Unternehmen aus den Branchen Gesundheit, Marketing und Tourismus, Kultur, Verkehr, Gastronomie, Produktion, IT oder freie Berufsgruppen. Insgesamt wuchsen die Umsätze der in dieser Gruppe zusammengefassten genossenschaftlichen Unternehmen um 10,2 Prozent beziehungsweise 127,4 Millionen Euro auf mehr als 1,3 Milliarden Euro. □

[SVB und GVB:](#)

Sicherungssysteme der Regionalbanken erhalten

Als Lehre aus den jüngsten Bankenturbulenzen in den USA und der Schweiz dringt EZB-Vizepräsident Luis de Guindos auf einen grenzübergreifenden Schutz der Gelder von Bankkunden in Europa. Seine jüngsten Forderungen nach einer weiteren Vergemeinschaftung der Einlagensicherung stoßen indessen auf Unverständnis bei den bayerischen Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Nach den Worten des Präsidenten des Sparkassenverbandes Bayern, Prof. Dr. Ulrich Reuter, „war zu erwarten, dass diese Bankenturbulenzen neuerlich Rufe nach einer Vergemeinschaftung der Europäischen Einlagensicherung nach sich ziehen würden. Aber der alte Gedanke wird auch durch die jüngsten Geschehnisse nicht richtiger. Eine volle Vergemeinschaftung über alle europäischen Kreditinstitute hinweg ist und bleibt unsinnig.“

Dennoch die Sparkassen, wie auch die Genossenschaftsgruppe, verfügten über eigene, gut funktionierende Institutssicherungssysteme, die über die gesetzlichen Mindestanforderungen zum Schutz ihrer Kundschaft hinausgehen, weil sie nicht nur die Kundeneinlagen, sondern schon im Schritt zuvor die Existenz der Institute, absichern, so Reuter. Diese im Rahmen der Europäischen Bankenregulierung anerkannten Systeme leisteten einen unschätzbaren Beitrag zur Stabilität des heimischen Bankensektors in allen Regionen. Eine solche Sicherungssystematik sei aber nicht mit der Vollvergemeinschaft vereinbar.

„Statt also die von bayerischen Regionalbanken zurückgelegten Mittel in einen gemeinsamen europäischen Topf zu werfen, mit dem die Risiken europaweit aktiver Großbanken abgesichert würden, sollten solche Pläne – wenn überhaupt – ohne Einbeziehung oder Schwächung der Sparkassensysteme geschmiedet werden. Europa muss auch hier Subsidiarität und Regionalität Vorrang geben: Unser regionales Geschäftsmodell braucht keine europaweite gemeinschaftliche Absicherung.“

Nach Angaben des Genossenschaftsverbands Bayern stellten die regionalen Kreditinstitute im Freistaat inzwischen mehr als eine Milliarde Euro für den Einlagenschutz bereit. Diese Mittel

[Staatsminister Füracker:](#)

Im Steuerrecht zahlreiche Erleichterungen möglich

„In den aktuell wirtschaftlich schwierigen Zeiten wollen wir die Rahmenbedingungen für unsere bayerischen Unternehmen und Handwerksbetriebe bestmöglich gestalten. Bayerns Wirtschaft soll von überflüssiger Bürokratie entlastet werden – dabei gibt es besonders im Steuerrecht erhebliches Potenzial. 57 Wirtschaftsverbände in Deutschland haben bei einer Umfrage insgesamt 442 konkrete Vorschläge zum Abbau von Bürokratie an den Bund geschickt. Die Bundesregierung muss jetzt handeln und möglichst viele Vorschläge zügig umsetzen“, so der Bayerische Finanzminister Albert Füracker mit Blick auf die veröffentlichten Ergebnisse einer Online-Befragung der Bundesregierung zum Bürokratieabbau.

„Wenn schon konkrete Verbesserungsmöglichkeiten sozusagen auf dem Silbertablett serviert werden, müssen diese auch berücksichtigt werden und nicht in langen Ampel-Diskussionsrunden untergehen. Das ist auch eine Frage der Fairness und des Respekts – ohne unsere erfolgreiche Wirtschaft werden wir unseren Sozialstaat in dieser Form nur schwer erhalten können“, betonte Füracker.

„Vor allem Mittelstand und Handwerk brauchen dringend eine Entlastung von überflüssiger Bürokratie. Die vielen Bagatelgrenzen müssen zügig erhöht und Vereinfachungsregeln im Steuerrecht vermehrt werden – sie haben längst einen Großteil ihrer entlastenden Wirkung verloren. Zum Beispiel sollte hier

würden mit der geplanten Umsetzung von EDIS nicht mehr nur dem Erhalt der Leistungsfähigkeit des bayerischen Finanzsystems, sondern zur Stabilisierung von Kreditinstituten in ganz Europa dienen – ohne Einfluss auf deren Risikoneigung ausüben zu können. Dies widerspreche dem Haftungsprinzip und setze gefährliche Fehlreize für Banken und Staaten.

Der deutsche Bankensektor habe in den vergangenen Jahren zahlreiche Anstrengungen unternommen, Risiken zu reduzieren und Sicherungspolster aufzubauen. Dieses Engagement würde durch eine Vergemeinschaftung der Risiken in EDIS konterkariert. Wie von der Bundesregierung gefordert, sollte sich die EU stattdessen darauf konzentrieren, Bankrisiken abzubauen und die Abwicklung maroder Institute zukunftsicher aufzustellen. Dazu gehöre auch eine risikogerechte Behandlung von Staatsanleihen in den Bankbilanzen.

„Seit Jahrzehnten haben sich Sicherungssysteme wie die genossenschaftliche Institutssicherung als effektives Mittel zum Schutz der Einlagen von Bankkunden erwiesen. Noch nie hat ein Kunde seine Einlagen durch eine Bankpleite verloren. Das zeigt sich auch in dem hohen Vertrauen, das Bürger und Unternehmen der genossenschaftlichen Bankengruppe entgegenbringen“, unterstreicht der GVB. Der Vorteil der Institutssicherung liege darin, dass sie präventiv wirke: Sie setze darauf, Bankpleiten von vornherein zu verhindern, wohingegen EDIS lediglich den Entschädigungsfall abdeckt. „Es ist widersinnig, diese bewährte und leistungsfähige Lösung durch ein zentrales EU-System zu ersetzen. Sollte es trotz aller Bedenken dennoch zu einer EU-Einlagensicherung kommen, sollten die Institutssicherungssysteme ausgenommen werden“, unterstreicht der Genossenschaftsverband. □

[Bayerische Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften:](#)

Herausforderungen überzeugend gemeistert

Angespannte Lieferketten, Preisvolatilität und politische Unsicherheiten – die 1.004 bayerischen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften haben trotz eines fordernden Umfelds ihr Geschäft ausgebaut. Mit einem Umsatzplus von 15,5 Prozent auf 16 Milliarden Euro haben sie die Herausforderungen überzeugend gemeistert. „Das Genossenschaftsmodell beweist seine Stärke einmal mehr in schwierigen Marktsituationen“, sagte Gregor Scheller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), anlässlich der Vorstellung der Jahresbilanz 2022 in München.

„Im vergangenen Jahr konnte der GVB 34 neue Genossenschaften als Mitglieder aufnehmen“, freute sich Scheller. Das ist der höchste Stand seit 2013. „Genossenschaften lösen dort pragmatische Probleme von Bürgerinnen und Bürgern, wo der Staat oder andere Akteure keine Antworten finden“, sagte Scheller.

Energie

Das zeigt sich vor allem im Energiebereich. Bei den Gründungen setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort. „Im Energiebereich spielt die Musik“, sagte Scheller mit Blick auf die insgesamt 16 neu gegründeten Energiegenossenschaften. Allein zwölf davon sind Nahwärmegenossenschaften, bei den vier weiteren handelt es sich um Genossenschaften, die in Photovoltaikanlagen investieren wollen. Insgesamt gehören damit 289 Energiegenossenschaften dem GVB an. Diese konnten auch dank gestiegener Preise ihren Umsatz um 11,7 Prozent auf 378,7 Millionen Euro steigern.

„Bei der Gründung von Energiegenossenschaften lässt sich eine dritte Gründungswelle identifizieren“, sagte Scheller. In einer ersten Gründungswelle von Energiegenossenschaften zwischen 2007 und 2013 ging es den Initiatoren in erster Linie darum, die Energiegewinnung voranzutreiben. In der zweiten Welle, die 2017 begann und bis 2020 andauerte, wurden vor allem Nahwärmegenossenschaften gegründet. Die derzeit laufende dritte Welle hat zusätzlich zum Ziel, sich unabhängig von Energielieferungen aus Drittstaaten zu machen.

Hinzu kommt beispielsweise die politisch verursachte Heizungsdebatte, die Planungssicherheit nimmt und zu Irritationen unter Verbraucherinnen und Verbrauchern, aber auch in der Wirtschaft führt. „Die Menschen, aber auch die vielen mittelständischen Unternehmen im Freistaat, brauchen bezahlbare Energie und Planungssicherheit. Niemand investiert gerne, wenn er nicht weiß, wie die Investition in Zukunft seitens der Politik bewertet wird“, sagte Scheller. Alle seien sich einig darin, Erneuerbare Energien auszubauen zu wollen. Mit Energiegenossenschaften existiere ein Modell, das die Akzeptanz für entsprechende Anlagen erhöht, indem es die Wertschöpfung in der Region

hält. „Allerdings wird die gute Absicht seitens der Politik mit viel Bürokratie und komplexen Verfahren für viele Akteure, die die Energiegewinnung vorantreiben wollen, zu sehr verkompliziert. Die Politik verliert zunehmend ihre eigentliche Aufgabe aus dem Blick, nämlich das Vorgeben eines gesetzlichen Rahmens, innerhalb dessen es den Akteuren und dem Markt überlassen bleiben muss, welche regenerative Technologie und welche Modelle der Energieversorgung der Zukunft sich durchsetzen“, mahnte Scheller. „Eine klimafreundliche Zukunft braucht mutige Unternehmer und engagierte Bürger. Zu glauben, sie ließe sich über Verwaltungsakte herbei beschließen, führt völlig in die Irre und setzt den Wirtschaftsstandort Deutschland aufs Spiel.“

Raiffeisen-Warengeschäfte

Eine Umsatzsteigerung um mehr als 34,2 Prozent auf mehr als 1,6 Milliarden Euro verzeichneten die 78 Raiffeisen-Warengeschäfte. Die Versorgung mit Materialien konnten die Raiffeisen-Warenmärkte trotz problematischer Lieferketten und deutlich gestiegener Energiekosten stets sicherstellen. Die Unsicherheiten auf den Weltagarmärkten und im Energiesektor trieben die Preise ebenso in die Höhe wie die Inflation. Bei Düngemitteln verdoppelte sich der Jahresdurchschnittspreis, bei Energie betrug der Anstieg mehr als 50 Prozent. Bei Futtermitteln, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Baustoffen legten die Preise um etwa 30 Prozent zu. Die Getreideernte fiel deutlich besser aus als erwartet. Bedingt durch Exportstopps für Getreide aus der Ukraine schossen die Notierungen für Weizen zwischenzeitlich binnen weniger Tage von rund 270 Euro pro Tonne auf mehr als 400 Euro pro Tonne. Im laufenden Jahr hat bereits im Januar ein massiver Preisverfall bei Agrarprodukten wie Getreide und Dünger eingesetzt. Daher wird 2023 mit wieder deutlich niedrigeren Umsätzen gerechnet.

Milchgenossenschaften

Die 100 bayerischen Milchgenossenschaften steigerten aufgrund gestiegener Preise und einer regen Nachfrage auf den Weltmärkten ihren Umsatz um 26,8 Prozent auf fast vier Milliarden Euro.

ro. Ausgelöst durch eine unsichere Versorgungslage haben viele Länder, allen voran China, ihre Lagerbestände an Milchprodukten wie Milchpulver aufgestockt. Diese hohe Nachfrage brachte insbesondere bis in den Spätsommer hinein steigende Preise und Rekordhöhen beim Milchgeld. Hohe Preise und gefüllte Lager führten im letzten Quartal zu einem Nachfragerückgang bei Milchprodukten. Hinzu kamen hohe Preise für Energie, Personal, Verpackungen und Futtermittel, die Milchzeuger wie Verarbeiter belasteten. Zusätzlichen Druck auf der Nachfrageseite löste die Inflation aus.

Zusätzlich unter Druck geraten die Milchbauern in Bayern durch immer stärkere Tierwohlauflagen. Die in Bayern noch verbreitete Anbindehaltung ist auch hier ein Auslaufmodell. Dabei tritt der GVB dafür ein, den Umbau so zu gestalten, dass er nicht zu radikalen Strukturbrüchen im ländlichen Raum führt. Eine Förderung der Kombinationshaltung wäre ein sinnvoller Schritt. Wünschenswert wären auch staatliche Hilfen, um den Stallumbau voranzutreiben. Ansonsten drohen ein Kahlschlag in der heimischen Milchherzeugung und neue Abhängigkeiten von Lieferanten aus dem Ausland.

Handelsgenossenschaften

Die 62 Handelsgenossenschaften steigerten ihre Umsätze um 18,4 Prozent auf knapp 6,3 Milliarden Euro (plus 980 Millionen Euro). Großer Beliebtheit erfreuen sich die 48 bayerischen Dorfäden (ein Plus von fünf im Vergleich zum Vorjahr). Einige davon sind sogenannte „Unverpackt-Läden“, die mit ihrem Geschäftsmodell den aktuellen Zeitgeist treffen. In der ersten Jahreshälfte konnten sie gute Geschäfte verzeichnen. Inflationsbedingt steigende Preise auf breiter Front sind für sie besonders herausfordernd – bedingt durch die Preissensibilität der Verbraucherinnen und Verbraucher. Angesichts dieser Entwicklung wenden sich viele Verbraucher wieder verstärkt Discountern zu.

Ländliche Genossenschaften

234 ländliche Genossenschaften gehören dem GVB an. Sie kamen auf einen Umsatz in Höhe von knapp 1,4 Milliarden Euro – ein Plus um 63,8 Millionen Euro beziehungsweise 4,9 Prozent. In dieser Gruppe finden sich unter anderem Unternehmen im Bereich Viehvermarktung und Tierzucht, Trocknung, Obst und Gemüse, Maschinen, Weinbau, Weide und Holzwirtschaft. In der Tierhaltung gab es einen erheblichen Rückgang bei den Schweinebeständen. Corona, Afrikanische Schweinepest und Ukraine-Krieg

Bayerische Sparkassen:

Erneut ein erfolgreiches Jahr für die Förderprofis

3,8 Mrd. Euro in 2022 an Förderkrediten ausgereicht
BayernLB zeichnet besonders engagierte Institute aus

Die S-Finanzgruppe hat bei der Vergabe von Förderkrediten im Freistaat erneut ein hohes Volumen erreicht. Vergangenes Jahr haben die bayerischen Sparkassen in Kooperation mit der BayernLB Darlehen der LfA Förderbank Bayern, der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank mit einem Gesamtvolumen von 3,8 Mrd. Euro ausgereicht. Damit erzielten sie in einem herausfordernden Förderfeld einen Marktanteil von 38,5 Prozent.

Für ihren Beitrag zu diesem erfolgreichen Jahr wurden wieder besonders engagierte Sparkassen in München mit dem „Förderprofi“ ausgezeichnet.

„Bayerns Sparkassen und die BayernLB sind im Verbund auch im Fördergeschäft sehr gut aufeinander eingespielt. Förderdarlehen für Kunden bestmöglich in die Finanzierung einzubinden, erfordert hohe Fachexpertise und Kundennähe der Berater. Die hohe Förderkompetenz und das gute Teamwork in der S-Finanzgruppe zahlen sich für Privatkunden ebenso aus wie für landwirtschaftliche Betriebe oder mittelständische Unternehmen“, sagte Gero Bergmann, der im Vorstand der BayernLB das Sparkassengeschäft verantwortet.

Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern: „Auch die bayerischen Sparkas-

sen schätzen das Zusammenspiel im Fördergeschäft sehr. Nur gemeinsam können wir den besten Chancen-Mix für unsere Kunden aktivieren. Der Prozess läuft glatt: Kompetente Berater:innen bringen ihr hochprofessionelles Knowhow zusammen und entwickeln Finanzierungslösungen unter Einbindung passgenauer Förderkredite. Die absoluten Förderprofis finden dabei auf kürzestem Weg die richtigen Bausteine für den optimalen Finanzierungsmix ihrer Privat- und Firmenkunden – sei es beim energieeffizienten Umbau eines Wohnhauses, in der ökologischen Transformation des Mittelstands oder beim Unternehmensstart.“

Die Auszeichnung „Förderprofi“ vergibt die BayernLB seit mittlerweile 13 Jahren. Sie würdigt damit die engagiertesten Institute im Fördergeschäft in jedem Re-

gierungsbezirk. Gemessen an der Neugeschäftsquote (Anteil Förderkreditzusagen am Kreditneugeschäft) waren das im Jahr 2022 die Sparkasse Rottal-Inn (Niederbayern), die Sparkasse Ansbach (Mittelfranken), die Sparkasse Bad Kissingen (Unterfranken), die Sparkasse Neumarkt-Parsberg (Oberpfalz), die Sparkasse Allgäu (Schwaben), die Sparkasse Ingolstadt Eichstätt (Oberbayern) und die Sparkasse Bayreuth (Oberfranken).

Energieeffizienz und Umweltschutz

Des Weiteren wurde der Sparkasse Rottal-Inn der Förderprofi „Nachhaltigkeit“ verliehen. Sie wies die höchste Zusagequote für Förderprogramme aus, die auf Energieeffizienz und Umweltschutz einzahlen. Die LfA verlieh darüber hinaus einen Sonderpreis für die höchste Zusagequote von LfA-Programmen an die Sparkasse Allgäu.

„Unsere traditionelle Kooperation mit den Sparkassen bietet Mittelstand und Existenzgründern in Bayern bestmögli-

che Finanzierungen zu attraktiven Konditionen. Zusammen ermöglichen wir den Betrieben Investitionen in Wachstum, Modernisierung, Innovation und Nachhaltigkeit. Unser besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse Allgäu. Sie waren im vergangenen Jahr führend bei der Unterstützung des Mittelstands. Ihre Verwurzelung in der Region gepaart mit ihrer Expertise für unsere Angebote sorgt dafür, dass die Fördermittel ihre volle Wirkung entfalten können“, sagt Hans Peter Göttler, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern.

Der Sonderpreis für das höchste KfW-Wohnungsbaufördervolumen ging an die Sparkasse Niederbayern-Mitte.

Von der S-Finanzgruppe und den Förderbanken wurden zudem sechs Kundenberaterinnen und Kundenberater bayerischer Sparkassen ausgezeichnet. Sie haben aus einer Vielzahl von Förderangeboten das passende Förderprogramm ausgewählt und für ihre Kunden die bestmögliche Finanzierungslösung entwickelt. Diese umfassten Gründungs-, Innovations- und Umweltschutzvorhaben wie auch Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung, zum Wohnungsbau und zum Ausbau der Infrastruktur in Kommunen.

Die BayernLB steht den Sparkassen im Fördergeschäft als zentraler Dienstleister zur Seite. Sie berät zu Verfügbarkeit, Konditionen und Kombinationsmöglichkeiten der Programme und leitet sämtliche Mittel von den Förderinstituten an die Sparkassen weiter. Förderkredite für große Unternehmenskunden mit einem Jahresumsatz ab 50 Mio. Euro reicht die BayernLB direkt an ihre Kunden aus. □

200 Jahre Sparkasse Ansbach

Mit einem Festakt hat die Sparkasse Ansbach in der Orangerie ihren 200. Geburtstag gefeiert. „Eine der ältesten Sparkassen in Bayern rief die Gesellschaft für Vaterländischen Kunst- und Gewerbsfleiß in Ansbach ins Leben“, erläuterte Vorstandsvorsitzender Werner Frieß. Am Dreikönigstag 1823 wurden die ersten Einlagen getätigt, 1827 nahm die Stadt das florierende Institut in ihre Obhut. Aktuell sieht Frieß die Ansbacher Sparkasse trotz zahlreicher Herausforderungen gut für die Zukunft gerüstet.

In den vergangenen 200 Jahren habe sich die Sparkassenidee der Daseinsvorsorge stets als kräftig, vital und dynamisch erwiesen, so Vorstandsmitglied Dieter Mai. Da bei der Sparkasse Ansbach der Fortschritt eine große Tradition habe, konnte die Erfolgsgeschichte bis in die Gegenwart weitergeschrieben werden. „Grundlegend wichtig war stets, dass wir nah am Menschen gearbeitet und ihnen immer wieder neue Dienstleistungen und Produkte angeboten haben, die für ihre persönliche Daseinsvorsorge nützlich waren“, stellte Mai fest.

Aktionen im Jubiläumsjahr

Da die Sparkasse Ansbach die Lebensqualität der Menschen im Blick hat, hat sie als Dankeschön für die Treue ihrer Kunden im Jubiläumsjahr jeden Monat spezielle Aktionen, Produkte und Gewinnspiele vorbereitet. So gab der Windsbacher Knabenchor bereits im Februar ein Konzert in Ansbach, im Juni können sich Kommunen um 75.000 Euro bewerben, die für die Neuanschaffung von Spielgeräten vorgesehen sind und im Dezember werden Vereine und Institutionen mit zusätzlichen Jubiläumsspenden bedacht.

„Besonders in den Krisen der jüngeren Vergangenheit – seien es die Corona-Pandemie, Flut- und Unwetterkatastrophen oder der Krieg in der Ukraine – haben die

Sparkassen einmal mehr schnelle, effektive Lösungen angeboten“, unterstrich Kommunalminister Joachim Herrmann beim Festakt. Ein ebenso großes Verantwortungsbewusstsein zeigten die Sparkassen auch bei den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Darüber hinaus sei die Sparkasse Ansbach als kommunal getragenes Kreditinstitut „eng mit der Region und ihren Menschen verbunden. Sie ist ein verlässlicher Partner für den Mittelstand, aber auch ein wichtiger gesellschaftlicher Bestandteil der Region als Ausbildungsbetrieb mit Karrierechancen, als guter Arbeitgeber, als Förderer von Kunst, Kultur und Sport oder als unverzichtbarer Steuerzahler – kurzum: als ein Unternehmen, das gesellschaftliche und soziale Verantwortung nachhaltig lebt.“

Insgesamt attestierte Herrmann der Sparkasse Ansbach eine „sensationelle Erfolgsgeschichte“: 200 Jahre Sparkasse Ansbach stehe für 200 Jahre Sicherheit der Spareinlagen, aber auch der Arbeitsplätze. Zudem stünden 200 Jahre Sparkasse Ansbach für Stabilität und Seriosität: „Ein stabiler Anker nicht nur, aber besonders in Krisenzeiten. Denn Sparkassen genießen zu Recht das besondere Vertrauen der Bevölkerung.“ Sie stünden für eine zuverlässige Kreditversorgung des Mittelstands in Bayern und seien deshalb auch Partner in der Heimatstrategie der Bayerischen Staatsregierung. DK

Aktualisierte BdSt-Broschüre „Kommunalkompass“:

Tipps zum Sparen in der Kommune

Kapitel 5: Soziales und Senioren

Die Politik ist dazu aufgerufen, die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu sichern – nicht nur in Bund und Ländern, sondern auch bis hinein in die Kommunen. In diesem Sinne wurden in der aktualisierten BdSt-Broschüre „Kommunalkompass – Tipps zum Sparen in der Kommune“ Vorschläge, die sich bei der Haushaltskonsolidierung bewährt haben, grundlegend überarbeitet.

Bei der Gewährung von sozialen Hilfen ist zwischen Personen zu unterscheiden, die objektiv nicht dazu in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten oder plötzlich in Not geraten sind, und solchen, die mit zielgerichteten Hilfen dabei unterstützt werden können, durch eigene Arbeit Einkünfte zu erzielen. Die Hilfeansprüche für die erste Gruppe sind gesetzlich weitgehend festgeschrieben, so dass hier laut Bund der Steuerzahler in erster Linie administrative Aufgaben zu erfüllen sind. Für die zweite Gruppe lohnen sich jedoch Maßnahmen von „Fördern und Fordern“, um zu einer möglichst weitgehenden Selbsthilfe zu motivieren und zu befähigen.

Soziale Hilfen

„Soziale Hilfen sollten grundsätzlich nur nach dem Maßstab des gesetzlich vorgeschriebenen erfolgen“, heißt es in der Broschüre. Um aufwändige Widerspruchs- und Gerichtsverfahren zu vermeiden, sei es sinnvoll, die bewilligenden Sachbearbeiter regelmäßig fortzubilden. Bei Personen, die absehbar nicht dazu in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Einkünften zu bestreiten, sei das Augenmerk darauf zu legen, die Verwaltungskosten gering zu halten. Personen, bei denen keine objektiven Hindernisse bestehen, eine eigene Erwerbstätigkeit aufzunehmen, sollten dagegen sehr engmaschig begleitet und kontrolliert werden. Zudem seien Personen, die soziale Hilfen erhalten, aus pädagogischen Gründen so oft wie möglich zu eigenen Arbeitsleistungen heranzuziehen.

Der BdSt schlägt überdies vor, Anträge für besonderen Sachbedarf grundsätzlich nur nach einer Bedarfsüberprüfung mit Hausbesuch zu bewilligen. Zu-

dem verhindere eine regelmäßige und engmaschige Kontrolle von Hilfebeziehern Missbrauch. Auch sollte eine sozialpädagogische Begleitung von Hilfebeziehern mit der klaren Zielsetzung, sie zur Aufnahme einer eigenen Arbeit zu motivieren und zu befähigen, Standard sein. „Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen dienen nicht nur der Kompetenzerweiterung, sondern immer auch der Disziplinsteigerung mit einem gewissen Kontrolldruck. Bei Hilfeempfängern sollte ein regelmäßiger Austausch der beteiligten Behörden und Sozialversicherungen die Norm sein“, betont der Bund der Steuerzahler.

Illegale Aufenthalte müssten unverzüglich beendet werden, weil sonst die Gefahr besteht, dass weitere Personen angezogen werden, die sich ebenfalls illegal aufhalten. Kommunen könnten in engen Grenzen die Zahl der Hilfeempfänger beeinflussen: „Konsequentes rechtsstaatliches Vorgehen schreckt missbräuchliche Antragsteller ab. Eine anspruchsvolle Bauleitplanung sowie die qualitätsvolle Gestaltung des Wohnumfeldes zieht Einwohner an, die ihren Lebensunterhalt bestmöglich selbst bestreiten wollen.“

Senioren als wichtige Zielgruppe

Stichwort Senioren: Häufig werden sie in der politischen Diskussion mit Hilfebedürftigen gleichgesetzt – eine aus BdSt-Sicht „falsche Einstufung“. Da zahlreiche Senioren über hohe Einkünfte und Vermögen verfügen, stellten sie für zahlreiche Handels- und Dienstleistungsunternehmen eine zahlungskräftige Kundengruppe dar und könnten somit ihren Bedarf aus eigenen Mitteln finanzieren. Darum sollten sich aus öffentlichen Mitteln finanzierte kommunale Angebote nicht an der Alters-

gruppe orientieren, sondern immer an den individuellen Einkommensverhältnissen.

Für stationäre, teilstationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen existiert nach Auffassung des Steuerzahlerbundes ein ausreichendes privatwirtschaftliches Angebot. Einen Bedarf, hier kommunale Einrichtungen vorzuhalten, gebe es nicht mehr. Sozialstationen und Pflegeberatungen könnten an private Träger übertragen werden. Hier sollte die Kommune allenfalls eine koordinierende Aufgabe wahrnehmen.

Da zahlreiche Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege einen umfassenden Katalog von Freizeit- und Bildungsaktivitäten für Senioren anbieten, sollten sich die Kommunen auf koordinierende und informierende Aufgaben beschränken. Eine institutionelle Förderung von Seniorenangeboten sei in aller Regel nicht erforderlich, weil ein großer Teil der Nutzer die Kosten selbst tragen kann. Für finanzschwache Interessenten sollten deshalb besser Teilnehmergutscheine ausgegeben werden.

Die Wahl eines Seniorenbeirates ermögliche es, Initiativen und Aktivitäten auf ehrenamtlicher Basis zu steuern. Senioren seien eine wichtige Zielgruppe für Veranstalter, Sportvereine und den Einzelhandel. Darum liege eine seniorengerechte Gestaltung der entsprechenden Räumlichkeiten auch immer im Interesse der Anbieter.

Ehrenamt

Da zahlreiche „Jungsenioren“ auch mit Eintritt in das Rentenalter noch sehr leistungsfähig sind, könnten sie als ehrenamtliche Helfer für ältere Mitbürger, zum Beispiel für Fahrdienste und Besorgungen, gewonnen werden. Allgemeine Besuchs- und Betreuungsdienste würden von vielen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege mit ehrenamtlichen Kräften angeboten. „Kommunale Finanzierungen sind hier in aller Regel nicht erforderlich“, heißt es abschließend. DK



VER SICHERUNGS
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

Finanzgruppe

Bilanzzahlen für 2022:

Münchener Hypothekenbank steigert Geschäftsergebnis

Ein gutes Geschäftsergebnis im Jahr 2022 vermeldet die Münchener Hypothekenbank. Vor allem entwickelten sich die Erträge weiter positiv. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit stieg um 17 Prozent auf 132,3 Mio. Euro. Laut Vorstandsvorsitzendem Dr. Holger Horn „erwies sich unser Geschäftsmodell nach den Jahren der Corona-Pandemie auch in dem nunmehr deutlich schwierigeren Marktumfeld als tragfähig und krisenfest. Wir haben einmal mehr gezeigt, dass wir auch in Zeiten erhöhter Unsicherheit sowie rückläufiger Nachfrage und Transaktionen unseren Kunden und Vermittlungspartnern verlässlich mit wettbewerbsstarken Finanzierungsleistungen zur Seite stehen.“

Die Bestände an Hypothekendarlehen wurden weiter ausgebaut. Sie erhöhten sich um 6,5 Prozent auf 44,3 Mrd. Euro. Positiv entwickelte sich der Zinsüberschuss, der um 7 Prozent auf 432 Mio. Euro stieg. Dies ist Horn zufolge dem marginstarken und dynamischen Neugeschäft der Vorjahre und dem erhöhten Zinsniveau zu verdanken. Der negative Provisionssaldo verbesserte sich wegen des verringerten Neugeschäfts um 16 Prozent auf 110 Mio. Euro.

Somit stieg der Zins- und Provisionsüberschuss um 18 Prozent auf 322 Mio. Euro.

Wachstumsstärkstes Segment war die private Wohnimmobilienfinanzierung in Deutschland. Das Neugeschäft wurde im Jahresverlauf zunehmend von der rückläufigen Nachfrage an den Immobilien- und Immobilienfinanzierungsmärkten als Folge der steigenden Zinsen beeinflusst. So verzeichnete die Immobilienbank noch im ersten Halbjahr 2022 aufgrund

von Vorzieheffekten weitere Zuwächse, während sich das Neugeschäft in der zweiten Jahreshälfte abschwächte.

Wohnimmobilienfinanzierung

Insgesamt vergab die Münchener Hyp im Jahr 2022 Immobilienfinanzierungen im Volumen von 5,4 Mrd. Euro (2021: 6,8 Mrd. Euro). Davon entfielen auf die private Wohnimmobilienfinanzierung 3,3 Mrd. Euro (2021: 4,3 Mrd. Euro). Wichtigster Kooperationspartner in diesem Geschäftsfeld waren mit 2,4 Mrd. Euro Zusagevolumen (2021: 3,1 Mrd. Euro) weiterhin die Banken der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. In der gewerblichen Immobilienfinanzierung belief sich das Neugeschäft auf 2,1 Mrd. Euro (2021: 2,5 Mrd. Euro).

Die Risikosituation im Kreditgeschäft zeigte sich aufgrund der breiten Diversifizierung und

Neugeschäft mit Wohnbaukrediten fängt sich wieder

Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken blicken auf solides erstes Quartal zurück

Trotz vieler Unsicherheiten, gestiegener Zinsen und nach wie vor hoher Inflation können die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf ein solides erstes Quartal 2023 zurückblicken. „Dank ihres kundenorientierten und regionalen Geschäftsmodells und ihrer tiefen Verwurzelung vor Ort bewahren sich die bayerischen Kreditgenossenschaften als stabil und ernten damit das Vertrauen der Kundinnen und Kunden“, kommentierte Gregor Scheller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), die Zahlen in München.

In den USA ist es zu Schief-lagen von Banken gekommen. Die Volks- und Raiffeisenbanken in Bayern zeigen sich dagegen in solider Verfassung. „Auch die Kundinnen und Kunden sind cool geblieben und haben den Volks- und Raiffeisenbanken die Treue gehalten“, sagte Scheller.

Unternehmen brauchen Liquidität für Investitionen

Das Bestandsvolumen der ausgereichten Kredite nahm im ersten Quartal 2023 um etwa eine Milliarde Euro zu, wobei die Nachfrage von Firmenkunden besonders rege ausfiel. Die Unternehmen brauchten Liquidität für Investitionen. „Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken bleiben verlässliche Kreditgeber für die mittelständische Wirtschaft“, unterstrich Scheller.

Positiver hat sich auch das zuletzt rückläufige Neugeschäft mit Wohnbaukrediten ge-

zeigt. Nach einigen Monaten des Rückgangs lag es im März wieder auf dem Niveau des Jahres 2019. Insgesamt vergaben die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken seit Beginn des Jahres neue Wohnungsbaukredite in Höhe von rund 2,8 Milliarden Euro. „Das Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten pendelt sich damit nach drei außergewöhnlichen Wachstumswahrscheinlichkeiten wieder auf einem normalen Durchschnittsniveau der Jahre vor 2020 ein. Der Abwärtstrend ist trotz höherer Zinsen vorerst gestoppt“, resümierte Scheller. „Damit können die Banken mit positivem Blick dem weiteren Jahresverlauf entgegenzusehen“, sagte Scheller.

Die Einlagen von Kundinnen und Kunden blieben weitgehend stabil. Während in den USA Bankkundinnen und -kunden Einlagen in erheblichem Umfang von Regionalbanken abgezogen haben, zeigten sich die Einlagen bei den bayerischen Kreditge-

nossenschaften bis März stabil. Es gab im ersten Quartal nur geringe Netto-Abflüsse im saisonal üblichen Rahmen. „Die Kundinnen und Kunden vertrauen den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken weiterhin“, sagte Scheller. Und das zu Recht: „Die meisten Volks- und Raiffeisenbanken bestehen schon seit über 150 Jahren und noch nie gab es einen Insolvenzfall“, ergänzte er.

Trend zu Termineinlagen

Zu beobachten ist aktuell eine vermehrte Umschichtung von Sicht- in Termineinlagen. „Die Kundinnen und Kunden wollen sich gestiegene Einlagezinsen sichern“, erklärte Scheller diesen Trend. Deutlich zugelegt hat seit Jahresanfang auch die Anzahl der Wertpapierdepots. „Wertpapiere bleiben eine lohnende Anlage, wie der Anstieg des deutschen Aktienindex um knapp 15 Prozent seit Jahresanfang zeigt“, machte Scheller deutlich.

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 125 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.169 Mitgliedern zählen 197 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 972 Unternehmen (Stand: 31.12.22). □

hohen Granularität der Bestände noch moderat. Entsprechende Vorsorgen wurden jedoch vor dem Hintergrund der verschlechterten Marktsituation getroffen. Nach Steueraufwendungen in Höhe von 64,2 Mio. Euro verbleibt ein Jahresüberschuss von 68,1 Mio. Euro.

Eigenkapitalausstattung

Weiterhin sehr zufriedenstellend gestaltet sich die Eigenkapitalausstattung der Bank. Der Bestand an Eigenmitteln wuchs um rund 9 Prozent auf 1,95 Mrd. Euro. Darunter befindet sich auch eine im vergangenen Jahr erfolgreich emittierte Additional-Tier-1-Anleihe in Höhe von 75 Mio. Schweizer Franken. Die harte Kernkapitalquote lag zum

31. Dezember 2022 bei 19,0 Prozent, die Gesamtkapitalquote belief sich auf 21,9 Prozent (Vorjahr: 22,5 Prozent).

Hypothekendarlehen belief sich auf 21,9 Prozent (Vorjahr: 22,5 Prozent). Hypothekendarlehen belief sich auf 21,9 Prozent (Vorjahr: 22,5 Prozent). Hypothekendarlehen belief sich auf 21,9 Prozent (Vorjahr: 22,5 Prozent).

Bei den Fremdwährungsemissionen lag der Schwerpunkt auf Schweizer Franken. Insgesamt wurden gedeckte und ungedeckte Wertpapiere im Volumen von 0,7 Mrd. Schweizer Franken emittiert. Bei ungedeckten Wertpapieren belief sich das Emissionsvolumen auf 1,2 Mrd. Euro.

LfA erhält Qualitätssiegel für Nachhaltigkeit

Die renommierte Ratingagentur ISS ESG hat der LfA Förderbank Bayern erstmals ihr begehrtes Qualitätssiegel „Prime“ verliehen. Damit würdigt ISS die überdurchschnittlichen Leistungen der LfA bei den Nachhaltigkeitsthemen Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung (Governance).

Für die LfA als Förderbank des Freistaats Bayern ist Nachhaltigkeit ein Grundbaustein ihrer täglichen Arbeit. Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger erklärt: „Auf dem weiteren Weg zu nachhaltigem Wirtschaften im Freistaat spielt auch unsere Förderbank LfA eine wichtige Rolle. Es freut mich sehr, dass die hervorragenden Angebote und Leistungen der LfA in den Themenfeldern Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung nun auch mit dem Qualitätssiegel „Prime“ der Ratingagentur ISS ESG gewürdigt werden.“

„Das Prime-Siegel von ISS ist eine großartige Anerkennung für die LfA als Nachhaltigkeitsbank. Damit wird auch die konsequente Ausrichtung unserer Förderprogramme auf die Bedürfnisse der bayerischen Wirtschaft bei ihrem Weg in die Klimaneutralität gewürdigt“, so der Vorstandsvorsitzende der Bank, Dr. Bernhard Schwab.

Das Ratingkonzept von ISS ESG (vormals oekom) legt einen klaren, sektorspezifischen Fokus auf die Wesentlichkeit nicht-finanzieller Informationen und wird laufend überprüft

und weiterentwickelt, um alle relevanten Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (ESG) abzudecken. Den Prime-Status erhalten Unternehmen, deren ESG-Performance über dem sektorspezifischen Prime-Schwellenwert liegt, was bedeutet, dass sie anspruchsvolle absolute Leistungsanforderungen erfüllen.

Erweitertes Produktangebot

So wurde das Produktangebot der LfA im Bereich Umwelt- und Klimaschutz mit dem neuen Energiekredit Regenerativ und verbesserten Förderbedingungen beim Ökokredit gezielt erweitert. Zudem will die LfA im internen Bankbetrieb bis 2028 klimaneutral werden.

Auch die Bereiche Soziales und Governance stehen im Fokus der LfA, zum Beispiel bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einem hochwertigen Gesundheitsmanagement für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Schwab: „Wir wollen auch weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber sein. Zufriedene und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten auch zufriedene Kunden.“ □

Die Münchener Hyp hat im vergangenen Jahr ihre weiterentwickelte Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet und damit die Integration von Nachhaltigkeit in das Kerngeschäft weiter vorangetrieben. In der privaten Wohnimmobilienfinanzierung sind nachhaltige Darlehen mit einem Anteil von 18 Prozent weiter ein bedeutendes Segment im Neugeschäft.

Nachhaltigkeit

Nachhaltige Wertpapiere emittierte die Bank in einem Volumen von 1,2 Mrd. Euro. Darunter befand sich auch ein grüner Hypothekendarlehen im Jumboformat, für den die Münchener Hypothekenbank bei den GlobalCapital Covered Bond Awards für den besten ESG-Deal ausgezeichnet wurde. „Wir haben uns vorgenommen, unser nachhaltiges Produktangebot sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite weiterzuentwickeln und damit wesentliche Beiträge bei der Transformation zu einer nachhaltigeren Immobilienwirtschaft zu liefern“, betonte Horn.

Blick nach vorn

„Für die Zukunft müssen wir uns darauf einstellen, dass das Umfeld an den Immobilien- und Kapitalmärkten herausfordernd bleiben wird. Die gestiegenen Zinsen, eine anhaltend hohe Inflation und konjunkturelle Unsicherheiten werden die Nachfrage nach Immobilien und Immobilienfinanzierungen weiterhin dämpfen. Eine Belebung ist erst zu erwarten, wenn insbesondere die hohe Zinsvolatilität zurückgeht“, fuhr der Vorstandschef fort.

In den Neugeschäftszielen für 2023 spiegelten sich die schwierigeren Marktbedingungen und die verhaltene Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen wider. „Wir konzentrieren uns deshalb darauf, weiterhin risikoarme und konservative Finanzierungen zu akquirieren. Wir werden zudem unsere Produkte, Prozesse und Services weiter optimieren und digitalisieren.“

Darüber hinaus will die MünchenerHyp in diesem Jahr den Erwerb der Warburg Hypothekenbank abschließen, sobald die erforderlichen Genehmigungen erfolgt sind. Mit der geplanten schnellen Integration der Warburg Hypothekenbank seien signifikante positive ökonomische Effekte und operative Synergien zu realisieren. □

BayernLB startet gut ins Jahr

Die BayernLB hat im ersten Quartal 2023 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 447 Mio. Euro erwirtschaftet. (Vj.: 29 Mio. Euro). Darin ist der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung in Höhe von insgesamt 86 Mio. Euro bereits enthalten. Das Ergebnis ist zudem geprägt von einer guten operativen Ertragsentwicklung in allen Kundensegmenten, die sich unter anderem in einer deutlichen Steigerung des Zins- und Provisionsüberschusses auf insgesamt 868 Mio. Euro niederschlug (Vj.: 541 Mio. Euro). Das Konzernergebnis (nach Steuern) betrug 341 Mio. Euro (Vj.: 18 Mio. Euro).

Der Zinsüberschuss des BayernLB-Konzerns stieg deutlich auf 750 Mio. Euro (Vj.: 444 Mio. Euro). Die Steigerung geht auf den Ausbau des operativen Kundengeschäfts sowie positive Auswirkungen des geänderten Zinsumfeldes zurück.

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich auf 117 Mio. Euro (Vj.: 97 Mio. Euro). Der Wert profitierte vom guten Kreditgeschäft im Bereich Corporates bei der BayernLB und von den Erträgen aus dem Zahlungsverkehr und dem Kartengeschäft der DKB.

Wegen der guten Qualität des Kreditportfolios blieb die Risikovorsorge des BayernLB-Konzerns trotz des schwierigen Umfelds mit -2 Mio. Euro auf sehr niedrigem Niveau (Vj.: -28 Mio. Euro). Der Bestand an pauschaler Risikovorsorge (Post Model Adjustments), der gebildet

worden war, um auf mögliche zukünftige Kreditausfälle (u.a. aufgrund des Russland-Ukraine-Kriegs, der Ausweitung der Lieferkettenproblematik sowie weiterer Zinsanstiege) vorbereitet zu sein, lag bei 335 Mio. Euro (31.12.2022: 362 Mio. Euro).

Gutes operatives Kundengeschäft

Das Fair-Value-Ergebnis stieg auf 74 Mio. Euro (Vj.: 20 Mio. Euro). Es ist geprägt von einem guten operativen Kundengeschäft mit Financial-Markets-Produkten sowie Bewertungsgewinnen bei CO2-Zertifikaten und der DKB-Eigenmittelanlage.

Trotz der strategischen Wachstumsinitiativen der DKB und der damit verbundenen Aufwendungen konnte der BayernLB-Konzern den Verwaltungsaufwand

mit 402 Mio. Euro stabil halten (Vj.: 402 Mio. Euro).

Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung lag bei 86 Mio. Euro (Vj.: 118 Mio. Euro). Davon entfielen 73 Mio. Euro auf den Pflichtbeitrag zur Bankenabgabe (Vj.: 104 Mio. Euro) sowie 13 Mio. Euro auf den Pflichtbeitrag zum Einlagensicherungssystem (Vj.: 14 Mio. Euro). Der Rückgang der Bankenabgabe geht auf die allgemeine Reduzierung des Zielvolumens des Single Resolution Fund zurück.

Solide Kapitalbasis

Die Bilanzsumme der BayernLB lag bei 286 Mrd. Euro (31.12.2022: 259 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) betragen 65,2 Mrd. Euro (31.12.2022: 65,3 Mrd. Euro).

Der Konzern verfügt weiterhin über eine sehr solide Kapitalbasis. Die CET1-Quote lag bei 17,4 Prozent (31.12.2022: 17,4 Prozent).

Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich aufgrund der positiven Ertragsentwicklung deutlich auf 42,9 Prozent (Vj.: 69,5 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) erhöhte sich auf 16,3 Prozent (Vj.: 1,1 Prozent). □

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihr Feuerwehrhaus

Als Bauherr übertragen Sie uns die Realisierung Ihrer kommunalen Hochbauprojekte wie Kindergärten, Kitas, Schulen, Feuerwehrhäuser, Wohnungen sowie Ihre Tiefbauprojekte wie Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungseinrichtungen. Wir sind immer in Ihrer Nähe. Ihre BayernGrund

Bayern Grund



Klärwerk



Kita / Schule



Wohnen



Feuerwehr



www.bayerngrund.de



Kommunen fit für die Zukunft machen:

Chancen der Energiewende strategisch nutzen

Teil 2: Gut aufgestellter kommunaler Klimaschutz lohnt sich

Die dramatischen Entwicklungen im Osten Europas haben die Verfehlungen der deutschen Klimaschutzpolitik der letzten Dekade sichtbar gemacht. Die Energieversorgung sichern, zugleich den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv forcieren und die vernachlässigten Klimaschutzziele konsequent umsetzen setzt nicht nur die Bundespolitik unter Druck, sondern auch die Kommunen vor Ort. Denn hier liegen große Potenziale, die es zur Zielerreichung in kurzer Zeit zu heben gilt.

Um das große Klimaschutzpotenzial im kommunalen Einflussbereich zu heben, gibt es in Deutschland in den 11.000 Kommunen aktuell schätzungsweise rund 1.300 Stellen, die mit einem Klimaschutzmanager oder einer -managerin besetzt sind. Selten ist ein größeres Team eingesetzt. Viele Klimaschutzmanagementstellen werden vom Bund über die sogenannte Kommunalrichtlinie für drei Jahre gefördert, mit Verlängerungsoption für weitere zwei Jahre.

Was können Städte und Gemeinden für den Klimaschutz bewirken? Eine Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes vom Sommer 2022 bezeichnet Kommunen als wichtige Akteu-

re für den Klimaschutz, die über ein enormes Treibhausgasminderungspotenzial verfügen und über gezielte Maßnahmen etwa ein Siebtel der Treibhausgasemissionen in Deutschland beeinflussen könnten.

Die Studie, durchgeführt vom Öko-Institut Freiburg, hat das Wirkungspotenzial für das Klimaschutzmanagement in Kommunen analysiert. Und sie zeigt die deutlichen Effekte der kommunalen Klimaschutzmanager auf. Die personelle Verankerung von Klimaschutz in Kommunen ist damit ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität.

Kommunen, die aktiv Klimaschutzmaßnahmen steuern, sparen bis zu neunmal mehr klimaschädliche Treibhausgase ein als solche ohne Klimaschutzmanagement.

Vor allem kleinere Gemeinden setzen doppelt so viele Projekte um und nutzen fünfmal so viele Fördermittel wie vergleichbare Kommunen ohne eigene Zuständigkeit für den Klimaschutz. Auch der Umfang der geförderten Projekte ist je nach Größe der Kommune zwei- bzw.

dreimal höher. Erfolge, die sich für die Kommunen auch finanziell lohnen.

Da liegt das Fazit auf der Hand, wie Tanja Kenkmann, Senior Researcher und Projektleiterin am Öko-Institut, zusammenfasst: „Städte und Gemeinden in Deutschland sollten deshalb flächendeckend diese Kompetenzen aufbauen, um ihre Klimaschutzaktionspläne zielorientiert umzusetzen.“

Erfolgsfaktoren: Von klaren Ambitionen auf Chefebene bis zu gut abgestimmten Prozessen

Doch allein mit einer Klimaschutzmanagementstelle ist es nicht getan, wie eine von der Equwin GmbH durchgeführte Umfrage unter 40 Klimaschutzmanagern aus Bayern und Baden-Württemberg im Herbst 2022 eindeutig statuierte: Gefragt wurde nach Erfolgsfaktoren, Hürden und bewährten Tools.

Als die größten Hürden, die eine erfolgreiche Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in ihrem Arbeitsumfeld erschweren, verzögern oder gar verhindern, wurden oft innerbetriebliche Schwierigkeiten und Prozessunklarheiten genannt, gefolgt von mangelnden Ambitionen und unzureichender Unterstützung durch Vorgesetzte sowie fehlenden personellen Ressourcen.

Als klare Erfolgsfaktoren werteten die Klimaschutzmanager entsprechend eindeutig eine große Unterstützung und klare Ambitionen durch Vorgesetzte bzw. Verwaltungschefs, gefolgt von innerbetrieblicher Einigkeit und gut abgestimmten Prozessen sowie klarer Unterstützung im Verwaltungsteam und schließlich ausreichende Ressourcen. Weiterhin wurde als Erfolgsfaktor Klarheit und Eindeutigkeit im politischen Prozess genannt. Auseinandersetzungen gehen nicht mehr um das „Was“ des Klimaschutzes, sondern um das „Wie“ der Zielerreichung. Mit anderen Worten: Die Projekte sind bekannt und bewährt, aber es hakt allzu häufig am Veränderungs- bzw. Transformationsmanagement.

Das „Wie“ steht auch im Mittelpunkt einer Fortbildung, die im Oktober 2022 erstmalig mit einer Gruppe von kommunalen und Landkreis-Klimaschutzmanagern stattgefunden hat. Die Inhalte des dreitägigen Seminars wurden sorgfältig zusammengestellt: Zum einen basieren sie auf den Anforderungen und Wünschen aus zehn Stunden Interviews mit erfahrenen Klimaschutzmanagern, zum anderen integrieren sie Transformationswissen aus der Industrie, das schon seit Jahren erfolgreich angewandt wird, wenn es um große Veränderungsaufgaben geht. Ziel ist, dieses Wissen aus vielen Projekten und evaluierten Dynamiken auch für die Arbeit im kommunalen Klimaschutzmanagement nutzbar zu machen.

Der Anspruch an die Ausbildung ist darüber hinaus, das Transformationswissen mit konkretem Praxisbezug für ein

spezifisches Projektvorhaben der Teilnehmenden zu vermitteln und anzuwenden, so dass ein hoher Lerntransfer stattfindet.

Methodenkompetenzen für die Praxis

„Das Basisseminar Transformationswissen hat mir einen wichtigen Werkzeugkasten geliefert“, so eine Teilnehmerin der ersten Runde, „natürlich haben wir vom Studium eine gute Grundlage gerade in den technischen Bereichen. Doch ebenso wichtig ist es, den Umgang mit Stakeholdern und Multiplikatoren, aber auch mit Widerstand zu lernen.“ So stehen nicht nur die Grundprinzipien des Veränderungs- und Transformationsmanagements auf dem Programm, sondern auch die erfolgreiche Kommunikation in Veränderungsprojekten, Methodenkompetenz für Gesprächsführung, für Moderation und für schwierige Gruppensituationen. Abgerundet wird das Seminar durch Sessions zu Führungspraxis, Umgang mit Konflikten und Stressmanagement.

„Es ist eine große Chance für unsere größte gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns in kurzer Zeit stellen müssen und die unserer Gesellschaft unheimlich viel Veränderung abverlangt, das Wissen aus vielen Jahren Transformation in der Industrie zu nutzen“, fasst Kerstin Gollner ihre Erwartungen zusammen. „Die Erfahrungen aus der Industrie können sehr gut auf die notwendigen Transformationsprozesse in Städten und Kommunen übertragen werden.“

So verschieden die Arbeitsbedingungen, Positionierung in der Verwaltung und Rahmenbedingungen der Teilnehmer sind,

so verschieden waren auch die persönlichen Projektvorhaben, an denen das Gelernte geübt wurde. Am Ende einte alle die Hoffnung, dass Klimaschutz in Deutschland eine Pflichtaufgabe werden möge, ausgestattet mit den der Herausforderung der Transformation angemessenen Ressourcen. „Wir spüren deutlich, welchen Einfluss eine häufige Berichterstattung in den Medien hat - wenn sie Chancen aufzeigt, sachlich und lösungsorientiert ist und nicht die immer gleichen, längst überholten Mythen und Vorurteile bedient, wie zum Beispiel die Sache mit dem Infraschall bei Wind“, so die Einschätzung einer Klimaschutzmanagerin, „und natürlich hilft uns der öffentliche Druck wie durch Fridays for Future und der Rückenwind durch die politische Großwetterlage.“

Mehr zur EQU:WIN-Philosophie, zum Angebot für die Kommune der Zukunft sowie zum Seminarangebot für Klimaschutzmanager auf www.equwin.com. Im Juli und November wird das „Basisseminar Transformationswissen für Klimaschutzmanager*innen“ angeboten: <https://equwin.com/events>.

Bärbel Zänkl*

*Bärbel Zänkl ist Ingenieurin für Physikalische Technik/Schwerpunkt Umwelttechnologie mit langjähriger Erfahrung in unterschiedlichsten Aufgabefeldern. In der 2014 neu gegründeten Energieagentur Ebersberg ist sie vor allem für die Aufgabebereiche Öffentlichkeitsarbeit und LED-Beratung zuständig. Seit vielen Jahren auch ehrenamtlich unterwegs, engagiert sie sich nun verstärkt für Transformationsmanagement im kommunalen Klimaschutz und in Windenergieprojekten. **DK**

Kommunen fit für die Zukunft machen

Teile 1 - 3

Teil 1 „Komplexe Herausforderungen im kommunalen Klimaschutz“ erschien in GZ Nr. 8 am 20.4.2023.

Teil 3 „Wie kommunaler Klimaschutz gelingen kann“ folgt in der nächsten GZ-Energieausgabe, die am 20.7.2023 erscheint.

Neubaupotenzial an bestehenden Querbauwerken

Im Rahmen einer Sitzung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) in München erläuterte Ministerialrat Stefan Thums vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, welches Neubaupotenzial an vorhandenen Querbauwerken in Bayern besteht, und was man unter dem Begriff Querbauwerk versteht.

Wasserkraftanlagen liegen gemäß § 2 EEG im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Um diesen Belangen des Gemeinwohls gerecht zu werden und die angestrebten Klimaziele zu erreichen, wird neben der Modernisierung und Nachrüstung bestehender Wasserkraftanlagen auch ein Zubau angestrebt.

Bayern hat bereits 2012 mit der Bayerischen Wasserkraftstrategie den Beitrag der Wasserkraft zur Energiewende gewürdigt und den Weg einer ökologischen und naturverträglichen Wasserkraftnutzung vorgegeben. Das Neubaupotenzial wird vorwiegend an bestehenden Querbauwerken gesehen, die bisher nicht energetisch genutzt werden.

Mögliche neue Standorte sind seit 2014 im Energie-Atlas Bayern dargestellt. Hierdurch wurde die gesetzliche Verpflichtung nach § 35 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) erfüllt: „Ist bei bestehenden Querbau-

werken der Rückbau nach der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) langfristig nicht vorgesehen, so hat die Behörde zu prüfen, ob dort nach den Standortgegebenheiten eine Wasserkraftnutzung möglich ist. Das Ergebnis dieser Prüfung muss veröffentlicht werden.“

Die Prüfung möglicher Standorte nach § 35 Absatz 3 WHG hat das Bayerische Landesamt für Umwelt unter Einbeziehung von Wasserwirtschafts- und Landratsämtern sowie Regierungen 2011/2012 durchgeführt. Die so identifizierten Potenzialstandorte wurden 2022 in Zusammenarbeit mit den Wasserwirtschaftsämtern plausibilisiert und deren Darstellung im Kartenteil des Energie-Atlas Bayern aktualisiert.

Über die Zusatzfunktion Daten-Recherche und Download können alle Standortinformationen heruntergeladen werden. Der Kartenteil des Energie-Atlas Bayern zeigt das Neubaupotenzial

an bestehenden Querbauwerken.

Diese Auswahl und Darstellung zum Neubaupotenzial an bestehenden Querbauwerken ist ausdrücklich nicht als Ausschlussliste zu verstehen. Sie ist unter den Gesichtspunkten einer möglichst zielgerichteten Ressourcenlenkung erarbeitet und stellt somit eine Serviceleistung des Staates dar. Wasserrechtliche Anträge auf Wasserkraftnutzung können grundsätzlich auch an anderen als den dargestellten Standorten gestellt werden.

So wurde das Potenzial berechnet

Ausgehend von einem theoretischen Potenzial wurde zunächst das technische Potenzial ermittelt. Im Anschluss wurden bayernweit alle Standorte betrachtet, die eine rechnerische mittlere Kraftwerksleistung von mindestens 50 kW erwarten lassen.

Das im Energie-Atlas Bayern dargestellte Ergebnis zeigt das in Bayern an bestehenden Querbauwerken vorhandene ökonomisch realisierbare Potenzial. Das umsetzbare Potenzial ergibt sich aus der Abwägung mit ökologischen und sozialen Aspekten und kann nur im Rahmen eines Rechtsverfahrens einzelfallbezogen geprüft werden.

Ziel der Veröffentlichung im Energie-Atlas Bayern ist, Interessenten die Suche nach möglichen Standorten zu erleichtern und die vorhandenen Wasserkraftpotenziale zu heben. Nähere Angaben zum Standort, ggf. zu Besonderheiten (z. B. hinsichtlich Naturschutz) und den für das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren notwendigen Antragsunterlagen können über das zuständige Wasserwirtschaftsamt bzw. die Kreisverwaltungsbehörde angefragt werden. **□**



V.l.: 2. VWB-Vorsitzender Hermann Steinmaßl (Altlandrat Traunstein), Stefan Thums (StMWi), 1. VWB-Vorsitzender Fritz Schweiger und Dr. Josef Rampl, Leiter der Geschäftsstelle. Bild: CH

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Bürgerbeteiligung an Wind- und PV-Anlagen

Ein Gastbeitrag von Rechtsanwalt Dr. Bernd Wust, LL.M. (Columbia), Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB, München

Die Energiewende ist sichtbar. Neben neuen Stromtrassen führen insbesondere Windenergie und Photovoltaikanlagen zu Veränderungen in der nahen Umgebung der Menschen. Umfragen bestätigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung eine Notwendigkeit sieht, diese Veränderungen anzunehmen, um den wirtschaftlichen Wohlstand und gesunde Lebensbedingungen für diese und die kommenden Generationen zu erhalten. Veränderungen, gerade in der nächsten Umgebung, können aber auch zu Abwehrhaltungen führen. Neben Informations- und Dialogprozessen hat sich die unmittelbare Beteiligung der Anwohner an Windenergie- und PV Anlagen als bestes Mittel erwiesen, um hohe Zustimmungswerte der Anwohner zum Bau der Anlagen zu erhalten. Denn wer beteiligt ist, steht den Projekten positiver gegenüber und wirkt als Multiplikator gegenüber denjenigen, die sich nicht beteiligen. Eine hohe und qualitativ gute Bürgerbeteiligung erhöht damit nicht nur die Wertschöpfung vor Ort, sondern sichert die Energiewende insgesamt, da sie Verständnis für die notwendigen Veränderungen schafft.

Unter den verschiedenen Beteiligungsmodellen haben sich einige als besonders praxistauglich herausgestellt:

Kommanditbeteiligungen

Eine klassische Form des „Bürgerwindparks“ oder „Bürgersolarparks“ wird in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG) strukturiert. Interessenten und v.a. Anwohner beteiligen sich als Kommanditisten unmittelbar und langfristig an der Betreibergesellschaft der Anlagen und werden damit mittelbar zu Miteigentümern. Die Haftung ist auf die Einlage begrenzt. Die Mindestbeteiligung beträgt in der Regel 5.000 bis 10.000 Euro. Anfangsverluste können in der Regel steuerlich abgesetzt werden. Im Gesellschaftsvertrag sollte ein Gleichgewicht zwischen effektiver täglicher Geschäftsführung und Mitspracherechte der Gesellschafter bei grundlegenden Entscheidungen in einen angemessenen Ausgleich gebracht werden.

Das öffentliche Angebot von Kommanditbeteiligungen löst in der Regel eine sog. Prospektpflicht aus. Das heißt, dass ein Verkaufsprospekt erstellt und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Prüfung und Billigung übermittleit werden muss. Die Praxis zeigt, dass dies einen gewissen (Kosten-)Aufwand darstellt, aber bei entsprechender Erfahrung der Bearbeiter kein unüberwindliches Hindernis ist.

Nachrangdarlehen

Um einfachere und niedrigschwellige Beteiligungsformen zu ermöglichen, hat der Gesetzgeber schon vor einigen Jahren sog. Schwarmfinanzierungen (Crowd Finance) erleichtert. Die Beteiligung erfolgt hier durch sog. Nachrangdarle-

hen. Das heißt, die Anwohner können sich als Darlehensgeber an der Finanzierung beteiligen. Der sogenannte Nachrang, der im Darlehensvertrag geregelt wird, bezieht sich zum einen auf den Insolvenzfall: Hier treten die Darlehensgeber hinter den sonstigen Gläubigern (insbesondere den finanzierenden Banken) zurück. Zum anderen können die Darlehensgeber Tilgungen und Zinsen nicht fällig stellen, wenn die Liquidität der Betreibergesellschaft nicht aus-



Dr. Bernd Wust, LL.M. Bild: Kapellmann

Nachrangdarlehen können ohne Verkaufsprospekt ausgegeben werden, wenn bestimmte Höchstsummen nicht überschritten werden. Dies sind grundsätzlich 1.000 Euro bzw. 10.000 Euro wenn der Anleger nach eigener Angabe über ein frei verfü-



Das neue Umspannwerk in Bogen ist jetzt in Betrieb: Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Bayernwerk-Vorstand Dr. Egon Leo Westphal und Bürgermeisterin Andrea Probst gaben mit Gästen aus Politik und Wirtschaft den Startschuss. Bild: Uwe Moosburger /Bayernwerk

Bayernwerk nimmt Umspannwerk in Niederbayern in Betrieb:

Neue Herzkammer der Energiewende

Bogen/Regensburg. Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) hat das neue Umspannwerk zwischen Bogen und Hunderdorf in Betrieb genommen. Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Bogens Bürgermeisterin Andrea Probst und Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, gaben miteinander den Startschuss. Der erste Transformator in der neuen Anlage dient allein der Einspeisung erneuerbarer Energie, die in der Region erzeugt wird.

Die Photovoltaik entwickelt sich in Bayern und im Netz des Bayernwerks weiterhin stark. Im vergangenen Jahr hat das Unternehmen mehr als 35.000 PV-Anlagen an sein Netz angeschlossen. „Wir gehen schnell-

len Schrittes auf die 400.000ste PV-Anlage in unserem Netzgebiet zu. Niederbayern bleibt dabei weiterhin Hotspot der Energiewende“, betont Dr. Egon Leo Westphal. Um die dafür notwendigen Netzkapazitäten be-

reitstellen, baue das Bayernwerk mit jährlich wachsenden Rekordbudgets sein Netz aus. Neben neuen Leitungen ist laut Westphal der Bedarf an Umspannwerken groß. Umspannwerke sind das Bindeglied zwischen den Netzebenen und verteilen Strom in die regionalen Netze. Ein neues Umspannwerk und damit ein neuer Knotenpunkt für die Einspeisung und regionale Verteilung erneuerbarer Energie ist nun im niederbayerischen Bogen entstanden. Mit einer Leistung von 180 Megawatt, dreimal mehr Kapazität im Vergleich zum alten Umspannwerk, macht es den Weg frei für die Energiezukunft in der Region um Bogen. „Wir schaffen hier in Bogen eine neue Herzkammer für die Energiewende“, so Dr. Westphal. „Das Umspannwerk ist ein zentraler Knotenpunkt im Verteilnetz, der die Energie sammelt und über die angeschlossenen Leitungen zu den Menschen bringt – genau wie das Herz beim Menschen“

Genossenschaften

Eine gewisse Mischform wird in der Regel von Genossenschaften angeboten. Hier beteiligen sich die Anleger zum einen als Mitglied an der Genossenschaft, gewähren der Genossenschaft aber zusätzlich meist projektspezifische Darlehen. Aufgrund des Gründungs- und Verwaltungsaufwands eignet sich die Genossenschaft als Rechtsform weniger gut als Vehikel für Einzelprojekte; sinnvoll ist vielmehr eine langfristige Investitions- und Betriebsstrategie für wiederholte Investments. Ein maßgeblicher Unterschied zu den beiden vorgenannten Beteiligungsformen ist deswegen oftmals, dass der Anleger durch die Beteiligung an der Genossenschaft nicht nur an „seinem“ konkreten Einzelprojekt beteiligt wird, sondern an sämtlichen Geschäftsaktivitäten der Genossenschaft. □

Jahrespressekonferenz 2023 der Bayernwerk AG:

Zeit der Theorie ist vorbei

Energiewende geht in entscheidende Phase

Regensburg. Auf die politisch definierten Ausbauziele für Erneuerbare Energien reagiert die Bayernwerk AG mit umfangreichen Transformationsplänen. Bei seiner Jahrespressekonferenz beschrieb das Energieunternehmen seinen Fahrplan für den Weg in die Energiezukunft. Um die Ausbauziele aus dem sogenannten Osterpaket des Bundes und aus dem Bayerischen Klimaschutzgesetz zu erreichen, muss sich das Bayernwerk in den kommenden 15 Jahren nahezu verdoppeln. Das Unternehmen reagiert mit Rekordbudgets, einem Bayernwerk-Plan für eine beschleunigte Energiewende, mit neuen Lösungen für die Energiezukunft und mit einer Offensive im Wettbewerb um Fachkräfte.

„Die Energiewende geht in eine entscheidende Phase“, betonte der Vorstandsvorsitzende der Bayernwerk AG, Dr. Egon Leo Westphal. Mit dem sogenannten Osterpaket des Bundes und dem Bayerischen Klimaschutzgesetz, das für Bayern Klimaneutralität bis 2040 vorschreibt, habe die Politik Fakten geschaffen. Westphal: „Das bundespolitische Ziel, bis 2030 mindestens 80 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs aus Erneuerbaren zu beziehen, ist ein Fixpunkt für gesellschaftliche, wirtschaftliche und industrielle Entwicklung.“ Der Weg dorthin führe aber über die Energienetze.

Transformationsprozess

„Wer die Erneuerbaren entfesseln will, muss die Netze entfesseln. Die Zeit der Theorie ist vorbei, jetzt muss es ans Eingemachte gehen“, so Westphal. Nach eigenen Bayernwerk-Studien ist demnach in Bayern bis zum Jahr 2030 ein Anstieg der Erzeugung bei PV-Freiflächenanlagen von heute fünf auf 30 Gigawatt, bei PV-Aufdachanlagen von heute 13 auf 21 Gigawatt und bei Windanlagen von heute drei auf acht Gigawatt erforderlich. Zudem wächst der Strombedarf. Laut Studie steigt die Anzahl an E-Fahrzeugen von heute 200.000 auf 2.000.000, die Anzahl an Wärmepumpen von 300.000 auf 1.000.000. Zudem verändert sich der Strombedarf der Industrie. Westphal: „In Summe erleben wir massive Zuwächse im Strombedarf.“

Um die enormen zusätzlichen Kapazitäten in den Energienetzen bereitzustellen, müsse das Bayernwerk mit Blick auf 2030 tausend Kilometer Hochspannungsleitungen, 36.000 Kilometer Mittel- und Niederspannungskabel sowie 300 neue Umspannwerke bauen.

Die Energiewirtschaft stehe vor einer nie dagewesenen Transformation, „in der wir Energie neu denken müssen.“ Das Bayernwerk müsse sich dafür in den kommenden 15 Jahren verdoppeln.

Rekordbudget für Netzausbau

Bayernwerk-Finanzvorständin Dr. Daniela Groher verwies darauf, dass im Bayernwerk schon deutlich vor dem Osterpaket die Weichen auf Energiezukunft gestellt wurden. „Für den Kurs in die Klimaneutralität haben wir frühzeitig jährlich wachsende Rekordbudgets für den Ausbau unserer Energienetze auf den Weg gebracht“, so Dr. Groher. Im vergangenen Jahr lag das Netzbudget bei rund 680 Millionen Euro, in diesem Jahr beträgt es knapp 790 Millionen Euro.

Im kommenden Jahr plant das Energieunternehmen mit rund 815 Millionen Euro und 2025 mit 850 Millionen Euro. „Was die Aufwendungen für unsere Energienetze betrifft, gehen wir als Bayernwerk bei unseren Netzbudgets stramm auf eine Milliarde Euro pro Jahr zu und sehr absehbar auch darüber hinaus. Damit sind wir nicht nur technisch und innovativ, sondern

auch in puncto Investitionen einer der wesentlichen Motoren für Bayerns Energiezukunft“, betont die Finanzvorständin.

Photovoltaik auf Wachstumskurs

Die frühzeitige strategische Ausrichtung auf die Energiezukunft schlägt sich nach den Worten von Dr. Westphal auch in einem erfolgreichen Wachstum der Bayernwerk-Gruppe nieder. „Im Jahr 2022 konnten wir unser Netz wieder deutlich erweitern und viele Neubaugebiete energetisch erschließen. In Summe haben wir praktisch eine bayerische Kleinstadt ans Netz gebracht“, erklärte er. Im Gebiet der Bayernwerk Netz GmbH, der Netztochter der Bayernwerk AG, wurden rund 35.000 PV-Anlagen, 16 Windkraftanlagen und 23.000 Speicher neu ans Netz genommen. Insgesamt hat das Unternehmen 395.000 dezentrale Einspeiseanlagen an das Energienetz angeschlossen, davon 385.000 Photovoltaik-Anlagen. „Wir gehen rasenden Schrittes auf die 400.000ste PV-Anlage im Bayernwerk-Netz zu. Allein an unser Energienetz ist mehr PV angeschlossen als in ganz Baden-Württemberg oder in Nordrhein-Westfalen“, betont Westphal. Mit dem neuen Tochterunternehmen „Bayernwerk Asset- und ProjektService“ habe die Bayernwerk-Gruppe Knowhow in der Wartung und Instandhaltung großer Wasserkraftwerksanlagen in die Unternehmensgruppe geholt.

Kommunale Konzessionen

Im Wettbewerb um kommunale Konzessionen konnte sich die Bayernwerk Netz GmbH vollumfänglich behaupten. „Über 100 Konzessionen haben wir im Jahr 2022 gesichert und wie in den Vorjahren keine einzige verloren. Das ist für uns ein enorm wichtiger Vertrauensbeweis seitens der Kommunen. Die Energiezukunft findet in den Regionen statt. In einer Zeit wachsender Unsicherheit und gänzlich neuer Herausforderungen wird Vertrauen zu einer immer härteren Währung“, betonte Westphal. Auf Basis des Vertrauens arbeite das Unternehmen auch an einer strategischen Gebietserweiterung. Zum 1. Juli soll das Netz des Energieunternehmens Kraftwerke Haag im Landkreis Mühldorf a. Inn mit 17.000 Abnahmestellen in 21 Kommunen übernommen werden.

Bayernwerk-Plan

Um dem enormen Ausbaubedarf bei Umspannwerken gerecht zu werden, entwickelt das Unternehmen derzeit mobile Container-Umspannwerke.

Von zentraler Bedeutung für eine künftige zuverlässige Energieversorgung seien vor allem die politischen Rahmenbedingungen. Das Unternehmen habe daher einen lösungsorientierten Bayernwerk-Plan mit zehn Punkten entworfen, der sich an die bayerische Landespolitik und die Bundespolitik richtet. □



Erneuerbare Energie

Rechtliche Projektbegleitung von der Planung bis zum Betrieb – praxisnah, fundiert und für alle Energieträger

Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB
Josephspitalstraße 15, 80331 München
Telefon: +49 89 242168-0, m@kapellmann.de

kapellmann.de

Ringschluss für das Dillinger Nahwärmenetz

Stadt Dillingen und energie schwaben Gruppe arbeiten Hand in Hand, um die Stadt fit für die klimaneutrale Energiezukunft zu machen

Mit dem Ringschluss für das bestehende Nahwärmenetz in Dillingen stellen schwaben regenerativ, 100prozentige Tochterunternehmen von energie schwaben, und die Stadt Dillingen die Weichen für die Zukunft. Für den Dillinger Oberbürgermeister Frank Kunz ist der Ausbau des Wärmenetzes eine Investition in die Zukunft.

„Unsere Bürgerinnen und Bürger leisten damit einen bedeutenden Beitrag zur klimaschonenden Wärmeversorgung der Stadt. In Zukunft können wir mit dem Wärmenetz die CO₂-Emissionen der Stadt noch weiter senken. Wir planen damit weit in die Zukunft und legen den Grundstein für eine Wärmeversorgung, die auch unseren Kindern und Enkelkindern eine gute Perspektive ermöglicht“, führte Kurz aus.

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung energie schwaben, liegt das Dillinger Projekt besonders am Herzen: „Unsere Energiezukunft ist klimaneutral – und das Dillinger Heizkraftwerk mit dem Wärmenetz ist ein Vorzeigeprojekt, das zuverlässig und hocheffizient seit 15 Jahren Institutionen und Privathaushalte in der Stadt mit sauberer Wärme versorgt. Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein für die Wärmeversorgung der Zukunft.“

schwaben regenerativ beliefert das Wärmenetz vollständig mit erneuerbar erzeugter Wärme aus Waldholz-Hackschnitzeln aus der Region. Momentan sind neben 40 großen öffentlichen Einrichtungen rund 100 Haushalte, Hausverwal-

gen und Genossenschaften angeschlossen. Nach dem Ringschluss ist künftig ein weiterer Ausbau möglich. Dann können noch mehr Haushalte mit umwelt- und klimaschonender Wärme versorgt werden.

Um einem künftig steigenden Bedarf zu begegnen, baut schwaben regenerativ für die Seitenstraßen schon jetzt Leitungsabzweigungen mit ein. Somit kann das Netz auch in Zukunft weiter ausgebaut werden, ohne die Hauptstraßen sperren zu müssen.

Noch mehr Wärme für die Zukunft: Netzkapazität verdoppelt und weiter ausbaufähig

Geht alles nach Plan, sollen die Bauarbeiten im Spätherbst abgeschlossen sein. Haushalte und Einrichtungen, die noch in diesem Jahr an den neuen Netzabschnitt angeschlossen werden, haben in der nächsten Heizperiode schon Wärme aus dem Netz. Der gleichzeitig erzeugte Strom wird ins öffentliche Stromnetz eingespeist.

Parallel zum Leitungsnetz baut schwaben regenerativ ein zusätzliches Pumpenhaus auf dem Gelände des Heizkraftwerks. So

kann schwaben regenerativ die Kapazität des Wärmenetzes fast verdoppeln. In Zukunft kann das Wärmenetz vom Heizkraftwerk aus in zwei Richtungen Wärme transportieren. Die neue Leitung wird rund 1,6 Kilometer betragen, und wird zurzeit im laufenden Betrieb verlegt.

Aktuell sind mehr als 200 Städte und Gemeinden an über 7.000 Kilometer Gasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentli-

Erste Haßfurter Energietage:

Eine Stadt lebt die Energiewende

Im Rahmen der ersten Haßfurter Energietage informierten die Stadtwerke die Landkreisbevölkerung über aktuelle und künftige Energiekonzepte. Präsentiert wurde ein breites Spektrum an Themen, wie etwa die Wärmeversorgung der Innenstadt mit erneuerbaren Energien.

Verschiedene Forschungsthemen wurden in Form kleiner Innovationsinseln vorgestellt. Hier konnten sich die Besucher über Projekte rund um das Thema Forschung oder auch über die Wärmeversorgung in Haßfurt informieren. Zudem präsentierte in einer begleitenden Ausstellung eine Reihe von Firmen ihre Produkte und Dienstleistungen.

Aktuelle Projekte der Stadtwerke

Norbert Zösch, Geschäftsführer der Stadtwerk Haßfurt GmbH, stellte die aktuellen Projekte des Unternehmens vor, während Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch von der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden über die Wärmeversorgung in Haßfurt referierte. Dabei erklärte er die Rahmenbedingungen und Anforderungen von Transformationskonzepten.

Ende 2019 wurde Haßfurt in die erste Staffel im Förderprojekt „Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen aufgenommen. Dr. Madlen Müller-Wuttke vom Smart Green City Projekt zeigte hier die neuesten Entwicklungen auf. Gemeinsam mit den Bürgern wird ein zukunftsicheres und gemeinwohlorientiertes Haßfurt umgesetzt, wofür die Kernelemente Partizipation, Daten und grüne Energie genutzt werden. Haßfurt ist bereits Vorreiter in den Bereichen Energieneutralität und Energieeffizienz. Die Stadt gilt bundesweit als Modellkommune rund um das Thema Energiemanagement. Die Digitalisierung wird sprichwörtlich von grüner Energie angetrieben.

Ideenschmiede GUT Haßberge

Über die regionale Stromversorgung berichtete Marco Siller, Geschäftsführer der „Gesellschaft zur Umsetzung erneuerbarer Technologieprojekte im Landkreis Haßberge mbH“ (GUT). Die GUT Haßberge mbH wurde 2011 vom Landkreis, seinen 26 Gemeinden sowie weiteren Gesellschaftern gegründet. Ihr Auftrag ist die Betreuung der Energiewende im Landkreis und die bilanzielle Klimaneutralität bis 2023. GUT Haßberge fungiert als „Ideenschmiede“ für Fragen einer möglichen Nutzung erneuerbarer Energien im Landkreis. Sie prüft die Möglichkeiten der Umsetzung entsprechender Energieerzeugungsprojekte und plant diese bis zu deren Umsetzungsreife. Bei der Anpassung kommu-

che Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von energie schwaben.

Gas ist der Partner der erneuerbaren Energien und lässt alle Zukunftsoptionen zu – vor allem klimaschonendes Biogas und Wasserstoff. energie schwaben bietet neben der Versorgung mit Gas und Strom Dienstleistungen rund ums Thema Energie für Kommunen, Wohnungswirtschaft, Gewerbe und Industrie sowie für Privathaushalte.

2017 erwarb energie schwaben vier Wasserkraftwerke an Lech und Wertach. Ein weiteres Geschäftsfeld von energie schwaben ist Fahren mit Strom für Kommunen und Gewerbe.



Mit dem Ringschluss für das bestehende Nahwärmenetz in Dillingen stellen schwaben regenerativ 100prozentige Tochterunternehmen von energie schwaben, und die Stadt Dillingen die Weichen für die Zukunft. Frank Kunz, Oberbürgermeister in Dillingen, (links) und Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung energie schwaben. Bild: energie schwaben

Stromverbrauchs, aus. Zudem werden pro Jahr etwa 30.000 Tonnen CO₂ (entsprechend der CO₂-Bindung von ca. 3.000 Hektar Wald) gespeichert.

Bürgerwindpark

Da alle Standorte auf öffentlichem Grund - im Eigentum der Universität Würzburg, der Stadt Königsberg und der Gemeinde Riedbach - liegen, kommen damit alle Pachteinnahmen der Allgemeinheit zugute. Auch die Gewerbesteuer gehen an die Kommunen, da die Betreibergesellschaft „Bürgerwindpark Sailerhäuser Wald GmbH & Co.KG“ vor Ort angesiedelt ist. Durch das Konzept der GUT Haßberge, der landkreisweiten Betreibergesellschaft, und der Bürger-Energiegenossenschaft ist sichergestellt, dass die Wertschöpfung weitgehend in der Region bleibt.

Zu einem der Leuchtturmprojekte zählt die seit Oktober 2016 betriebene Power-to-Gas-Anlage der Windgas Haßfurt GmbH,

ein Gemeinschaftsunternehmen des Stadtwerks Haßfurt und der Green Planet Energy. Herzstück der Anlage ist ein containergroßer PEM-Elektrolyseur mit 1,25 MW Spitzenleistung. Die hochmoderne Anlage am Mainhafen wandelt überschüssigen Strom aus dem Bürgerwindpark Sailerhäuser Wald sowie aus weiteren Windenergie- und Solaranlagen in erneuerbaren Wasserstoff um. Pro Jahr wird Öko-Gas für 25.000 pro Windgas-Kunden von Green Planet Energy ins Netz eingespeist.

Auch in Sachen „erneuerbare“ Wärme hat die Stadt einiges zu bieten. In einem Neubaugebiet wurde ein sogenanntes kaltes Nahwärmenetz verlegt. Durch die Kombination von Sonnenkollektoren, Wärmepumpen und einem Blockheizkraftwerk können die Häuser zu 40 Prozent mit regenerativen Energieträgern beheizt werden. Darüber hinaus versorgt eine Biogasanlage Privathaushalte mit Strom sowie das Schul- und Freizeitzentrum und ein großes Gewerbegebiet mit Wärme. **DK**

Windenergie und Photovoltaik auf Freiflächen:

Kostenfreie Planungsgrundlagen

Mit der Veröffentlichung kostenfreier Planungsgrundlagen über das Portal Digitale Energieplanung Bayern verleiht ENIANO der Energiewende in Bayern neuen Schwung. Ab sofort ist es u.a. für Kommunen, Planer, Grundstücksbesitzer und Unternehmen möglich, detaillierte Planungsgrundlagen für den Ausbau von Windenergie und Photovoltaik für jedes Gemeindegebiet in Bayern über das Portal Digitale Energieplanung Bayern (<https://www.digitale-energieplanung.bayern/>) kostenlos herunterzuladen.

Das hochwertige Kartenmaterial bietet eine solide Basis für die Planung von Windenergie- und Photovoltaik-Freiflächenanlagen und hilft bei der aktiven Gestaltung der Energiewende vor Ort. Das Angebot wird durch den Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW e.V.) und die Bayerische Gemeindezeitung unterstützt.

Die Planungsgrundlagen zeichnen sich durch folgende Merkmale aus:

- Erstmals kostenfrei für ganz Bayern verfügbar: Die flurstücksgenauen Gebietskulissen sind ein Novum und unterstützen die Planung und Projektentwicklung von Erneuerbaren Energien im Bereich Wind und Freiflächen Photovoltaik mit hoher Präzision und fachlicher Güte.
- Über 50 Prüf- und Ausschlusskriterien: Detaillierte, hochqualitative Karten enthalten alle relevanten Daten zur Beurteilung von Standorten für Windenergie und Photovoltaik Freiflächenanlagen.
- Kostenfreier Download: Die Planungsgrundlagen können unter der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 von Creative Commons (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) kostenlos heruntergeladen werden. Eine kommerziell nutzbare Version ist auf Anfrage erhältlich.
- Wertvolle Unterstützung für Kommunen und Interessierte: Die Planungsgrundlagen dienen als solide Basis für die kommu-

nale Planung, Kommunikations- und Beteiligungsprozesse sowie die Projektentwicklung.

Zusätzlich zu den Planungsgrundlagen bietet ENIANO weitere Leistungen über das Portal Digitale Energieplanung Bayern an. Das Leistungsspektrum umfasst die Begleitung von Landkreisen und Gemeinden bei der kommunalen Energie- und Wärmeplanung, die Projektentwicklung für Erneuerbare-Energien Projekte sowie Innovative Lösungen für die effiziente Energieversorgung von Industrie und Gewerbe.

Durch die Bereitstellung kostenfreier, flächendeckender Planungsgrundlagen leistet ENIANO einen wichtigen Beitrag zur Realisierung der Energiewende und zur Erreichung der Klimaziele in Bayern. Die detaillierten Karten und Planungsdaten unterstützen Kommunen, Planer und Unternehmen bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien, fördern Transparenz und Akzeptanz und helfen so, den Ausbau der Erneuerbaren Energien auf kommunaler Ebene proaktiv zu steuern.

Seit 2014 unterstützt die ENIANO GmbH zahlreiche Kommunen, Landkreise und Unternehmen bei der erfolgreichen Planung und Umsetzung von Energieprojekten. Das Unternehmen ist Partner des Bayerischen Energieforums am 20. Juli in Gunzenhausen. **□**

Wasserstoff – der klimaneutrale Alleskönner

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

energie schwaben

Bayernplan Energie 2040:

Wege zur Treibhausgasneutralität

Am 1. Januar 2023 ist das neue Bayerische Klimaschutzgesetz in Kraft getreten. Danach soll der Freistaat bis spätestens 2040 klimaneutral sein. Bayern will dieses Ziel damit fünf Jahre schneller als der Bund und sogar zehn Jahre früher als die EU erreichen. Eine vom Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) in Auftrag gegebene Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE), erstellt in Kooperation mit der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, hat nun anhand verschiedener Szenarien untersucht, wie das Vorhaben zu bewerkstelligen ist. Hierbei zeigen sich in den einzelnen Energieverbrauchssektoren unterschiedliche, aber in jedem Fall sehr erhebliche Herausforderungen.

Laut dem „Bayernplan Energie 2040“ müssen alle verfügbaren klimaneutralen Technologien zum Einsatz kommen und auch weiterhin Energie importiert werden. In Anbetracht des rasant fortschreitenden Klimawandels ist das Projekt Klimaneutralität Bayern bis 2040 „alternativlos“, enorme finanzielle Aufwendungen und ein massiver Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur sind dafür notwendig. Nach eigenem Bekunden unterstützen VBEW und vbw den Willen der Bayerischen Staatsregierung, die Klimaneutralität Bayerns bis 2040 zu erreichen.

In allen Szenarien wurde ein europäisches Energiesystem modelliert, in dem der Import von Energie nach Bayern nach 2040 möglich bleibt und auch notwendig sein wird. Grundlegendes haben alle Szenarien gemeinsam: Strom entwickelt sich zum Hauptenergieträger, Wasserstoff kommt als Rohstoff und Energieträger zum Einsatz und wird verstärkt in allen Endenergiesektoren ab 2030 Einsatz finden. Ein beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien insbesondere durch Photovol-

taik- und Windkraftanlagen ist in allen bayerischen Regionen erforderlich. Nur mit der Energiegewinnung auf heimischer Fläche allein ist das klimaneutrale Bayern ökonomisch nicht sinnvoll. Fossile Energieträger werden bis ins Zieljahr 2040 in Bayern nahezu vollständig aus dem System gedrängt. Es werden aber auch CO₂-Kompensationsmaßnahmen wie die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO₂ erforderlich sein, um die Klimaneutralität zu erreichen.

Sinkender Endenergiebedarf

In allen Szenarien sinkt der klassische Endenergiebedarf bis 2040 erheblich. Während Bayern im Zeitverlauf zunehmend weniger auf fossile Energieträger angewiesen ist, steigt der Import von Strom auf bis zu 57 TWh/Jahr an. Dies entspricht über zwei Drittel des heutigen jährlichen Strombedarfs.

Die Gaswirtschaft wird die größte Herausforderung in ihrer Geschichte bewältigen. Sie wird das fossile Erdgas aus ihren Leitungen bis 2040 verbannen und durch klimaneutrale Gase wie Wasser-

stoff und Biomethan ersetzen.

Elektrifizierungsmaßnahmen spielen in allen Szenarien und Sektoren eine wichtige Rolle, z. B. durch die zunehmende Umstellung beim Heizen auf Wärmepumpen und in der Individualmobilität auf Elektro-Pkws. Ein Teil der benötigten Prozesswärme in der Industrie wird mit Strom geleistet. Klimaneutrale Gase kommen immer dann zum Einsatz, wo die direkte Elektrifizierung aus technischen Gründen nicht möglich oder als nicht wirtschaftlich darstellbar zu erwarten ist.

Die notwendige thermische Kraftwerksleistung verbleibt ungefähr auf dem Niveau von heute. Als Brennstoffe kommen ab 2030 Wasserstoff und weitere klimaneutrale Gase zum Einsatz. Nach dem Ausstieg aus der Kernkraft müssen dafür auch neue Kraftwerke in Bayern errichtet werden.

Ausstieg aus der Kohle

Der schnelle Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland, ob bis 2030 oder bis 2038, wird weitere Herausforderungen auch für Bayern mit sich bringen. Die Möglichkeiten für Stromimporte in Zeiten einer Dunkelflaute werden weiter reduziert, stattdessen müssen klimaneutrale Gase über Rückverstromung und Batterien verstärkt für den Stromausgleich sorgen.

Das größte Flexibilisierungspotenzial in der Stromnachfrage wird durch die Batteriespeicher der Elektrofahrzeuge zur Verfügung gestellt, wenn diese in der

Lage sind bidirektional zu laden. Darüber hinaus weist die Studie darauf hin, „dass sich kein Landkreis zu jeder Stunde im Jahr selbst versorgen kann: Es geht nur gemeinsam und mit viel Flexibilität im Energiesystem.“

Stellungnahmen der Wasserkraftverbände

Bekräftigt wurden die Forderungen aus dem „Bayernplan Energie 2040“ unter anderem von den Bayerischen Wasserkraftverbänden. Die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. (VWB) und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke eG (LVBW) fordern daher, dem in Gesetzen auf EU-, Bundes- und Landesebene verankerten überragenden öffentlichen Interesse von Erneuerbaren-Energien-Anlagen endlich das notwendige Gewicht in Genehmigungsverfahren und anderen Verwaltungsentscheidungen einzuräumen. „Dafür ist es dringend nötig, dass die zuständigen bayerischen Staatsministerien Vollzugshinweise, die bei jedem Verwaltungshandeln mit Bedeutung für die Energiewende zu beachten sind, an die ihnen unterstellten Behörden richten“, erklärt Dr. Martin Schröder, Vorstand der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern. Denn an ihre Weisungen sind die Beamten gebunden.

In Bayern dauert es derzeit durchschnittlich sieben Jahre, bis die Zulassung einer Wasserkraftanlage erteilt ist. Wenn es schnell geht, liegt die Zulassung nach drei Jahren vor. „Bei solchen Zeiträumen kann die Energiewende nicht schnell genug umgesetzt werden“, mahnt Schröder. „So kann auch das Potenzial der grundlastfähigen kleinen Wasserkraft zur Dekarbonisierung und Sicherung der Energieversorgung nicht gehoben werden.“

Dienstanweisung des StMUV

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) hat deshalb im Februar 2023 eine schriftliche Dienstanweisung zur „Berücksichtigung der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes bei Verwaltungsentscheidungen“ an die Landratsämter und Regierungen, an die Wasserwirtschaftsämter und das Bayerische Landesamt für Umwelt herausgegeben.

„Die Vollzugshinweise des StMUV sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie müssen aber jetzt von den unteren Behörden, von den Landratsämtern und den Wasserwirtschaftsämtern, beach-

tet werden. Dafür muss das Ministerium sorgen. Das StMUV steht weiter in der Pflicht“, stellt Schröder fest.

Weitere Ministerien in der Pflicht

Für die Wasserkraft sei zudem eine Dienstanweisung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) nötig, da dieses für die Fischerei und Fischereifachberater der Bezirke zuständig ist. „Außerdem sollte sich auch das Bayerische Innenministerium um eine gesetzeskonforme Umsetzung des Vorrangs kümmern, da erneuerbare Energien kraft ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung der öffentlichen Sicherheit dienen.“ Ohne eine ausreichende Energieversorgung sind die Existenz des Staates, die öffentliche Ordnung und jeder Einzelne gefährdet.

Landwirtschafts- und Innenministerium sollten sich an dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz orientieren, appelliert Schröder im Namen der Wasserkraftverbände. Das Umweltministerium verlangt in seiner Dienstanweisung vom Februar 2023, dass die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes in allem staatlichen Handeln berücksichtigt wird, sofern im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Entscheidungsspielräume bestehen. „Der durch geltende Gesetze begründete, regelhafte Vorrang der erneuerbaren Energien vor anderen Schutzgütern muss in unserem Rechtsstaat von den Behörden beachtet werden und es braucht deutlich mehr Tempo bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen“, bekräftigt der VWB-Vorstand.

Laut einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom März 2022 kann einer Maßnahme nicht entgegengehalten werden, dass sie nur einen geringen Beitrag zum Klimaschutz leistet. „Das heißt, auch kleinere Mengen regenerativer Strom sind nach der gesetzlichen Gewichtung ein wertvoller Beitrag. Ohne Zweifel wird die kleine Wasserkraft dadurch gestärkt“, unterstreicht Schröder.

Nach Auffassung der Lechwerke AG bedarf es für das Erreichen der Klimaneutralität nicht nur des massiven Ausbaus erneuerbarer Energien. Nötig seien auch die richtigen Rahmenbedingungen, etwa für den notwendigen Ausbau der Stromnetze. Damit dies gelingt, haben die Lechwerke folgenden 10-Punkte-Plan zur Beschleunigung der Energiewende in Bayern erarbeitet:

1. Landesbedarfsplangesetz

– **Umsetzungskonzept zur Energiewende Bayerns:** Staatsregierung, Landkreise und Kommunen sollten Vorrangflächen für den künftigen Erneuerbare Energien Ausbau festlegen. Sie sind Grundlage für eine zielgerichtete und vorausschauende Netzplanung.

2. **„Spreu vom Weizen trennen“:** Bayerns Staatsregierung muss darauf hinwirken, einen schnellen Anschluss von Erneuerbare Energien Anlagen mit hoher Realisierungswahrscheinlichkeit an die Stromnetze zu ermöglichen.

3. **Clustering statt Einzelanfragen:** Bayerns Staatsregierung, Kommunen und Netzbetreiber sollten ein Clustering von Erneuerbare Energien Anlagen an einem Netzanschluss („Einspeisesteckdose“) ermöglichen, um die Vielzahl an Einzelanfragen zu bündeln.

4. **Sofortmaßnahmen Genehmigungsbeschleunigung:** Bayerns Staatsregierung, die Bezirksregierungen und Kommunen sollten ein Sofortmaßnahmenpaket zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren auf den Weg bringen.

5. **Vereinfachungen für Erneuerbare Energien/Anlagen und Netzbetreiber:** Bayerns Staatsregierung sollte im Bund auf eine Reduzierung von Komplexität und Bürokratie für den Anschluss Erneuerbarer Energien Anlagen und den damit beim Netzbetreiber verbundenen Aufwand hinwirken.

6. **Mehr Flexibler Anreize:** Bayerns Staatsregierung muss Anreize schaffen, erneuerbare Stromerzeugung und Stromverbrauch örtlich und zeitlich in Einklang zu bringen. Erneuerbare Energien müssen regional dann verbraucht werden, wenn sie zur Verfügung stehen.

7. **Gesicherte Leistung für Bayern:** Die Staatsregierung muss ein Mindestmaß an gesicherter Erzeugungsleistung definieren und in den Regionen vorhalten.

8. **Kupfer mit Köpfchen - Digitalisierung der Energieversorgung ermöglichen:** Bayerns Staatsregierung sowie die Landes- und Bundesregulierungsbehörde sollten die Rahmenbedingungen zur Digitalisierung der Energieversorgung richtig setzen

9. **Regulierung für die Klimaneutralität:** Die Landes- und Bundesregulierungsbehörde muss den gestalterischen Auftrag von Netzbetreibern für eine klimaneutrale Energiezufuhr anerkennen.

10. **Akzeptanzkampagne „Pro Netzausbau“:** Politik, Energiewirtschaft, Industrie, Kommunen und Verbände sollten positiv zum notwendigen Infrastrukturausbau kommunizieren. **DK**

Kommentar Jan Kiver (GZ):

Bayerns klimaneutraler Energietraum von 2040

Was der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) mit wissenschaftlicher Unterstützung der Münchener Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) zum Frühlingserwachen 2023 präsentierte, ist aller Ehren wert. Allerdings erinnerte es auch ein wenig an Martin Luther King am 28. August 1963: „I have a dream“. Bayern hat sein politisches Traumziel mit gesetzlicher Wucht definiert: Klimaneutralität schon bis 2040 (fünf Jahre vor der Bundesrepublik) Dank konsequenter Energiewende und Verhaltensänderung. Eine solche Herkulesaufgabe zu meistern, erfordert einen unbedingten, gemeinsamen, gesellschaftlichen Willen. Zeitvorgabe, Kosten, Parteiengizänk und die persönlichen menschlichen Egoismen sind die realen, mächtigen Gegner dieses Vorhabens.

Politik und Wirtschaft (Studienprojektspartner ist die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft-vbw) sind sich wenigstens darin einig, dass eine wissenschaftliche Analyse, wie es mit der Energiewende in Bayern weitergehen müsste, überfällig war. Wie die Ziele erreicht werden sollen, bleibt in der absehbaren Realität eher nebulös. Zuviel babylonisches Polit-Sprachgewirr, wie es muss jetzt geklotzt und endlich angepackt, statt gekleckert werden, trägt wenig zur Definition des richtigen Wegs zum Ziel bei.

Die Forschungsstelle hat in ihrer seit Ende 2021 erarbeiteten Studie die ihres Erachtens entscheidenden Stellschrauben definiert und deren Auswirkungen analysiert. Die wichtigste Botschaft: Abwarten ist keine Option, unabhängig davon, welches der vier Energieverbrauchszenario zu Grunde gelegt wird. Da der Strombedarf kontinuierlich wachsen wird, werden auch die Veränderungs- und Reparaturkosten für das Klima allein in Bayern um bis zu 50 Prozent immer dramatischer steigen, wenn es nicht gelingt, in Bälde die Stromerzeugung klimaneutral sicherzustellen.

Die FFE geht davon aus, dass der Bruttostromverbrauch im Freistaat bis 2040 sich mindestens auf knapp 160 Milliarden Kilowattstunden erhöhen wird; im „schlechtesten“ Fall könnten es aber auch mehr als 250 Milliarden Kilowattstunden sein. 2019

lag er „nur“ bei rund 85 Milliarden Kilowattstunden. Elektrizität wird die Hauptenergieform in Bayern, erzeugt ohne fossile und nukleare Brennstoffe.

Vor der endgültigen Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke erreichte der Kohlendioxid-Ausstoß pro Kilowattstunde im bundesdeutschen Strommix aus Kohle, Gas, Nach-Atomkraft und erneuerbaren Energien mit rund 576 Gramm den höchsten Stand seit 2008, Tendenz steigend trotz Dämpfung durch den Zubau erneuerbarer Energien. Der müsste sich laut FFE im günstigsten Fall allein in Bayern bis 2040 auf knapp 100.000 Megawatt installierter Leistung verünftlichen. Das hieße, schon seit Präsentation der Studie müssten Woche für Woche bis zu 2.800 Photovoltaik-Anlagen (à zehn Kilowatt Leistung) auf bayerischen Dächern montiert werden, parallel dazu jede Woche zwei 5,5-Megawatt-Windkraftanlagen und auf über 35 Hektar Photovoltaik-Feldanlagen (entspricht 50 Fußballfeldern mit DFB-Standardsmaß von 7.140 qm).

Selbst bei einem solch ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren bleibt Bayern Stromimportland, denn knapp ein Drittel des Strombedarfs müssen durch Lieferungen aus anderen Bundesländern bzw. dem Ausland (wie zum Beispiel Atomkraft aus Tschechien, Wasserkraft aus Österreich) gedeckt werden, sofern

entsprechend leistungsfähige Stromleitungen bestehen. Und es müsste spürbar effizienter mit der Energie umgegangen werden, heißt pro Woche 1.000 Wohngebäude energetisch saniert werden. Gleichzeitig sollten 5.100 PKW nicht mehr mit Benzin/Diesel fahren, sondern mit Strom oder Wasserstoff. Für dessen Erzeugung braucht es pro Woche die Inbetriebnahme eines Zwei-Megawatt-Elektrolyseurs sowie eines entsprechenden Batteriespeichers mit 3.000 Kilowattstunden Speichervolumen und natürlich entsprechende, geschützte Standorte.

Das Mantra, dass es Klimaschutz und Energiewende nicht zum Nulltarif gibt, gehört seit Jahren zum Politsprech und kann nicht oft genug wiederholt werden angesichts der von der FFE prognostizierten Kosten des bayerischen Klimarettungsprojekts 2040. Ohne den finanziellen Aufwand für Energie-Infrastrukturmaßnahmen (vor allem Netzausbau) fallen mindestens 113 Milliarden Euro Mehrkosten an und dass trotz Einsparungen durch den Rückgang von Importen fossiler Energieträger.

Damit aus den Klimaträumen nicht nur Schäume werden, wäre es dringend geboten, dass mit Weitblick Planungssicherheit für den Aufbruch in die Klimaneutralität und die dafür notwendige Energiewende seitens der Politik hergestellt wird. Das Ganze sollte zeitnah, schnell und konsequent angegangen werden, und zwar unabhängig von Zeitgeist, Politumfragen und Wahlterminen. Das Zusammenspiel von Kompetenzen in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und gesundem Menschenverstand bietet eine vielleicht letzte Chance.

Informationen rund um die Studie sowie den Abschlussbericht im Internet: <https://bayern-plan-energie.ffe.de/#menue> □

Treffen des Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland

Im Oberland nehmen zwölf Gemeinden und der Landkreis Miesbach am sogenannten Energieeffizienznetzwerk teil. Beim siebten Netzwerktreffen in Holzkirchen ging es vor allem um das Thema Vergaberecht und Ausschreibung bei Erneuerbaren Energien. Welche Möglichkeiten haben Kommunen, sich an der Energie- und Wärmewende zu beteiligen? Und können regionale Kriterien bei der Ausschreibung mit einbezogen werden?

David Engel von der Kanzlei Becker Büttner Held stellte den Ablauf eines Vergabeverfahrens vor sowie die Punkte, an denen Kommunen Gestaltungsoptionen zur Verfügung stehen: „Mit der Rekommunalisierung der Energie- und Wärmeversorgung kann die Wertschöpfung innerhalb der Region gehalten werden. Sie ist ein wichtiger Bestandteil, um die Energie- und Wärmewende schaffen zu können.“, so David Engel.

Knapp zwei Monate vor Ende des zweiten Netzwerkjahres, konnte bereits ein erster Teilerfolg vermeldet werden: „Schon ein Viertel des gesetzten Netzwerkziels zur Einsparung der Endenergie konnte erreicht wer-

den.“, so Sebastian Gröbmayr vom Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV). Er ermutigte die NetzwerkteilnehmerInnen die Arbeit an beschlossenen und geplanten Maßnahmen weiter gemeinsam zu intensivieren, um die Einsparung von 2,4 Gigawattstunden Endenergie pro Jahr im Netzwerk zu erreichen.

Praktische Einblicke in eine künftige Energieunabhängigkeit

Praktische Einblicke in eine künftige Energieunabhängigkeit

Zum Abschluss des Netzwerktreffens ermöglichte der gastgebende Bürgermeister Christoph Schmid (Markt Holzkirchen) einen praktischen Einblick in das Thema Energieeffizienz und künf-

tige Energieunabhängigkeit: Bei der Besichtigung der Holzkirchner Kläranlage erklärte Betriebsleiter Markus Spallek, wie die Energie- und Stoffströme der Anlage effizient genutzt werden und wie das Modell für die Zukunft aussieht.

Im Energieeffizienznetzwerk setzen sich während drei Jahren zwölf Gemeinden sowie ein Landkreis aus dem Oberland gemeinsam intensiv mit dem Thema Energiewende auseinander und tauschen Erfahrungen aus. Beteiligt sind Benediktbeuern, Bernried, Egling, Fischbachau, Gmund am Tegernsee, Hausham, Markt Holzkirchen, Otterfing, Pähl, Polling, Tutzing, die Stadt Tegernsee sowie der Landkreis Miesbach.

Begleitet wird das Netzwerk fachlich vom Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) an der Technischen Hochschule Rosenheim und dem Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland. □

Grüner Wasserstoff:

Hoffnungsträger der Energiewende

Das hochreaktive Gas Wasserstoff ist der nach Jahrzehnten Pause wiedererweckte Hoffnungsträger für eine grüne Energiewende. Die Europäische Union (EU) hat eine europaweit geltende Wasserstoffstrategie als einen zentralen Bestandteil ihrer Klimapolitik ausserkoren und plant umfangreiche Investitionen in Wasserstofftechnologien. In Brüssel wird deshalb derzeit unter Federführung des deutschen SPD-EU-Abgeordneten Jens Geier (MdEP) an einer Wasserstoff-Regulierung gearbeitet, die in den nächsten plus x Monaten bis zur Gesetzesreife verhandelt werden soll.

Energiewende und Wasserstoffstrategie sollen auch Deutschlands Bevölkerung und Wirtschaft ins weltweit beispielgebende, nachhaltige, klimarettende Energie-Schlaraffenland katapultieren. Wasserstoff ist das zündende Zaubergas, das Deutschland aus der fossilen Energiebereitstellung herausführen soll. Ampel-Deutschland will bis 2045 klimaneutral sein, weshalb die CSU-Regierung in Bayern dieses Ziel nochmal auf 2040 getoppt hat.

Grundsätzlich hat Wasserstoff ein hohes Potenzial, als Ersatzenergieträger für fossile Brennstoffe zu dienen. Insbesondere grüner Wasserstoff könnte in verschiedensten Bereichen wie Verkehr, Industrie und Wärmebereitstellung eingesetzt werden und so zur Dekarbonisierung beitragen. Aller-

dings braucht es zur Herstellung von Wasserstoff den Einsatz ziemlich großer Strommengen, heißt: Um ein Kilogramm Wasserstoff zu produzieren, müssen 53 Kilowattstunden Strom eingesetzt werden. Soll der Wasserstoff wieder zur Stromerzeugung zum Beispiel in noch nicht vorhandenen, wasserstofftauglichen Gaskraftwerken verwendet werden, kommen nur knapp 40 Kilowattstunden umweltneutraler Strom wieder heraus.

Hohe Wirkungsgradverluste

Wasserstoff als klimaneutralen Ersatz für fossile Brennstoffe macht angesichts der hohen Wirkungsgradverluste also nur dann Sinn, wenn es gelingt, ausschließlich überschüssige regenerativen Energien zur Elektroly-

se (Wasser wird mittels Strom in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten) bereitzustellen. Entsprechende sogenannte Power-to-Gas-Anlagen, die den dafür notwendigen erneuerbaren Überschussstrom nutzen, befinden sich in Testverfahren. Sie zeigen, dass es funktionieren kann, leider zu bis dato unwirtschaftlich hohen Kosten.

Aber nicht nur die Herstellung von Wasserstoff ist energie- und kostenintensiv, sondern auch die Bereitstellung von Speicherkapazitäten für den (so flüchtigen) Wasserstoff sowie die Integration in die bestehenden Energieinfrastrukturen und der Weitertransport in Richtung Nutzer. Da die bestehenden Gastransport- und -verteilnetze in Deutschland nicht oder nur in sehr begrenztem Rahmen für den Transport von Wasserstoff geeignet sind, müssten sie entsprechend neugebaut oder nachgerüstet werden; Finanzierung und Aus-/Aufbautermin sind noch offen. Das Gleiche gilt für den Wasserstoffeinsatz in bestehenden Gaskraftwerken.

Viefältige Risiken

Wasserstoff hat nicht die gleichen chemischen Eigenschaften, wie das vorwiegend aus Methan bestehende Erdgas; daher kann der Wasserstoffeinsatz in den existierenden Anlagen über Wasserstoffversprödung, Korrosion und den notwendigen hohen Transportdruck zu Materialermüdung und Leckagen führen. Zudem sind Wasserstoffmoleküle deutlich kleiner als die von Methan, so dass sie durch bisher verwendete Stahloberflächen insbesondere bei älteren Gasleitungen und -kraftwerken diffundieren. Wasserstofflecks in Verbindung mit dem Luftsauerstoff könnten dann einen recht energiereichen Knalleffekt (Wasserstoff reagiert mit Sauerstoff ab 600 °C als Knallgas explosionsartig) haben. Daher sind hohe Investitionen in eine sichere und effizienten Transportinfrastruktur unverzichtbar. Eine ganzheitliche Ökobilanz steht angesichts der erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen zur Herstellung und zum Transport des grünen Wasserstoffs noch aus.

Zur Umsetzung der Wasserstoffpläne sind umfassende Planungen, eine enge, kooperative Zusammenarbeit zwischen Genehmigungs- und Regulierungsbehörden, Politik, Herstellern und Energiewirtschaft sowie die Bereitschaft für die notwendigen Investitionen unverzichtbar. Ein Scheitern ist keine Option. Deshalb spielen Kosten bei der



Königlich Ökostrom laden am Parkplatz Schloss Linderhof

Immer mehr Gäste reisen mittlerweile mit E-Fahrzeugen zur königlichen Sehenswürdigkeit im Graswangtal. Seit kurzem stehen den E-Mobilisten zehn Ladepunkte zur Verfügung. Das vom Land Bayern geförderte Projekt überzeugt durch den hochfrequentierten Standort und die Belegungszeit der E-Ladesäulen. Das intelligente hochmoderne Lastmanagement ermöglicht zudem die optimale Steuerung des Strombezugs und verhindert eine Überlastung des Netzanschlusses. Hier können E-Fahrzeugnutzer ab sofort grünen Strom aus 100 Prozent Wasserkraft tanken. Die Nutzung der Ladesäulen ist denkbar einfach: Freigeschaltet wird die Ladestation mittels einer Smartphone-App oder einer RFID-Chipkarte im Scheckkartenformat. Durch die Zusammenarbeit mit www.ladenetz.de akzeptiert die Ladesäule eine Vielzahl an Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner. Unser Bild zeigt v.l.: Sigrid Stache, Landrat Anton Speer (Landkreis Garmisch), Bürgermeisterin Vanessa Voit (Ettal), Arno Nunn, Harald Kühn (Mdl), Matthias Nesslauer und Bürgermeister Andi Rödl (Oberammergau).

Bild: Energie Südbayern (ESB)

Netzausbau mit Rücksicht auf Flora und Fauna

Bad Füssing/Regensburg. Beim geplanten Ersatzneubau der 110-Kilovolt-Freileitung zwischen den Umspannwerken Eggfling und Pocking im Landkreis Passau finden derzeit Kartierungsarbeiten statt. Mit dem Einsatz von unabhängigen Biologinnen und Biologen verschafft sich die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) einen detaillierten Überblick über Flora und Fauna innerhalb des Gebiets. So kann das Bayernwerk bei der Planung des Bauprojekts auf die heimische Tier- und Pflanzenwelt Rücksicht nehmen.

„Die Leitung verläuft teilweise im europarechtlich geschützten NATURA 2000 Gebiet, wo besonders schützenswerte Arten leben. Mit den Kartierungen wollen wir die Flora und

Fauna vor Ort erfassen, sodass wir erhebliche Eingriffe in die Natur durch den geplanten Leitungsbau bewerten können. Unser Ziel ist es, den Einfluss unserer Arbeit auf die Tier- und Pflanzenwelt zu minimieren und schon in der Planung umfassende Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen festzulegen“, erläutert Franziska Halbinger, Genehmigungsplanerin bei der Bayernwerk Netz GmbH. „Der Ersatzneubau ist aufgrund des steigenden Energieverbrauchs im Zuge der Energiewende notwendig. Aber wir wollen dabei sicher gehen, dass dies nicht zu Lasten der Natur passiert.“

Die 110-kV-Leitung erstreckt sich auf einer Länge von 16 Kilometern zwischen den Umspannwerken Eggfling und Pocking sowie auf einer Teilleitung zum Umspannwerk Weidach. Der geplante Ersatzneubau der Freileitung dient dazu, den im Rahmen der Energiewende steigenden Strombedarf in der Region zu decken. Um den Eingriff in die Umwelt während der Bauarbeiten so gering wie möglich zu halten, nimmt das Bayernwerk bereits während der Planung größtmögliche Rücksicht auf die dort beheimateten Lebewesen.

200 Kartierungsdurchgänge von März bis Dezember 2023

Seit Anfang März untersuchen Kartierer gründlich die Umgebung des geplanten Trassenverlaufs und erfassen die vorkommenden Tiere und Pflanzen. Bis

Ende des Jahres sollen insgesamt 200 Kartierungsdurchgänge stattfinden. Unabhängige Biologinnen und Biologen sind dabei zu verschiedenen Tages- und Jahreszeiten unterwegs. Sie erfassen alle Arten und Pflanzen, die für die Planung und Genehmigung der Bauarbeiten relevant sind.

Bereits im vergangenen Jahr fanden erste Kartierungsarbeiten mit Fokus auf Amphibien vor Ort statt. Die aktuellen Erhebungen umfassen sowohl Pflanzen als auch verschiedene Tierarten. So halten die Kartierer beispielsweise Ausschau nach Fledermäusen, Zug- und Brutvögeln wie dem Kiebitz, der Haselmaus oder auch Schmetterlingen. Die UmweltpLANER dokumentieren anhand von gesichteten Exemplaren sowie arttypischen Hinweisen, ob die spezifischen Arten vorkommen. Für die Haselmaus etwa werden Niströhren aufgehängt und regelmäßig kontrolliert, ob sich Mäuse eingeknistet haben.

Netzausbau vorantreiben und Umwelt schützen

Die Kartierungsarbeiten sind ein Baustein für den Antrag auf Planfeststellung zum Ersatzneubau der Freileitung. „Das Bayernwerk plant, Anfang 2025 die Genehmigung für den Ersatzneubau bei der Regierung von Niederbayern zu beantragen. Ab 2026 sollen dann die 60 Masten der bestehenden 110-kV-Leitung vom Umspannwerk Eggfling zum Umspannwerk Weidach ausgetauscht sowie die Leiterseile auf der insgesamt 16 Kilometer langen Strecke erneuert werden. Die Inbetriebnahme ist für 2027 geplant. Insgesamt rechnet das Bayernwerk mit Kosten von fast 26 Millionen Euro für den Ersatzneubau.“

Sonderschutzplanung für Blackout-Szenarien

Landratsamt München erarbeitet Notfallpläne mit konkreten Handlungsempfehlungen

Im Rahmen der Planungen für einen flächendeckenden, lang andauernden Stromausfall (Blackout) hat der Landkreis München die KomRe AG aus Berlin beauftragt, zusammen mit dem Landkreis und den Kommunen eine Sonderschutzplanung zu erarbeiten. Die Sonderschutzplanung baut auf den Ergebnissen der Kommunalen Impact Analyse aus 2022 auf.

In der Sonderschutzplanung werden spezifische Notfallpläne mit konkreten Handlungsempfehlungen für den Landkreis und für jede Stadt/Gemeinde des Landkreises erarbeitet. Die Handlungsempfehlungen beinhalten Ablaufpläne und Checklisten um den Landkreis und die Kommunen bei einem Blackout handlungsfähig zu halten und um die Auswirkungen eines Blackouts soweit wie möglich zu minimieren.

Standardisierte Befragung örtlicher Einrichtungen

Viele örtliche Einrichtungen bekommen in den kommenden Wochen Post: Da in den Notfallplänen auch verschiedenste Einrichtungen wie z. B. Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten, Pflegeheime, Ärzte, Apotheken, Lebensmittelgeschäfte, Beherbergungsbetriebe erfasst werden, werden diese durch die KomRe AG zum Thema Blackout standardisiert befragt.

Selbstverständlich werden die dabei erhobenen Daten unter Beachtung aller Datenschutzvorschriften gespeichert und nur für Zwecke der Gefahrenabwehr verwendet.

Die Sonderschutzplanung erweitert und vertieft somit die bereits vorhandenen Blackout-Planungen des Landkreises sowie der Städte und Gemeinden. Ferner stellt die Sonderschutzplanung der KomRe AG sicher, dass die Planungen der Städte/Gemeinden untereinander und mit dem Landratsamt optimal vernetzt sind und somit die Zusammenarbeit aller Beteiligten in der Gefahrenabwehr noch effektiver wird.

Die erarbeiteten Erkenntnisse werden laufend in die bestehenden Pläne eingearbeitet. Die Sonderschutzplanung wird voraussichtlich Ende des Jahres abgeschlossen sein. □

FRIEDHOFSENTWICKLUNG Das kommunale Erfolgsprojekt der Zukunft

Der Vivorum Campus, das weltweit erste Experimentierfeld zur Friedhofsentwicklung, zeigt, wie Sie Ihren Friedhof erfolgreich machen. Zu seiner Eröffnung am 29. Juni 2023 laden wir Sie herzlich ein.

Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl bitten wir um frühzeitige Anmeldung unter: eroeffnung-vivorum.raum-fuer-trauer.de

INITIATIVE
„RAUM FÜR TRAUER“

VIVORUM
Campus

Raum für Trauer · Stauffenecker Straße 19 · 73079 Süßen · raum-fuer-trauer.de

„Hier werden
Trauerkultur und
Friedhofsentwicklung
in die Zukunft gedacht –
für jede Gemeinde, für
jede Stadt ein enorm
wichtiges Thema.“

Matthias Horx
Trend- und
Zukunftsforscher

Erster bayernweiter „Heimaterlebnistag“ in Bayern:

Dillingen richtete Schwabentag aus

Die üppige Vielfalt des Brauchtums zeigte der erste Heimaterlebnistag in Bayern auf. Gemeinsam initiiert vom Heimatministerium mit dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege und den Bezirken, fanden im gesamten Freistaat annähernd 400 Veranstaltungen statt, darunter regionale Aktionen, Führungen und Vorträge zu Ortsgeschichte, Traditionen, Ehrenamt und Vereinsleben.

Offiziell eröffnet wurde der Heimaterlebnistag von Staatsminister Albert Füracker im Heimatmuseum Oberpfalz in Neusath. Dort teilten die Handwerker des Museums den ganzen Tag über ihr Wissen mit den Besuchern. Wie macht man Lehmziegel selbst, welcher Putz ist geeignet für alte Gemäuer oder wie funktioniert ein Fachwerk: Für alle Fragen zum Thema „Denkmalobjekte sanieren und erhalten“ standen fachkundige Mitarbeiter zur Verfügung.

Heimat neu entdecken

„Heimat hat für die Menschen in Bayern einen hohen Stellenwert – das hat der ‚Zukunftsdialog Heimat.Bayern‘ erneut gezeigt. Den Menschen ist es ein wichtiges Anliegen, ihre unmittelbare Heimat noch besser kennenzulernen. Mit dem ersten bayernweiten ‚Heimaterlebnistag‘

wollen wir unsere lebens- und lebenswerte Heimat Bayern noch näherbringen“, betonte Füracker.

„Unsere Kulturlandschaft ist ein jahrhundertaltes Erbe, das wir als Bezirk erhalten möchten. Der ‚Heimaterlebnistag‘ ist eine wunderbare Gelegenheit für alle Bürgerinnen und Bürger, ihre Heimat neu zu entdecken“, erklärte Bezirkstagspräsident Martin Sailer. In Schwaben wurden dazu vielfältige Aktionen geplant, wie etwa die Eröffnung der Sonderausstellung „Schwaben! Unterwegs im Bezirk im Museum Kulturland Ries“ oder der Schwabentag in Dillingen. Dort erlebten Gäste Gesundheitsgeschichte zum Anfassen mit einem interaktiven Programm und Mitmachaktionen für die ganze Familie. Unter dem Motto „gesUNDgemeinsam“ standen die Kneippsche Gesundheitslehre sowie Informationen über präventive

und therapeutische Maßnahmen zu Gesundheitsfragen im Mittelpunkt.

„Die Stadt Dillingen greift mit dem Thema Gesundheit in diesem Jahr ein Thema auf, das zu den Kernaufgaben des Bezirks Schwaben zählt“, erklärte Bezirkstagspräsident Sailer. Dillingens Oberbürgermeister Frank Kunz zeigte sich glücklich darüber, dass der Schwabentag eine hervorragende Gelegenheit bietet, die Vielfalt und Schlagkraft der Einrichtungen und Vereine zu präsentieren, die sich in der Donaustadt rund um das Thema Gesundheit und Inklusion stark machen.

Kneippsche Gesundheitslehre

Mit dem traditionellen Storchengang durch den Wasser-Wohlfühlpfad läuteten die Kinder der Grundschule Dillingen sowie des Kneipp-Kindergartens Fristingen die Kneipp-Saison ein. Denn Kneipp studierte in Dillingen Theologie und kurierte hier seine lebensbedrohliche Lungenkrankheit durch Bäder in der Donau. Dieser Heilerfolg wurde zur Grundlage für die Entwicklung der Wassertherapie als erstem Baustein der Kneippschen Gesundheitslehre. Im Anschluss präsentierten zahlreiche Aussteller kostenlose Aktionen zu weiteren Elementen wie Ernährung, Bewegung, Heilpflanzen und Lebensordnung.

Den Besucher erwarteten auf dem Schwabentag auch Fachvorträge zum Thema Gesundheit: Die Kreiskliniken Dillingen Wertingen machten beispielsweise auf das Thema Endometrie aufmerksam. Weitere Vorträge zu Themen wie „Seelisch und körperlich gesund ohne Chemie“, „Alltagskräuter und Kneipp-Anwendungen“ oder „Aktiviere deinen Stoffwechsel mit praktischen Tipps“ rundeten das Programm ab.

Als „Stadt der Caritas“ ist Dillingen gelebte Inklusion ein wichtiges Anliegen. Der Caritasverband, die Regens-Wagner-Stiftung, die Lebenshilfe Dillingen, die Seniorengemeinschaft Dillingen-Lauingen und der Pflegestützpunkt des Landkreises informierten über ihre Angebote und standen mit Beratung und Aktionen für die Besucher bereit. Kleine Gäste freuten sich schließlich über kreative Bastelaktionen sowie Rätsel und Unterhaltung beim Spielmobil des Landkreises. **DK**

Landkreis München:

1. Kommunale Klimakonferenz 29++

Über 260 Gäste diskutieren über Klimaschutz

Individuell und doch gemeinsam – so wollen die Kommunen im Landkreis München in Sachen Klimaschutz vorgehen. Auf der 1. Kommunalen Klimakonferenz 29++ im Landkreis München bekannten sich deshalb 22 von 29 Kommunen zu ganz konkreten und doch individuellen Klimaschutzzielen. Mit den getroffenen Absichtserklärungen könnte der Landkreis München bis zum Jahr 2045 treibhausgasneutral werden.

„Wir wollen, dass unsere Region weiter prosperiert, dass die Menschen hier gut leben und arbeiten können, aber eben nicht auf Kosten des Klimas“, betonte Landrat Christoph Göbel. „Daher bedarf es gemeinsamer konkreter Anstrengungen und klarer Ziele, denen wir uns als Gesellschaft verschreiben. Die junge Generation macht zurecht darauf aufmerksam, dass wir, die heute die Verantwortung tragen, handeln müssen, damit sie im Erwachsenenalter noch lebenswerte Räume und ebensolche gute Bedingungen vorfinden, wie wir sie heute haben. Unser neuer Treibhausgasbericht zeigt, dass wir unserem Ziel schon nähergekommen sind.“

Das Ziel ist am Ende ein konkretes Jahr: das, in dem die Kommu-

nen im Landkreis jeweils selbst die eigene Treibhausgasneutralität erreichen wollen. Besonders engagiert will Unterhaching vorgehen. Bis zum Jahr 2030 will die Kommune die vollständige Treibhausgasneutralität erreichen – unter anderem dank der Geothermie, mit der die Wärmeversorgung in weiten Teilen Unterhachings sichergestellt werden soll. Neben der Wärme ist in Unterhaching auch der Verkehr ein wichtiges Thema zur Senkung der eigenen Treibhausgasemissionen. Neben Maßnahmen wie der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED investierte die Kommune in den vergangenen Jahren unter anderem auch in eigene Ladeinfrastruktur für die E-Autos ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Das Gros der Kommunen im Landkreis München hat sich indes zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasneutralität im Jahr 2040 zu erreichen. Angesichts der langwierigen Maßnahmen, die seitens der Kommunen derzeit angestoßen werden und von diesen in einer Ausstellung im Foyer des Kongress- & Kulturzentrums Taufkirchen präsentiert wurden, ist das nicht überraschend: Die kommunale Wärmeplanung, der Ausbau von Windenergie und die Planung großer Freiflächenphotovoltaikanlagen benötigen Zeit – leisten dafür aber in einigen Jahren auf einen Schlag einen enormen Beitrag zur Treibhausgasneutralität.

Das sich Klimaschutz in mehrfacher Hinsicht lohnt, verdeutlichte Corinna Altenburg, Leiterin der Agentur für kommunalen Klimaschutz, Deutsches Institut für Urbanistik, direkt im ersten Fachvortrag der Klimakonferenz: „Personal, egal ob gefördert oder nicht, wirkt sich aus, denn Klimaschutzmanagement ist eine Bündelungsstelle, die den Klima-

schutz voranbringt und Fördergelder in die Kommunen holt.“ Johanna Schmidt, Klimaschutzmanagerin in Grasbrunn, gab Einblicke in ihre Arbeit. Franz Kurz, Vorstand der Infrastrukturgesellschaft Straßlach-Dingharting, erläuterte die Wärmeplanung seiner Kommune und Florian Lesch, Energie- und Klimaschutzbeauftragter der Gemeinde Grünwald, gab einen Einblick in die Organisation und die Erfahrung der Gemeinde bei der Umsetzung einer eigenen Photovoltaik-Bündelaktion. Mit jedem der Vorträge wurde klarer, dass die Kommunen im Landkreis München sehr individuelle, aber nachhaltige Wege auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität eingeschlagen haben.

Laut Philipp Schramek, Leiter der 29++ Klima. Energie. Initiative im Landkreis München, hat die Konferenz handfeste Vorhaben definiert: Neben dem Zieljahr, in dem die generelle Treibhausgasneutralität angestrebt wird, haben die Kommunen zwei Unterziele für den Weg dorthin festgelegt: Die Höhe der THG-Emissionen pro Einwohner im Jahr 2030 und eine mögliche energetische Treibhausgasneutralität bis 2045. **□**

turnhalle an, um nur zwei große Maßnahmen zu nennen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich bin ja selbst mit 37 Jahren noch relativ jung (zumindest fühle ich mich so 😊). Das Wichtigste für mich war, mir konsequent auch feste Zeiten für meine Familie im Kalender zu blocken. Ein zweiter ganz wichtiger Punkt für mich ist Dankbarkeit. Gerade wenn es vielleicht mal nicht so läuft, hilft es mir ungemein, den Blick auf die unzähligen kleinen Dinge zu richten, die gut sind, die wir aber als selbstverständlich ansehen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Wir haben sehr regelmäßige Abstimmungsrunden innerhalb der Verwaltung. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Experten auf ihren Sachgebieten, deswegen haben sie auch meistens die viel besseren Lösungen als ich für Probleme parat. Für die Bürgerinnen und Bürger habe ich schon einige Bürgerworkshops zu verschiedenen Themen veranstaltet. Ich versuche recht regelmäßig über Social Media, unser städtisches Online-Angebot „Kommunenfunk“ und unser Mitteilungsblatt über wichtige Themen und aktuelle Entwicklungen zu informieren. Außerdem haben wir verschiedene, regelmäßig zusammenkommende ehrenamtliche Arbeitsgruppen gegründet, zum Beispiel im Bereich Nachhaltigkeit oder Inklusion. Wir haben am Ort tolles bürgerschaftliches Engagement.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Ich denke sehr viel. Denn gerade die Standard-Verwaltungsprozesse werden durch Digitalisierung und KI weiter vereinfacht werden. Dafür können wir dann die freiwerdenden Mitarbeiterzeiten in anderen Themenfeldern einsetzen. Nur so können wir dem Fachkräftemangel, der uns auch in den Verwaltungen einholen wird, begegnen und die Servicequalität für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger verbessern. Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Nicht die Glücklichen sind dankbar. Es sind die Dankbaren, die glücklich sind. Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben? Als euphorischer und empathischer Macher, der gerne neue Wege beschreitet. **□**

GZ ZU GAST BEI ...



Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Stadt Oettingen i. Bay. mit 5.400 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

01.05.2020 – hauptamtlich.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Mitarbeiter im Bereich Finanzen und Controlling eines mittelständischen Maschinenbau-Konzerns.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

An der Kommunalpolitik reizt mich besonders, dass man das Lebensumfeld direkt vor Ort und sofort spürbar mitgestalten kann.

Thomas Heydecker

Erster Bürgermeister der Stadt Oettingen i. Bay.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Mein Vater war bis 2013 lange Zeit geschäftsführender Beamter der Verwaltungsgemeinschaft Oettingen. Mit ihm habe ich mich im Vorfeld sehr viel ausgetauscht und er hat mir so einiges erklärt. Außerdem konnte ich auf einige erfahrene Stadträte zurückgreifen und es gibt für die allgemeinen Dinge doch recht viel Fachliteratur. Besonders hilfreich war auch, dass ich sehr gute und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung habe, die mir den Start – trotz schwerer Rahmenbedingungen – leichtgemacht haben.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Durch Corona waren kaum Veranstaltungen, Versammlungen und Feste möglich. Ich denke für einen Bürgermeister ist es sehr wichtig, immer im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu sein. Dieser Austausch hat natürlich gefehlt. Zudem war es eine große Herausforderung in einer kleinen Verwaltung ein Hygienekonzept umzusetzen und immer wieder auftretende kurzfristige Mitarbeiterausfälle zu kompensieren. Gerade 2021 und 2022 hatte ich dann den Eindruck, dass sich die Corona-Maßnahmen doch ziemlich auf das „Gemüt“ der Menschen niedergeschlagen haben und alle ein wenig gereizter als normal waren. Insgesamt waren wir in den vergangenen drei Jahren dieser Amtszeit doch sehr oft im Krisenmodus.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Wir sind Host Town für die Weltspiele der Special Olympics. Außerdem haben wir derzeit viele, große und damit teure Infrastrukturmaßnahmen zu meistern: Reaktivierung der „Krone“ (drei historische Einzeldenkmäler direkt am Marktplatz gelegen, die als Gesamtensemble saniert werden), Kläranlagenerweiterung und -sanierung, große Kanalmaßnahmen, Entwicklung einer neuen Kita, neue Plätze für die Ganz-

Stadt Freyung:

Startschuss für Landesgartenschau

132 Tage lang soll es im niederbayerischen Freyung blühen, sprießen und duften: Bis 3. Oktober will die dort stattfindende Bayerische Landesgartenschau für ihre Besucher unter dem Motto „Wald.Weite.Wunderbar“ Natur erlebbar machen. Mit ihrer Lage in 800 Metern Höhe auf dem Geyersberg ist die Gartenschau den Angaben nach die bisher höchstgelegene. Früher befanden sich dort ein schon lange leerstehendes Klinikgebäude und ein Parkplatz. Auf der frei gewordenen Fläche sind nun Grünanlagen, ein Kletterpark, Spielflächen und eine neue Tiefgarage entstanden.

Schwerpunktt Themen sind Klimawandel, Artenvielfalt und Gewässer. Beispielsweise werden Ideen vorgestellt, wie Gärten in Zukunft mit den Folgen des Klimawandels wie Hitze und Trockenheit besser zurecht kommen können. Insgesamt sind auf dem Areal rund 240 Gehölze und Rosenpflanzen, 180 Bäume, 75.000 Blumenzwiebeln und 24.000 Stauden gepflanzt worden.

Fit für die Zukunft

Freyungs Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich sprach bei der Eröffnung der Landesgartenschau von einem hervorragenden Gemeinschaftsgeist, der ein einzigartiges Großereignis und die Entstehung eines langfristigen Stadtentwicklungsprojekts, das den Ortsteil Geyersberg fit für die Zukunft macht, ermöglicht habe. Heinrich dankte Ministerpräsident Dr. Markus Söder für die vielfältige Unterstützung der Region. „Jeder Euro ist hier gut angelegt und wird Früchte tragen“, zeigte er sich überzeugt.

Söder gratulierte Freyung zur Eröffnung der Landesgartenschau am größten Waldnationalpark Deutschlands und im Herzen Europas: „Der Bayerische Wald blüht! Die nächsten Monate ist hier die ökologische Hauptstadt Bayerns. Die Landesgartenschau steht für nachhaltige Stadtentwicklung und macht Freyung noch ein bisschen schöner. Wir unterstützen diese Gartenschau sehr gerne mit fast vier Millionen Euro. Insgesamt gab es bei Landesgartenschauen schon 25 Millionen Besucher und 530 Hektar dauerhafte Erholungsfläche. Ein Besuch lohnt sich auch dieses Jahr!“

132 Tage der „Mittelpunkt Bayerns“

Umweltminister Thorsten Glauber verwies freute sich über die „aufrechte, ehrliche und von Freude geprägte Zusammenarbeit mit der Region“. Freyung sei nun für 132 Tage der „Mittelpunkt Bayerns“ und die Landesgartenschau für die Stadt und den gesamten Landkreis ein Aushängeschild. „Die Investitionen des Freistaats in Gartenschauen sind ein Mehrwert für ganz Bayern“, unterstrich Glauber.

Landrat Sebastian Gruber verwies auf die Strahlkraft, die von der Landesgartenschau auf den gesamten Landkreis Freyung-Grafenau fällt: „Die Landesgartenschau hat nicht nur für die Kreisstadt Freyung, sondern auch für den gesamten Landkreis einen deutlichen Mehrwert. Gemeinsam mit den Gemeinden haben wir mit dem Regionalpavillon einen gemeinsamen, attraktiven Ausstellungsbeitrag. Der Regionalpavillon soll ein attraktiver Treffpunkt sowohl für die Landkreisbevölkerung als auch für unsere Gäste sein und uns als lebens- und lebenswerte Wohlfühlregion für alle Generationen präsentieren, ganz nach dem Motto des Landkreises ‚Mehr als du erwartest‘.“

Nach Angaben des Umweltministeriums hat der Freistaat in den vergangenen gut 40 Jahren rund 75 Millionen Euro an Fördergeldern in Landesgartenschauen investiert. Die erste Landesgartenschau fand 1980 in Neu-Ulm statt. Die Jubiläumsausgabe 2030 ist in Nürnberg geplant. **DK**



V.l.: Landrat Wilhelm Schneider (Haßberge), Staatssekretär Sandro Kirchner, Bezirks- und Landrat Johann Kalb (Bamberg), MdL Holger Dremel, MdL Petra Guttenberger, MdB Thomas Silberhorn, Staatsministerin Judith Gerlach, Staatsminister Joachim Herrmann, die Bezirksrätinnen Gerlinde Martin und Rosa Behon (beide Unterfranken), die CSU-Bezirksgeschäftsführer Detlef Heim (Unterfranken) und Werner Stieglitz (Mittelfranken, aktuell Landtagskandidat), und Fabian Obst, CSU-Ortsvorsitzender von Geiselwind. Bild: pmw

Drei-Franken-Treffen der CSU:

Judith Gerlach: „Politik muss die Menschen mitnehmen“

„Die ‚Ampel‘ in Berlin regiert an der Lebensrealität vorbei“, so die Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, beim Drei-Franken-Treffen der CSU am Drei-Franken-Stein an der Schnittstelle der Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken. Das jüngste Mitglied der Söder-Regierung appellierte daran, mit neuen Technologien grundsätzlich sinn- und verantwortungsvoll umzugehen, „denn die Zukunft besteht nicht nur aus der Digitalisierung“.

Die Politik müsse die Rahmen für Fortschritt und Entwicklung setzen „und die Menschen dabei mitnehmen“. Dies sei auch eine

**BAYERISCHE
Gemeindezeitung**
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK FINANZ

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2023

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

der Aufgaben ihres Ministeriums und sie nannte als Beispiel die „Beratungstheken“. Gerlach ging zudem auf neue digitale Möglichkeiten bei der Verbrechensbekämpfung ein, „wo ich großartige Unterstützung von Innenminister Joachim Herrmann bekomme“.

Doppelmoral bei Energie- und Klimapolitik

Letzterer betonte mit Verweis auf die in Bayern nicht nur niedrigste Kriminalitätsrate sondern auch niedrigste Arbeitslosenquote: „Bei uns werden ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Arbeitsmarkt integriert, anderswo in die Sozialsysteme“. Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, untermauerte dies mit Zahlen: Während hierzulande nur zehn Prozent der

ausländischen Frauen arbeitslos seien, würde der Prozentsatz in anderen Bundesländern bis zu 40 betragen.

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Silberhorn, stellvertretender CSU-Bezirksvorsitzender von Oberfranken und ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär, skizzierte die politischen Trennlinien der Bundespolitik. Mehrheiten dürften nicht diskriminiert und Politik dürfe nicht nur aus der Perspektive von Minderheiten formuliert werden. Besonders auf den Feldern der Energie- und Klimapolitik erkannte er bei SPD und Grünen eine vielfältige Doppelmoral: „Es wird Wohlstand vernichtet, Schulden werden aufgebaut und dem Klima wird doch nicht wirklich geholfen“.

Steffen Vogel, Mitglied des Bayerischen Landtags, neuer unterfränkischer CSU-Bezirksvorsitzender und als solcher in diesem Jahr Gastgeber, konnte Mandatsträger aller politischen Ebenen begrüßen, darunter Bürgermeister der beteiligten Gemeinden Burglaslach, Geiselwind und Schlüsselfeld, eine ganze Reihe Landtagskolleginnen und -kollegen,

Landkreis Amberg-Sulzbach:

Bringen, Tauschen oder Leihen

Bücherschrank bietet Landkreis-Leseratten viele Möglichkeiten

Bücher sind wertvolle Kulturbestandteile, und sie sollten einem möglichst großen Nutzerkreis zur Verfügung stehen. Das hat auch die Volkshochschule Amberg-Sulzbach erkannt und eine Idee umgesetzt: Ein blauer, mit frechen Sprüchen verzierter Bücherschrank steht im Foyer des LCC (Landkreis Cultur Center) – jeder Besucher ist dazu eingeladen, Bücher mitzunehmen oder Lektüre an andere weiterzugeben. Nehmen, geben, leihen – so funktioniert die „Bildung to go“. Sie ist kostenlos für Groß und Klein und lebt von der Vielfalt der Menschen, die den Bücherschrank nutzen.

Wie das Landratsamt schreibt, laden im Schrank bereits Krimis, Wörterbücher und Sprachlernbücher – zusammengestellt von Kursteilnehmenden der vhs – zum Blättern, Schmökern und Verweilen ein. „Die Bücher freuen sich auf ein neues Zuhause, in dem sie gelesen oder zum Lernen genutzt werden können, und wir freuen uns, dass wir hier ein Zeichen für Nachhaltigkeit und Wiederverwendung setzen können“, sagt vhs-Leiterin Claudia Mai. In Bayern gibt es inzwischen mehr als 300 solcher Bücherschränke, in ganz Deutschland über 3.000 öffentliche Tauschplätze. Überall dort können Bücher kostenlos, anonym und ohne Formalitäten gebracht, getauscht oder mitgenommen werden.

Der auffällig blau bemalte Bücherschrank im Gebäude der Volkshochschule Amberg-Sulzbach in Sulzbach-Rosenberg soll nicht nur zum Auswählen etwa für Urlaubslektüre für den Sommer genutzt werden. Alle sind

dazu aufgerufen, Bücher, die zu schade für die Altpapieronne sind, hier anderen Landkreisbewohnerinnen und -bewohnern zur Verfügung zu stellen. „Eine gute Gelegenheit, das eigene Bücherregal auszusortieren“, regt Landrat Richard Reisinger laut Pressemitteilung an. Und beim Anliefern fällt einem womöglich gleich ein neues Buch in die



Landrat Richard Reisinger überzeugte sich schon persönlich vom mittlerweile ansehnlichen Bestand im vhs-Bücherschrank, den ihm Chefin Claudia Mai vorstellte.

Bild: Joachim Gebhardt

GZ PINOS WELT

Sie gestatten mir sicher, dass ich mich heute als Lobbyist für eine gute Sache zur Verfügung stelle. Lobbyisten sind derzeit ja schwer in Mode und haben – wenn die Sache, um die sie sich bemühen nur als gut und edel angesehen wird – keinen gar so schlechten Ruf mehr. Dabei war Lobbyist mal ein Schimpfwort, angeblich geprägt vom US-Präsidenten Ulysses S. Grant, der sich in der Lobby eines Washingtoner Hotels, in der er Zeitung zu lesen und Zigarren zu rauchen pflegte, immer öfter umringt von fremden Leuten sah, die ihm irgendein Anliegen ins Knie schrauben wollten.

Heute ist Lobbyist fast ein Ausbildungsberuf, es gibt Lobbyregister und eine LobbyControl, die als Lobby der Lobbykritiker auftritt. Aber nicht alle Anliegen, die es wert wären, vertreten zu werden, haben eine starke Lobby, so dass ich heute für eine Gruppe in die Bresche

Haus- und Nutztiere haben keine Lobby

springen will, die sehr vielen, die auf der guten, grünen, naturschützenden Seite des Meinungsspektrums stehen, völlig Wurst zu sein scheint: Die Haus- und Nutztiere.

Gut, in dem Thema Haustiere bin ich natürlich auch drin, aber das soll mich nicht stören, denn Lobbyismus und Eigennutz sind ja bekanntlich verschwägert. Außerdem, wenn die Situation außer Kontrolle gerät, werden in Zukunft vielleicht nicht nur Schafe, Ziegen und Kälber zu Opfern, sondern auch Katzen und andere Schmusetiere.

Ich spreche ganz konkret von dem Hype, der derzeit um Wolf und Bär gemacht wird, denen wohl nach dem Willen der Natur- und Umweltschützer im Ergebnis Feld und Wald zur freien Verfügung überlassen werden soll. Das Nachsehen haben die genannten Weidetiere und tragi-scherweise am Ende auch der Mensch. In Italien hat eine Bärin ja bereits einen Jogger getötet.

Nun zu Tabubruch Nr. 1: Gerichtsschelte. Die italienischen Behörden haben den Abschuss der Bärin angeordnet, die noch dazu mit Bruno verwand ist, der vor Jahren aufgrund seiner Unbe-



rechenbarkeit von den bayerischen Behörden völlig zu Recht abgeschossen (entnommen) wurde. Ein Gericht in Italien hob diese Abschusserlaubnis wieder auf, obwohl die Bärin völlig unberechenbar und genetisch wohl neben der Kapp war. Es kann doch wohl nicht sein, dass abstrakte Umwelt-normen wichtiger sind, als die konkrete Gefahrenprävention

für Menschen!

Tabubruch Nr. 2: Die Bayerische Staatsregierung erdreistet sich, zum Schutz von Weidetieren den Abschuss von Wölfen zu erleichtern. Skandal! Verstoß gegen den Tierschutz. Dabei empfehle ich jedem, den ein waidgerecht erlegter (entnommener) Wolf dauert, sich mal ein von eben diesem Wolf gerissenes Lamm oder Zicklein anzuschauen. Kein schöner Anblick. Der Züchter übrigens, der ein Nutztier gleich welcher Art schlachten will, muss 1001 Vorschriften zum Tierwohl, zur Stress- und Schmerzvermeidung einhalten. Wenn Menschen entsprechend ihrem Glauben Tiere ohne Einhaltung aller Tierschutzregeln rituell töten wollen, ist ein Proteststurm vorprogrammiert. Aber der Wolf darf metzeln, er hat ja Hunger.

Die Vorfahren der heutigen Bayern haben über Jahrhunderte hinweg versucht, ihr Vieh und auch sich selbst vor Raubtieren wie Wolf und Bär zu schützen. Es gelang, diese Tiere aus den hiesigen Wäldern und Bergen zu verdrängen. Die Nachfahren derer, die sich mit diesen Viechern herumzuschlagen mussten, haben über zwei oder drei Jahrhunderte weder den einen noch den anderen vermisst. Sie haben eine Kulturlandschaft geschaffen, in der Viehzucht möglich ist und in der Menschen gefahrlos in jeden Wald gehen können.

Wollen wir wirklich jetzt Weiden in unserem Land, die aussehen wie der Gefängnishof im Hochsicherheitstrakt (Stichwort passiver Herdenschutz)? Wollen wir wirklich in Zukunft vor jedem Waldspaziergang die Broschüre „Was tun bei einer Begegnung mit dem Bär“ lesen? Denn Bär und Wolf hat Christian Morgenstern sicher nicht gemeint, als er schrieb: „Ganze Weltalter voll Liebe werden notwendig sein, um den Tieren den Dienst an uns zu vergelten.“

Ihr Pino

Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie Bezirks- und Landräte und als verantwortlichen Ausrichter den neuen CSU-Ortsvorsitzenden von Geiselwind, Fabian Obst. Vogel selbstbewusst:

„Franken ist der schönste Fleck auf diesem Planeten und die CSU seit fast 78 Jahren eine Erfolgsgemeinschaft“.

Die Traditionsveranstaltung der CSU wurde von den Geistlichen Joseph Kollampampil und Hans Gernert mit einer ökumenischen Andacht und musikalisch von den Dettelbacher Musikanten unter

Leitung von Fabian Weiß begleitet. Das Drei-Franken-Treffen mit mehreren Hundert Gästen endete mit der deutschen und der bayerischen Hymne und dem Lied der Franken. Mit Bezug auf die Landtags- und Bezirkstagswahlen am 8. Oktober betonten alle Redner: „Im Freistaat Bayern sind wir auf dem richtigen Weg“. pmw

KULTURmobil 2023:

Theatertour durch Niederbayern

Bereits seit 26 Jahren ist KULTURmobil in ganz Niederbayern unterwegs. Auch in diesem Sommer wird das Open-Air-Theater des Bezirks Niederbayern Groß und Klein mit humorvollen, kurzweiligen und gleichzeitig anspruchsvollen Stücken begeistert. Bei freiem Eintritt entsteht Theaterzauber direkt vor Ort auf Dorf- und Marktplätzen oder bei schlechtem Wetter auch in den Hallen der Gastspielgemeinden.

Die Premiere findet am 17. Juni in Freyung statt. Bis zum 26. August werden an 30 ausgewählten Orten in neun Landkreisen insgesamt 60 Vorstellungen aufgeführt. Heuer ist KULTURmobil mit dem Kinderbuchklassiker „Oh, wie schön ist Panama“ von Janosch und der Komödie „Nagerl und Handschuh“ des berühmten Wiener Satirikers Johann Nepomuk Nestroy unterwegs.

Das Kinderstück „Oh, wie schön ist Panama“ steht nachmittags auf dem Programm. Das Stück nach dem weltbekannten Kinderbuchklassiker handelt von Tiger und Bär und deren Neugier und Sehnsucht nach der Ferne. Die Suche nach Panama, wo doch bestimmt alles viel schöner und größer ist, stellt die zwei Freunde vor manche Schwierigkeit. Am Ende vieler Begegnungen zeigt sich, dass es gar nicht nötig ist, in die Ferne zu schweifen, um das große Glück zu finden.

Abends wird die turbulente Komödie „Nagerl und Handschuh“ gegeben. Die Komödie des klassischen Wiener Volkstheaters kommt in einer aktualisierten Bearbeitung auf die Bühne. Die Familie Maxenpfutsch ist pleite, die drei Töchter sind ledig. Wie gut, dass der Schlossherr Ramsamperl dringend heiraten muss, um sein Erbe antreten zu können. Doch die märchenhafte Welt ist brüchig und der dilettantische Zauberer Semmel-schmarrn stiftet zusätzlich Unruhe.

Spielplan, Spielorte und weitere Informationen unter www.kulturmobil.de.

DK

Gefördertes Modellprojekt:

Letzte Rettung vor dem Zerfall

Das Würzburger Stadtarchiv lässt bis Ende des Jahres städtische Personalakten aus der Zeit vor 1945 von externen Spezialisten restaurieren. Entgegen weitläufiger Ansicht, alle Akten wären am 16. März 1945 verbrannt, haben diese den Krieg überstanden. „Die Behauptung, alle Dokumente von vor 1945 wären zerstört worden, stimmt einfach nicht“, weiß Archivleiter Dr. Axel Metz.

„Es gibt Lücken in den Unterlagen zwischen 1800 und dem 16. März 1945, das ist richtig. Es fehlt etliches, aber nicht alles. Die Archivalien, die Anfang 1945 bereits zu Archivgut geworden waren, haben wir heute noch. So besitzen wir beispielsweise die Ratsprotokolle bis Ende 1944. Sie wurden für den Zeitraum 1860 bis 1944 bereits digitalisiert. Da die Unterlagen von ca. 1800 bis 1945 lange nicht gesondert erfasst wurden, fehlt derzeit noch ein wenig der Überblick, wie groß die Lücken wirklich sind. Ebenso ist nicht bekannt, ob außerhalb des Archivs noch Akten aus dieser Zeit aufbewahrt werden. Vielleicht liegen in dem einen oder anderen Keller oder Dachboden noch Akten; es gab schon einmal Hinweise in diese Richtung“, mutmaßt Metz. Die erhaltenen Personalakten, die nun restauriert werden, lagen am

16. März 1945 wohl an einer relativ gut geschützten Stelle in der Innenstadt. Direktem Feuer scheinen sie nicht ausgesetzt gewesen zu sein, aber doch sehr starker Hitze. Das erzählt der sichtbare Schaden von Brandspuren, verrußten Stellen und nicht mehr leserlichen Einträgen.

Ein Projekt mit Modellcharakter

Bei drei Akten ist das Ausmaß des Schadens so groß, dass diese gesondert restauriert werden müssen. Sie lagern noch im Stadtarchiv. Das Papier ist extrem brüchig, es löst sich regelrecht auf, jeden Tag ein bisschen mehr. Stadtarchiv-Restauratorin Rachel Busse weist auf winzige schwarze Punkte hin. „Im Gegensatz zur spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Papierproduktion“, erklärt sie, „wo

viel Mühe für die Herstellung von hochwertigem Papier aufgewandt wurde, ist Papier ab 1850, wie wir es bei den Personalakten vorliegen haben, von geringerer Qualität. Holzschliffhaltiges Papier enthält Lignin und altert dadurch schnell, vergilbt und wird spröde. Wir haben hier also zwei Schadensfaktoren: schlechtes, säurehaltiges Massenpapier und die Hitzeentwicklung. Wir werden nicht alle Fragmente retten können“, bedauert die Materialwissenschaftlerin. Vorrangiges Ziel der Restaurierung ist es, die Akten bei geringstmöglicher Modifikation zu sichern und mit Hilfe der Digitalisierung der Forschung wieder zur Verfügung zu stellen. Dazu werden kleine Risse, verbrannte und brüchige Stellen entweder partiell oder vollständig mit einem hauchdünnen leichten Vlies belegt und so gesichert. Die Verklebung dieses Vlieses, genannt „Japanpapier“, erfolgt mit säurefreiem Celluloseether. Mittlerweile ist die Wissenschaft sogar so weit, Papier mit Brandspuren auf Schriftpassagen unter Einsatz von Nanocellulose zu festigen und die Schrift mit Infrarotstrahlung wieder lesbar zu machen.

Gefördert wird die Restaurierung der Würzburger Akten zu 50 Prozent aus Bundesmitteln über die Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK). Von der KEK unterstützt werden u. a. Modell-

projekte, mit denen schriftliches Kulturgut von historischer Bedeutung in Bibliotheken und Archiven nachhaltig vor dem Zerfall bewahrt werden soll. „Die Förderung durch die KEK ist sehr wichtig für uns“, bekräftigt Dr. Metz. Das Würzburger Projekt „Brandaktuell“ hat Modellcharakter, denn es kann darüber Aufschluss geben, mit welcher Technik hitze- und brandgeschädigte Archivalien auch in anderen Archiven behandelt werden können. Bis 2004 gab es für große Mengen an brandgeschädigtem Archivgut keine Methoden, um die Schäden konservatorisch und restauratorisch zu behandeln. Erst mit dem verheerenden Großbrand in der Weimarer „Herzogin Anna Amalia Bibliothek“, bei der mehr als 50.000 Bücher verbrannten und 118.000 zum Teil schwer beschädigt wurden, wurde ein standardisiertes Verfahren zur Restaurierung von Brandbüchern erprobt. Da die Archivalien und ihre Schadensbilder so unterschiedlich sein können, gibt es aber auch heute, fast 20 Jahre danach, immer noch keine gängige Methode für die Konservierung der Brandschäden.

Personalakten werden restauriert

Nach erfolgter Restaurierung kann beispielsweise ein Blick in das berufliche Leben des Oberbauers Michael Hubert Josef Groß geworfen werden, von dem bekannt ist, dass er bei der Umgestaltung Warschaus im NS-Sinne mitwirken sollte. Von Interesse dürfte z. B. aber auch die Per-

sonalakte des städtischen Finanzdirektors Julius Theodor Mangold sein, der an jenem 16. März 1945 umkam, an dem seine Personalakte angesengt wurde. Die Akte einer bekannten Persönlichkeit aus Würzburgs Geschichte ist ebenfalls bereits in den Händen der Spezialisten: Max Hermann von Freeden war Zeit seines Lebens dem Fränkischen Luitpold-Museum verbunden, dem späteren Mainfränkischen Museum. Einst Volontär war er dessen Direktor von 1945 bis 1978. Als Mitarbeiter des Mainfränkischen Museums gehörte er zum städtischen Personal. Als vor einigen Jahren die Provenienzforschung an den musealen Stücken des heutigen Museums für Franken begann, interessierten sich die damit Beauftragten dann auch für die Personalakte von Freedens, die ebenfalls Brandspuren zeigte. „Im Grunde war dies der Startschuss für die Restaurierung dieser Akten, denn wir konnten von Freedens Akte auf Grund

des schlechten Papierzustandes nicht so einfach vorlegen“, räumt Metz ein. Das muss den Archivleiter ziemlich gewurmt haben, denn sein Ziel ist es, Vorhandenes Stück für Stück für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Bei Max H. von Freeden wird die Restaurierung ein gutes Ende finden. Es haben schon viele Würzburger Kunst- und Kulturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler über ihn geschrieben: Prof. Wolfgang Brückner, Prof. Stefan Kummer, Dr. Hans-Peter Trenschele und Dr. Claudia Lichte, die beiden letztgenannten waren auch Nachfolger von Freedens in der Leitung des Mainfränkischen Museums. Wenn dessen restaurierte Personalakte wieder ins Stadtarchiv zurückkehrt, wird sie, wie die anderen restaurierten Schriftstücke auch, hoffentlich die Wissenschaft bereichern und dabei helfen, vielleicht ein neues Licht auf den einen oder anderen Aspekt der Würzburger Stadtgeschichte zu werfen.



Die Beschädigungen der Personalakten, die in der Brandnacht des 16. März 1945 großer Hitze ausgesetzt waren, sind so groß, dass eine Restaurierung sehr aufwändig und teuer wäre. Nicht nur die Ränder sind rußgeschwärzt und das Papier bröckelt unter den Händen weg. Auch die Schrift lässt sich teilweise nicht mehr erkennen. Bild: Claudia Lothar

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12/2023, die am 22. Juni 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk
- Arbeitsplatz Kommune
- Wasser/Abwasser
- Kommunalfahrzeuge, Fuhrpark

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfsstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etschel.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung



Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
 Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
 Maste
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

Glasfaserausbau

GLASFASER
 Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG Unsere Grüne Glasfaser
 Adalperstraße 82-86
 85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2023 sichern unter: **0800 410 1410 111**
 powered by Allianz

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!
 DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI Kommunal CISIS12 Schulungen eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!
Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:
 Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
 Driven by better

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
 Kommunales Leasing
 für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de

Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN
 Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Softwarelösungen

M7I SERVICE
 Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
m7i-service.de